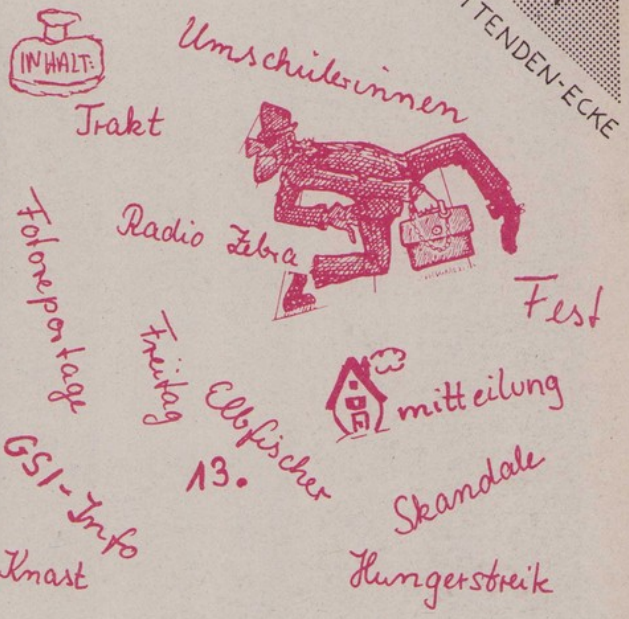
AN ALLE DENUNZIANTENSCHWEINE

Die Bundesanwaltschaft bittet Sie um Mithilfe bei der Fahndung nach der auf dem unten stehenden Bild gezeigten Person.
Personen-Beschreibung:
Alter ca. 25-35 Jahre, Grüne Kleidung, weißer Helm mit Visier. Die gesuchte Person wird gesucht wegen versuchten Mordes und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Diese kriminelle Vereinigung umfaßt etwa 30.000 Personen. Für Hinweise, die zur Ergreifung des Gesuchten führen, ist eine Belohnung von DM 10.000 ausgesetzt. Hinweise werden auf Wunsch vertraulich behandelt. Wenn Sie im Besitz von Informationen sind, die zur Ergreifung des Täters führen können, wenden Sie sich an die angeführten Dienststellen von Polizei und Staatsanwaltschaft oder an jede andere Polizeidienststelle.

telefon: 004711

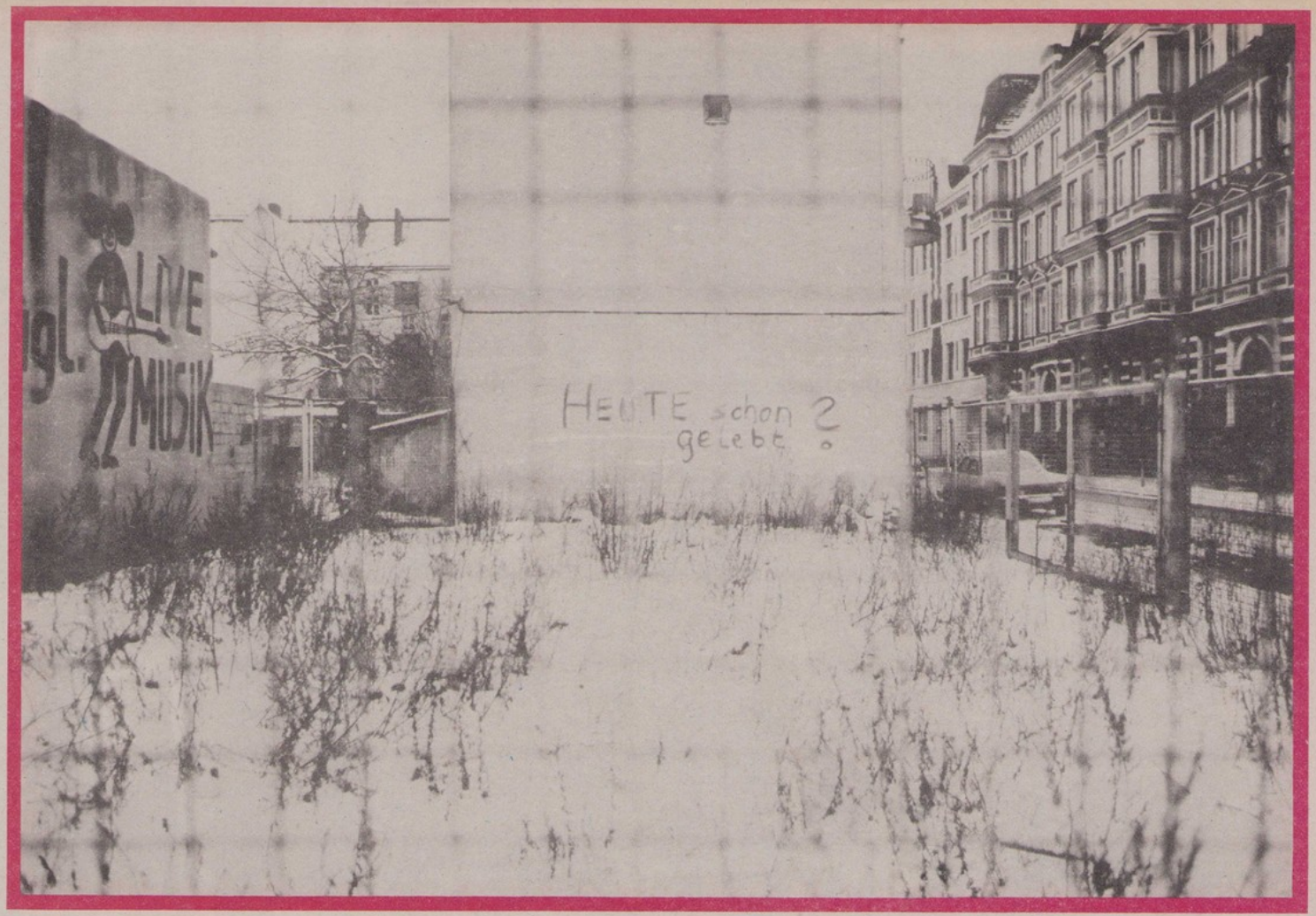


Mo-Do, 17°°-22°° Uhr
040-3902875

grosse freiheit

MIT WIRTSCHAFTSTEIL S.19

ZEITUNG FÜR HUMBUG UND UMGEBUNG Nr. 44 DM 2,-



Von uns - an Euch

HAUSMITTEILUNG

Das gf-Kollektiv hört auf – endgültig!
Auf unserem letzten Treffen (Klausurtagung) am 25.3. haben wir es beschlossen: Schluß, aus, Ende.
In treuem Gedenken an die 'Bewegung 2. Juni', die sich am 2.6.80 auflöste, wird die letzte gf unseres Kollektivs am 2.6.81 erscheinen. Die vorletzte am Kampftag der Arbeiter (des Proleatriats) am 1.5..

Das kontinuierlichste 'Spontiprojekt' Hamburgs stirbt . . .

Im Laufe der Zeit (der Geschichte) wurde die gf immer wieder von Krisen geschüttelt, Krisen der unterschiedlichsten Art: Fraktions- und Linienkämpfe, Geldsorgen, Beziehungskrämpfe, auch mal: keine Beziehungen, zuwenig Mitarbeiter, gar keine Mitarbeiter, Desinteresse der potentiellen Mitarbeiter (Außenstehende ('Basis'!)) usw. (etc.).
Mal trieben sich 20 Leute bei uns rum, mal schmissen nur 2 den Laden. Nun ist alles zu Ende.

. . . darum:

Im folgenden kurz die hauptsächlichen Gründe, warum die momentan 12 kontinuierlichen Mitarbeiter die Schnauze gestrichen voll haben:

1. Wir wollen mal wieder was anderes machen: baden gehen, Eis essen, und:
2. Die gf wird überflüssig! Wir trauen der demnächst überbeschäftigten TAZ-Regionalredaktion Hamburg nicht zu, die bald wöchentlich erscheinende Regionalbeilage allein mit Inhalt zu füllen . . .
3. Wir hatten reichlich Arbeit, aber wofür? Was soll die gf denn noch? Denn:
4. Eins unserer Hauptziele war, die Basis zur Mitarbeit an der gf anzustacheln – das ist EUER Blatt! Wir wollten nie Profijournalisten sein, doch IHR nutzt das nicht!
5. Der technische Nervkram hängt uns meterweit zum Hals raus, die ewigen Geldsorgen, die beknackte Vertriebskacke, der Verkaufsschwund (zuwenig Handverkäufer, die zum Teil auch noch in die eigene Tasche wirtschaften, d.h. sie rechnen nicht ab) . . . + das Lay-Out machen

Das wär's mal ganz grob.
Und warum machen wir unseren Entschluß jetzt schon bekannt und nicht erst im Juni?
Weil wir uns noch mal ein Wochenende auf dem Land bequatschen müssen: Schulden ausgleichen, Prozeß gegen Liefi vorbereiten – und wer weiß, ob da nicht noch was auf uns zukommt! Spendet jedenfalls schon mal.
(für Prozeß: PSchK Hmb, M. Jacob 439219-201 / für gf allgemein: PSchK Hmb, M. Jacob 432377-208).
Und dann werden wir euch zu einem Gespräch über unsere Misere einladen; vielleicht findet sich ja noch ein neues Kollektiv zusammen, das den ganzen Laden übernimmt (Eine von uns hat auch noch Lust . . .)? Das soll am Montag, den 11.5. um 20.00 Uhr (ein letztes Mal) in den Räumen der gf im Nernstweg 32, V. Stock stattfinden.
Schreibt mal was dazu, darf ruhig was Inhaltliches sein, und bedenkt:
Es könnte Eure letzte Gelegenheit sein!
So, denn man tschüß
das Kollektüf Peter, Petra, Uli, Maggi, Tommi, Ralph, Rolf, Wolle, Mike, Hartwig, Thomas, Christine, Andi, Bernd
mit zumindest einem weinenden Auge und Wehmut im Herzen.
P.S.: Einige Gruppen dürfen sich schon mal auf unsere zukünftige verstärkte Mitarbeit freuen.
P.P.S.: Alle Spender/innen dürfen sich auf ein Eisessen mit uns freuen . . .

ZUM GLÜCK GEHT'S DEM SOMMER ENTGEGEN

HANS-JÜRGEN BÖRNER
REDAKTEUR

PRIVAT:
MACHANGELWEG 7
2112 JESTEBURG
TEL. 104183) 21 51

BILDschirmtext

Ein NDR-Redakteur zieht los, um im Vorfeld der Brokdorf-Demo die Guten und Bösen säuberlich zu scheiden. Mit Kreide in der Stimme sucht er um Dreherlaubnis nach, bekommt sie aber nicht, da man die Wölfe schon kennt. Nun wird er wohl ärgerlich, der Herr Redakteur und schlägt zu: Er hat ein konspiratives Zentrum entdeckt, in welchem die "Schreibtischtäter der Gewalt" die "Schwarzen Radler Altona" nach Brokdorf schicken.

Am 25.2.81 bringt das NDR-Magazin "Extra-drei" einen 3 1/2 minütigen Beitrag über den 5. Stock der "Dralle-Fabrik", in dem die Redaktion der Hamburger Stadtzeitung "Große Freiheit", das Hamburger Büro der TAZ und die Videowerkstatt "Hamburger Stadtjournal" hausen.

Herr Börner war der Redakteur dieses wertvollen Beitrages. Wir hatten das unschätzbare Vergnügen, Herrn Börner bei seiner Recherche zu beobachten. Am Anfang stand wohl der Plan, das leider oft linkslastige "Extra-drei" etwas auszubalancieren: Einübung auf die ausgewogene Brokdorf-Berichterstattung. Was liegt da näher, als ein bißchen in der "Gewaltscene" rumzustochern. Herr Börner blättert im richtigen Telefonbuch und lädt sich zu einem Vorbereitungstreff des Sanitätsausschusses ein. Er will drehen, darf aber nicht; so bleibt er da, guckt sich alles an, diskutiert. Ein aufrechter Linker unter potentiellen Gewalttätern? (Wo die Mullbinde zum Mollie wird!) Nun, der Sendetermin rückt näher und Herr Börner hat noch immer keinen Stoff. Da, am Dienstag (ein Tag vor dem Sendetermin) flattert ihm ein Extrablatt der "Großen Freiheit" auf den Tisch, eine Zusammenstellung unterschiedlicher Vorschläge verschiedener Gruppen und Berichte zur Vorbereitung der Demo. Börners Filmidee: Man zeige Bilder und Texte dieses Blattes und befrage dazu die Redakteure vor der Kamera. Doch die Redakteure lehnen ab. Herr Börner ist unter Druck: Was nun? Im Kaschmirmantel (?) und kamelfarbenem "Reporter"schal rückt er an der Spitze eines NDR-Teams zur Dralle-Fabrik aus, läßt die Kameraleute draußen filmen und schreitet drinnen zur Tat. Da niemand von der "Großen Freiheit" da ist, plauscht er - von Medienmacher zu Medienmacher - mit zwei TAZ-Redakteuren: Ach, Herr Börner ist arm dran. Die Hamburger Elektrizitätswerke lassen ihn nicht drehen und nun die Linken auch nicht. Dabei - die Bullen kennt man ja, deren Gewalt ist sonnenklar - dabei gehts ihm doch nur darum, die Motive für action seitens der Demonstranten herauszukriegen. Aber vor der Kamera erzählt ihm ja keiner was! Wir sagen ihm, daß das nicht von ungefähr kommt: Einer seiner Kollegen (Jay Tuck) hatte die Hamburger TAZ mit einem simplen aber wirksamen Trick zur RAF-Filiale gemacht. Im Treppenhaus der Dralle findet sich der Schriftzug KRAFTDRUCK. Der richtige Bildausschnitt in den Tagesthemen machte daraus RAF. Als Herr Börner von diesen Schrecklichkeiten seines Kollegen erfährt, sieht er ein, daß wir vorsichtig geworden sind. Er sei da ja ganz anders, aber er verstande schon. Er wolle sich bei NDR mal drum kümmern. Ob sonst noch was anläge? Ob wir Material für ihn hätten. Seine Karte läßt er da. Dann holt er seine Kameraleute rauf, um ihnen zum Abschied die Räume zu zeigen, die sie nicht filmen durften. Und verschwindet. Wir blicken ihm mitleidig nach: Wie haben es die aufrechten Linken in unseren Rundfunkanstalten doch schwer!

Hallo Leute,

vielen Dank, daß ihr mir euer DBB (Durch-Blick-Blatt) zusenden wollt. Ich hoffe, daß es auch ankommt. Habe gestern erstmal einen Bittbrief an die Paragraphenfreaks losgelassen. Habt ihr Spaß gehabt am Samstag? Ich saß ganz schön auf Kohlen.

Ihr schreibt, daß ich auch Artikel schreiben kann. Nun, das ist sehr nett von euch, aber ich bin ziemlich im Arsch und so leer wie man es nur sein kann. Ich habe euch etwas abgeschrieben, was ich manchmal vor mich hindenke und zu Papier bringe. Taugt aber kaum zur Veröffentlichung, weil es nur Dinge sind, die einem durch den Kopf gehen, und kaum verständlich sind.

Ich freue mich auf die nächste Ausgabe und wünsch euch alles Gute.

Wolfgang

Zwar kein gf-Star-schnitt, aber ein Erinnerungs-Foto von uns...

Ihr Lieben,

Ich möchte unbedingt wieder ein Abo bestellen! Die Ausgaben ab Januar '81 (wenn's geht) auch noch. Ich dachte nämlich, ihr seid "eingegangen". Gestern hab ich euch im Schaufenster wiederentdeckt. Ich bin aus der "Umgebung", daher bitte an: Angela. Schönen Dank.

NDR-FERNSEHEN
ABTLG ZEITGESCHEHEN
GAZELLENKAMP 57
2 HAMBURG 54
TEL. (040) 41 31, 4 13 48 70

Auszüge aus seinem BILDpamphlet:

Düster dräuende rhytmische Musik. Die Kamera schwenkt über die Fassade der Dralle-Fabrik. Der Sprecher: „Das ist die alte Fabrik des Dr. Dralle in Hamburg Altona. Hier wurden einst die Tinkturen zusammengerührt, die bei Problemen am Kopf helfen sollten. Heute beschäftigen sich die Nachmieter mit Schwierigkeiten, die manch einer im Kopf hat [Fragt sich echt, wer wir wat am Kopp hat! d.S.] Das Gebäude wird alternativ genutzt. Im 6. Stock ist das Zentrum und die Zentrale eines linksaußen stehenden Kommunikationszentrums. Hier fertigen Hamburger Chaoten und Spontis ihre Videobänder, um sich Luft zu machen und um ihre nächsten Aktionen propagandistisch vorzubereiten."
Die Musik dräut weiter. Die Kamera beschäftigt sich mit dem Extrablatt. Börner bastelt aus den unterschiedlichen Texten eine Geschichte:
Sprecher:.....'Ich trinke Jägermeister, weil wir nichts anderes plündern konnten'. Aber dann die Drohung: 'Wir haben am Mittwoch, 4.2. die Scheiben des HEW-Zentrums Altona zerstört. Wer weiterbaut, wird fühlen. Schwarze Radler Altona'."...
„Von den Schreibtischtätern der Gewalt und dem verantwortlichen Redakteur dieses Aufrufs wollte sich niemand der Kamera stellen."
Die Kamera zeigt ein schwarzes Herrenfahrrad, welches an der Dralle-Fabrik lehnt. Der Sprecher spricht das Schlußwort: „Die Schwarzen Radler wollen nach Brokdorf. Mit Gewalt!".
Börners Lügenmärchen dreht so alles auf den Kopf. Nicht von unterschiedlichen Gruppen mit unterschiedlichen Demovorbereitungen, nicht von einer Zeitung, die verschiedene Stellungnahmen und Aufrufe unzensiert abdruckt ist die Rede, nein: Ein verantwortlicher Redakteur ist der Drahtzieher, der seine Radlerkommandos nach Brokdorf hetzt.
Wir gratulieren, Herr Börner. Selbst die Bildzeitung kann das kaum besser.flonan

Betr.: Brokdorf und die Atomkraftgegner

Ich, Mitglied im "NRB-Kollektiv Wir leben noch", finde es sehr schade, daß ihr den Asta so herabsetzt. Nur weil Ihr Euch von ihm diskriminiert fühlt. Ihr streitet den Jusos und DKP-Hochschulgruppen die Atomgegnerschaft ab, nur weil sie einen anderen Weg des Widerstandes wählen als Ihr. Wenn sie (ich übrigens auch) die friedlichen Demos gegen Atomenergie für ergebnisreicher halten, dann dürfen sie sich doch auch so verhalten. Wenn Ihr den gewaltsamen Widerstand gegen die Atomenergie als die einzig wahre Gegnerschaft bezeichnet und gleichzeitig die friedlichen Demonstranten von Jusos und SDAJlern als Handlanger der Atomwirtschaft bezeichnet, dann müßt Ihr Euch doch fragen, ob Ihr noch eine große Basis bei den Jugendlichen habt, die Eure Theorien nicht widerlegen wollen und auch den gewaltsamen Widerstand gegen Brokdorf und andere Schandorte des Kapitalismus als einzig richtigen Widerstand erklären. Ihr müßtet doch Interesse dafür haben, daß die Anti-Atom-Bewegung von möglichst vielen Organisationen und Verbänden getragen und gestützt wird. Wenn Ihr Euch dagegen derart isoliert und absondert, so kann ich es durchaus verstehen, daß Ihr mit Eurer Zeitung Absatzschwierigkeiten habt. Denn in vielen kritischen Augen ist Eure Zeitung zu einseitig und engspurig, oft ja auch intolerant, oder???!

Trotzdem wünsche ich Euch noch ein langes Leben der "grossen freiheit" als Bereicherung des Medienmarktes. Isa bei mich?

Lieber Peter,

diesmal hat es geklappt! Ich habe alles erhalten, vielen Dank, auch für Dein Verständnis!

Im November '80 bekam ich das erste Mal eure Zeitung in die Hände. Ich las sie und fand sie einfach wunderbar! Es gehört schon sehr viel Mut dazu, und nicht nur Mut, so eine Zeitung zu machen.

Dein Angebot, mir den Knastratgeber zu schicken, nehme ich sehr gern an. Warte aber bitte noch damit, ich schicke Dir in den nächsten Tagen eine Paketmarke, ohne Marke könnte es passieren, daß das Paket wieder zurück geht.

Des weiteren habe ich noch einen Interessenten hier im Knast für die "gf". Es wäre vielleicht ganz gut, wenn es hier zwei Leute gibt, die die Zeitung bekommen. Wenn sie die eine zurückschicken, besteht dann immer noch die Möglichkeit, daß der andere sie bekommt. Wir sind hier dabei, eine Zeitung herauszubringen. Ich bin mir darüber klar, daß es einige Zeit dauern wird, bevor es eine Zeitung wird, die wirklich die Tatsachen bringt. Zumindest ist es jetzt schon so, daß wir das in eigener Regie machen können, das heißt ohne Zensur.

Im März wird hier in Versen ein neuer Knast eröffnet, werde dann noch einen kleinen Bericht darüber schreiben und euch schicken.

Freiheit und Glück für alle!

V.K.

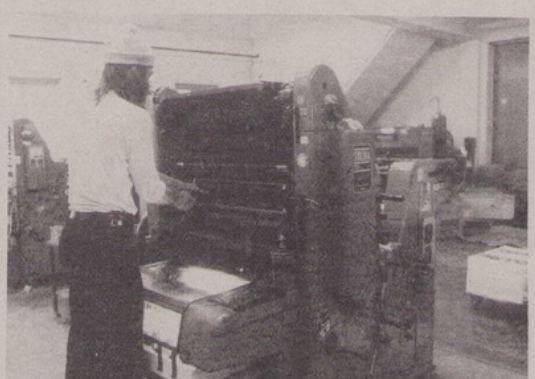
Leserbrief HH, den 5.3.81

Betr. Verhalten vor und nach Demos

Wenn man vor der Demo bzw. Großdemo unseren Freund + Helfer anruft, so kann man die Kommunikationsherstellung zwischen Demonstrant + den Freund + Helfer erheblich verbessern, was dann nicht zu solchen Störungen führt. No. sind im Tel.Buch.

Ich beobachte auch immer wieder nach einer Demo, daß sich Leute brav vor den Fahrkartenschalter der DB versammeln, um ja eine Karte zu erwischen. Muß das denn sein? Gebt mal daraufhin einen Hinweis, es lohnt sich, denn nach der Demo sind wir doch noch immer so stark in Gruppen.

Viele Grüße, Nico



...und unsrer Druckerei

Die Einzelzelle

. . . ist ein Raum für eine Person, die einer "Tat", die gegen Recht und Gesetz verstößt, verdächtigt wird und überführt wurde. Egal wie.
. . . ist ein Raum von Menschen für Menschen gebaut, die gegen ihre Umwelt abgeschirmt werden müssen. Egal wie.
. . . ist ein Raum, zu dem kein anderer Mensch zutritt hat, es sei denn, er steht in einem Dienstverhältnis zu seinem Dienstherrn. Egal wie.
. . . ist ein Raum, in dem 1 Tisch, 1 Stuhl, 1 Bett und 1 Schrank steht. Egal wie.
. . . ist ein Raum, in dem du kaputt gehst. Wie? Egal?!

Hallo Leute!

Da meine Wenigkeit sich zur Zeit im Knast befindet, hat sie nur Lichtblicke. Einer davon war im Januar, als ich Eure gf zufällig in die Hände bekam. Ich muß Euch sagen, ich war begeistert. Bestürzt war ich über mich selbst, daß ich erst in den Knast kommen mußte, um festzustellen, daß es Euch gibt. Jetzt, wo ich das 2. Ding, diesmal weniger zufällig, bekam, habe ich mich entschlossen, die gf bei Euch zu bestellen. Bitte teilt mir mit, ob dies im Bereich des möglichen steht. Dann werde ich die Herren meiner Welt um Erlaubnis fragen.

So, dann wünsch' ich Euch viel am 28. und bei dem, was sonst so passiert.

Euer Wolfgang

Die 'Kapelle' zum Fest:

Dieser Leserbrief soll vorsorglich und nachträglich allen Spekulationen und Gerüchten entgegentreten, die während des "Pressefestes der grossen freiheit" und nach dem darauf folgenden Chaos uns zu Ohren gekommen sind. Ich ein Mitglied der Gruppe "The Kapelle", die für die Veranstaltung am 6.3.81 in der Unimensa engagiert wurde, und ich möchte aus meiner Sicht zu diesem Abend etwas sagen.

1. Es wurde auf einem Vorbereitungstreffen abgesprochen, daß Leute von dem Veranstaltungskomitee sowie Mitglieder der Gruppen Kapelle, Kif Kif, Kotzbrocken und City Nord sich am Tag der Veranstaltung treffen wollten, um die Anlage, über die alle Gruppen spielen wollten, sowie die Bühnenanlage und Schlagzeug in LKWs, die die Veranstalter stellen sollten, einzuladen und zur Unimensa zu fahren. Zum verabredeten Zeitpunkt waren weder LKWs noch Leute eingetroffen außer den Mitgliedern von 'Kapelle'. 1 1/2 Stunden später traf Jörg von 'Kif Kif' mit einem eilig organisierten LKW ein, weil es mit den beiden versprochenen LKWs doch nicht geklappt hatte. Als wir in der Unimensa angekommen waren, gab es mit den Veranstaltern ein peinliches Gefeilsche um die Bezahlung des LKWs, der für Hin- und Rücktransport sowie Auf- und Abbau der Anlage 150,– DM haben wollte. Man einigte sich darauf, daß – aus welchem Grund auch immer – wir die Hälfte der Kosten übernehmen sollten.

2. Es wurde wiederholt behauptet, daß wir uns mit 800 DM Gagenforderung sowie 500 DM für die Anlage "unsolidarisch" und "geldgierig" verhalten würden, deshalb einige Sätze zum Geld.

Erst einmal steht es jedem Veranstalter frei, nur Gruppen zu engagieren, die umsonst spielen wollen. Wir halten unsere Forderungen nach 100 DM pro Nase nicht für überhöht und geldgierig, sondern sie liegt erheblich unter dem, was uns kommerzielle Veranstalter zahlen. Daß eine Musikkapelle nicht von Luft und Liebe lebt, daß ständig hohe Kosten anfallen für Proberaum, Versicherungen, Reparaturen (in der Unimensa ist uns ein Mikrofon im Wert von 350 DM von Kotzbrocken kaputtgemacht worden), muß nicht weiter erwähnt werden.

Der Preis für die Anlage ist mit 500 DM sehr solidarisch, wenn man berücksichtigt, daß ein kommerzieller Verleiher mit Roadie und Mixer für eine vergleichbare Anlage 1200 bis 1400 DM nimmt. Das zum Geld.

3. Es ist traurig aber wahr, daß alternative Musikveranstaltungen sich durch Unzuverlässigkeiten, Unkorrektheiten und chaotische Durchführung auszeichnen.

4. Wir wurden im Dunkeln darüber gehalten, wer eigentlich die Veranstalter dieses Festes waren. Keiner fühlte sich zuständig und jeder beeilte sich zu beteuern, daß er doch nicht so recht zu den zuständigen Verantwortlichen gehört (Für wen sollten wir denn solidarisch sein?).

5. Das Generve mit der Katastrophengruppe 'Kotzbrocken' und der Schlagerband von 'City Nord' lasse ich mal außen vor. Abgesehen von der Tatsache, daß 'Kotzbrocken' uns einige Geräte kaputtgemacht haben und keine Ahnung hatten, wie man solch technisches Gerät bedient, würde ich – musikalisch betrachtet – nur ausfallend werden.

6. Es war eine Zumutung, daß wir erst um 1.30 Uhr nachts spielen konnten. Wieso hat 'Kotzbrocken' so lange spielen dürfen? Abgemacht waren 1 Stunde pro Gruppe. Wir haben nach der Veranstaltung alle in die Anlage abgebaut und verladen; keiner von den anderen Gruppen war da, um zu helfen. Die Veranstalter waren zu dem Zeitpunkt sowieso nicht mehr ansprechbar, entweder waren sie betrunken oder waren genervt von dem Ärger, den sie mit dem Punkpublikum hatten.

7. Wer weiß, wie Punk-Veranstaltungen z.B. in der Markthalle ablaufen, darf nicht so naiv sein, vier so verschiedene musikalische Darbietungen für so eine Veranstaltung zu engagieren. Man kann doch nicht so kunterbunt JazzRock, Blues, Rock, Schlager und Punk miteinander vermischen. Da muß doch eine gewisse Linie vorhanden sein. Kein Veranstalter bringt z.B. Peter Maffay und Clash in einem Programm. Viel besser wäre es gewesen, wie im letzten Jahr nur zwei Bands zu engagieren.

Man kann zusammenfassend nur sagen, daß 'der finanzielle Reinfall', die chaotische Durchführung, der Ärger mit den Punks vollständig den Veranstaltern zuzuschreiben ist. Es ist obendrein eine Frechheit, nach diesen Vorfällen – abgesehen von dem Ärger, den wir mit den Eierschädeln von 'Kotzbrocken' hatten, die korrekte Einhaltung der Abmachungen, die zwischen 'Kapelle' und gf getroffen waren, in Frage zu stellen und uns unsolidarisches Verhalten vorzuwerfen. Ich hoffe, daß das nächste Fest der gf von kompetenteren Menschen vorbereitet werden wird, die Korrektheit nicht mit Spießigkeit verwechseln, damit das nicht das Privileg kommerzieller Veranstalter bleibt, gute Musikveranstaltungen durchzuführen. Spießig finde ich es vielmehr, mti zwei Gruppen Gagen auszuhandeln, während die anderen Gruppen keinen Pfennig erhalten. Daß das Unmut und Ärger erregt, darf doch keinen wundern.

Stephan K.
Taxifahrer

Nachlese einer rauschenden Ballnacht

7.3.81

Was hast Du im Schädel – Dreck oder Stroh?

Nach dem gewohnten, anfänglichen Chaos war es doch tatsächlich dazu angetan, ein Fest zu werden. Abi Wallenstein knallte Blues und Boogie in den halbgefüllten Saal, und es kamen immer mehr Leute. – Die nachfolgenden Bands spielten in gutgefülltem Saal vor einem ebensolchen Publikum. Als die ersten Spiegel kaputtgingen – Ratlosigkeit, und die absolute Gewissheit, daß dafür die Versicherung aufkommt; na ja, 'n paar Punks lassen eben Dampf ab und so'n Spiegel reizt ja auch ... bis dann einige bunt beschopfte unbedingt duschen wollten, aber nichts dergleichen fanden. Sie funktionierten kurzerhand durch zielgerichtetes Abmontieren eines Wasserkastens die Toilette in ein kombiniertes Dusch- und Schwimmbad um, und weil man gemeinsam das kühle Naß genießen wollte, fielen auch noch ein paar Türen aus den Angeln.

Erfrischt und beglückt über die gelungene Aktion zog sich das trunkene Völkchen durch eine Glastür in den Saal zurück, um den mitgebrachten Fotografen zu suchen. Er kam, sah und knipste die Heldentaten und hatte bei seiner Arbeit noch aufmunternde Sprüche für die verstörten gf-Opas übrig, die für solche Art von Humor erstaunlich wenig Sinn bewiesen.

Hier und da bekamen Punks plötzlich warme Ohren und mußten feststellen, daß der Frührentner-Freundeskreis gf n.e.V. erstaunlich groß ist. Wo sich doch alle so prächtig vergnügten, wollten ein paar angereiste Häuserkämpfer aus Bärlin (nach eigener Aussage!) plus Freundeskreis auch etwas zur allgemeinen heiteren Stimmung beitragen: sie koppten einen Wohnwagen auf die Straße in der Hoffnung, daß nun auch der uni(n)formierte Bürger zu diesem Volksfest kommen würde. – Er ließ sich blicken, konnte aber trotz dieser liebgemeinten Einladung seine Schwellenangst nicht ganz überwinden.

Die allseitig ausgelassene Stimmung verursachte hier und da heftige Bauch- und Kopfschmerzen, und die erst so klaren Fronten gerieten durcheinander, weil plötzlich einige "Opas" ihre langunterdrückte Liebe zu Punks entdeckten und umgekehrt.

Es hat ein Fest zur Deckung unserer Schulden werden sollen nun werden wir wohl im Lotto gewinnen müssen.

Irgendwie klappt's schon ... für mich war's das letzte gf-Fest. Ich hab' kein' Bock mehr auf Leute, die einfach nur weil's so schön kracht, kaputtmachen müssen. Die Frage, was sie im Schädel haben ist für mich beantwortet: Nichts.

Horst

Chaos-Fete vom 6.3.

Wir von 'City-Nord', die ja auch auf der Fete gespielt haben, wollen uns hiermit auch zu Wort melden, weil wir auch einiges klarzustellen haben.

Wir haben uns nämlich tierisch geärgert; nicht nur über das Fest, sondern auch über den Artikel von euch in der letzten gf.

Angefangen hat das schon in der Vorbereitung, wo sich die Gruppen und die gf getroffen haben. Für uns und für Kotzbrocken, Abi Wallenstein, KifKif wohl auch, war es selbstverständlich, daß auf einer "Solidaritätsfete" ohne Gage gespielt wird. Wir sind deswegen gar nicht auf die Idee gekommen, über Kohle zu reden. Umso mehr waren wir verwundert, als wir dann auf dem Fest hörten, daß die "Kapelle" allein 1.300 DM Gage haben wollte und auch kriegen sollte. 500 DM allein dafür, daß sie die Anlage und Mixer stellten, der alle Gruppen mixen sollte. Um noch mal festzuhalten: uns ging es nicht um die Kohle – obwohl sich die Punker beim Vorbereitungstreff nicht mal ein Bierchen leisten konnten. Das alleine brachte auch nicht die 'Kapelle' in den Ruf, eine Commerz-Gruppe zu sein (daß Leute von ihrer Musik leben wollen, ist ja okay, aber in einem bestimmten Rahmen sollten sie sich doch schon halten).

Viel schlimmer war die Sache mit dem Mischer. Und zwar haben nicht nur die Punks gemeckert, sondern z.B. auch wir (wie's mit den anderen Gruppen war, wissen wir nicht). Vor allem war das kein subjektives "Gefühl", daß wir benachteiligt waren, wie es in eurem Artikel erscheint, sondern dadurch zu 'belegen', daß der Mixer von der Kapelle bei uns und bei Kotzbrokken zumindest kein Knöpfchen gedreht hat, sondern mit verschränkten Armen an der Wand lehnte. (Und das für ein paar hundert Mark am Abend!) Wir hatten wenigstens das Glück, daß sich noch eine Freundin von uns ans Pult setzte, und einigermaßen den Sound rüberbrachte. Für Leute, die mit Musik nicht enger zu tun haben, ist es sicher nicht bekannt, daß das ein typisches Verhalten in der Commerz-Musik-Szene ist, Vor- und anderen Gruppen den Sound kaputt zu machen.

Deswegen also die 'Gerüchte' über die Kapelle, die wohl nicht ganz unbegründet sind.

P.S.: Unter anderem sind die Punker an dem Abend auch deswegen ausgeklinkt, weil eine Punkerfrau von einem Typen krankenhausreif geschlagen wurde. Das nur zur Information, weil wir finden, daß ihr euch in dem Artikel so schön in die Probleme der Kapelle einfühlen könnt, aber überhaupt nicht in die Punker-Szene. Aber dazu können ja Kotzbrocken u.a. noch schreiben.

Rolli + Dag von City-Nord-Rock

Ich schau mich um und seh' nur Ruinen oder Es war einmal ein Rock'nRoll Freitag!

Käpt'n Fjutscher

Freitag, 6.3.81, Uni-Mensa. Fest der "grossen freiheit", die mehrere tausend Mark Schulden hat. Es spielen 4 Gruppen. Eine Punkgruppe und eine Rockgruppe (Kotzbrocken und City-Nord) spielen umsonst. "Die Kapelle" (Ex-Ougenweide) wollen 1.300 Eier. Kurz bevor Kotzbrocken spielt, klirren die Spiegel vor der Toilette. Außerdem sind die Garderobenständer verbogen und abgebrochen. Der Boden ist mit Bierflaschen übersät.

Nachdem Kotzbrocken gespielt hat, nochmals Lärm aus der Toilette. Cräsch! Die Spülbecken der Toiletten sind aus der Wand gerissen. Wasserstrahl an der Wand. Überschwemmung im Klo. Die Händetrockner sind demoliert. Übrig bleibt das Gerippe vom Ventilator.
Wut im Bauch – nix im Kopf – Spülbecken in der Hand.

Folgende Sprüche sind an die Wand gemalt: Cräsch, Jugendbrigaden, Kotzbrocken – we'll never die! Die Botschaft dringt langsam nach oben, mittenrein in den Jazz-Rock. Es ist wahrscheinlich kurz nach Mitternacht (oder noch später – das Zeitgefühl ist dahin). Frust macht sich breit. Noch mehr Schulden für die "grosse freiheit". Es kommt Pogromstimmung auf. Einige Trupps von Anarchos bilden sich, machen Jagd auf alles, was nach Punk aussieht. Der Typ am Bierstand mit T-Shirt "Anarchia si" zeigt mir stolz seine Holzlatte! Ja wenn die Punks kommen! An mehreren Ecken der Mensa kommt es zu Tumulten. Ab und zu werden paar Punks zur Rede gestellt. Einer wagt es zu äußern, daß er es toll findet, daß die Uni in Arsch gemacht wird. Er wird fast gelyncht! Ich versuch, mit ihm zu reden. Erzähl ihm, daß die "grosse freiheit" alles bezahlen muß! Er fragt: "Wirklich? Wußte ich nicht! Trotzdem war's geil." Das Gerücht geht um, daß die Bullen da sind. Die Punks sind die Türken von morgen. Einer erzählt, daß Fascho-Punks die Randale gemacht haben. Andere erzählen, daß Kotzbrocken dabei waren. Ab und zu wieder ne Schlägerei mit Punks. Bierflaschen fliegen. Dann geht's auf der Straße weiter. Ein Wohnwagen wird quergestellt und umgekippt. Ein Mercedes brennt aus. Ein Reisechaot aus Kreuzberg, ein Hausbesetzer, der seit kurzem in Berlin wohnt, und noch einer, der in Altona wohnt, rennen mit schwarzen Halstüchern auf der Straße rum. Inzwischen ist die ganze Gegänd von Bullen abgesperrt. Auf der Moorweide stehen mehrere Mannschaftswagen. Die drei tapferen Kämpfer fordern die alkoholisierte Menge zum Straßenkampf auf. Die meisten gehen nach Hause. Der Kreuzberger erzählt von Barrikaden in der Gneisenaustraße und von Nürnberg. In Freiburg ist auch die Hölle los. In der FR steht am nächsten Tag, daß die Politiker in Sorge sind wegen Jugendkrawallen – Nicht nur die Politiker. Etwa 200 Meter weiter stehen 50 Bullen mit Helm und Knüppeln. Die 10-15 Hamburger Militanten, die auf der Straße rumstehen, werden vom Kreuzberger Reisechaot als "gewaltfreie" beschimpft. Wahnwitz.

Ein Bullenauto fährt vorbei, wird demoliert, haut ab. Nach und nach verläuft sich alles. Beinahe wäre es zu einer Schlägerei zwischen Hamburgern und Berliner Anarchos gekommen.

Auf dem Nachhauseweg werden noch einige Hamburger, die mit der Sache nichts zu tun hatten, von den Bullen abgegriffen.

Ich verstehe die Welt nicht mehr: Leute, die ich vom Barrikadenbau her kenne, räumen die Barrikaden der ausgeflippten Kreuzberger weg. Auch wenn ich sie für falsch halte, wegräumen ist nicht meine Sache. Punks wurden zum Freiwild erklärt, einige zusammengeschlagen. Als ob dadurch die Schäden behoben wären. Die heiße Frage ist, zahlt ne Versicherung für die Schäden oder nicht? Wenn nein, dann bleibt der "grossen freiheit" nur noch zweierlei: entweder dicht zu machen oder ne Bank zu überfallen.

Jetzt hilft nur noch Revolution – aber nicht mit unseren Bierflaschen, da ist noch Pfand drauf!
Tanze, Tanze in der Reihe / Stumpf is' Trumpf. Nach'm x-ten Halben sind einige (Möchtegern) Punx immer noch nicht mutig genug, ihre Aggressionen außerhalb der Scheißhäuser raus zu lassen – vielleicht geht die "Freiheit" dran pleite!? Vor der Tür Gefasel von "in Berlin – da geht's nämlich ab", 'n Wohnwagen wird umgekippt und wieder auf die Räder gestellt (Spielchen wiederholt sich). Endlich – die ersten Bullen tauchen auf! Sofort Hysterie: Bierkisten werden raus bzw. wieder rein geschleppt – die Aggressionen gehen teilweise nach hinten los (Kloppereien um leere Bierkisten!!). Als 'n Bullenwagen mit Flaschen beworfen wird, trifft's natürlich fast ein paar von uns / "ich ha-b a-ber d-doch gaanz g-nau aufn Wagen ge-th-zielt." Oh, Scheiße, was is los in Hamburg?? Die Bullen lachen über uns – und das nich ohne Grund! In fast allen größeren Städten is Krieg: Berlin – 113 Häuser besetzt, Nürnberg und Freiburg – Bullenterror gegen Hausbesetzer und ihre Freunde (über 100 Leute in Haft!!!) – von Zürich und A-dam gar nich zu reden. . . Und in Hamburg – einige Besuffkis mit lächerlichem Mackergehabe spielen "militant" / der Häuserkampf findet im TV statt. Die "Bewegung" in HH bewegt sich nich mehr (. . . aber die Strauß- und Brokdorf-Demos! – ääh, Wixe von gestern!). Wir leben jeden Tag und nich nur, wenn 'ne Demo oder sowas angesagt ist – Realität: vereinzelt in den Straßenschluchten oder der Hochsicherheits-Trakt in der eigenen Birne! So um 500 Häuser stehen in HH leer, der Unterelbe-Industrialisierung fallen ganze Stadtteile (Dörfer) zum Opfer – Big Brother wütet und wir bringen nix anderes als 'n mittelschweren Akt der Selbstzerstörung zustanden / No Fun! Wenn der "in der Kneipe hängen und Sprüche kloppen"-Film nich bald aufhört, können wir einpacken... Der Feind is überall (Steine auch ...), Wohnraumvernichtung gibt's überall (uns auch...) – WORAUF WARTEN WIR ALSO? Wir sind's den Hausbesetzern in Berlin, Nürnberg, Freiburg, Göttingen, Zürich, Amsterdam usw. einfach schuldig, daß es auch in HH endlich "abgeht"! Nur so können wir alle Besetzer (besonders die in den Knästen) unterstützen und selbst 'n "menschenwürdiges" Leben führen. O.K. – genug gekotzt – IN DIE ZUKUNFT!

KurzeS

ET CETERA & MORDIO

Buchbesprechung:

Gaby Weber:
CIA – Drogen – Gehirnwäsche
Die "Mörder GMBH"
(Ein Super-Science-Fiction!?)

Als "Mörder GmbH" stellt die durch spektakuläre 'Stern'-Reportagen bekannte Journalistin Gaby Weber die größer Verbrecher-Organisation unserer Zeit vor: den CIA, Amerikas größenwahnsinnigen Geheimdienst. Anhand peinlich genau geführter Recherchen weist sie nach, daß diese Organisation nicht nur von den Methoden des Hitler-Faschismus gelernt hat, sondern daß sie diese Methoden in skrupelloser Weise weiterentwickelt hat. Und es ist kein Wunder, daß die bürgerliche Presse es ablehnt, diesen Bericht zu veröffentlichen.

Jeder kennt die Machenschaften des CIA in Chile und andernorts; was Gaby Weber jedoch hier aufdeckt, würde jeden Science-Fiction-Roman oder Krimi, der dies darstellt, zu einem drittklassigen machen und den Autor als 'spinnert' hinstellen. Aber das Unvorstellbare ist tägliche Realität!

Harmlos wirken die Versuche mit Psychopharmaka und Drogen (selbstverständlich ohne Zustimmung oder Wissen der Opfer) gegen die 'großflächigen Experimente', die Gaby Weber in dem Buch beschreibt:

Bereits 1950 hatte ein Schiff der US-Kriegsmarine 6 Tage lang über San Francisco Bakterien verbreitet, die Lungenentzündung hervorrufen, "um die offensiven Möglichkeiten eines Angriffs auf eine Hafenstadt mit einer biologischen Kriegswaffe zu studieren", so der Marinebericht. Ähnliches geschah in Florida und New York.

'Arme Irre' hat wohl jeder gedacht, als er vom 'Massenselbstmord' gehört hatte, der sich 1978 in Jonestown/Guayana zutrug. Und religiöser Fanatismus war ja auch eine plausible Erklärung. Keiner ist wohl auf die Idee gekommen, daß dies ein groß angelegter Versuch des CIA war, die Möglichkeit von die Psyche beeinflussenden Drogen in der Masse zu testen. Gaby Weber weist es nach! Daß 'normale' Menschen zu berufsmäßigen Killern 'umgezüchtet' werden, wen wundert's noch?!

Alles in allem hat Gaby Weber ein äußerst interessantes, wichtiges und längst überfälliges Buch geschrieben, das jedem, der noch an die 'demokratischste Demokratie' USA glaubt (solche Frömmler soll es wirklich noch hie und da geben), die Augen öffnet.

Die einzige Schwachstelle des Buches: Die Dokumente und Bildunterschriften sollten aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt werden. Ich kann mir vorstellen, daß es außer mir noch andere Leser gibt, die der englischen Sprache nicht mächtig sind. Dies kann durchaus als Tip für die nächste Auflage angesehen werden.

Für den Preis von 9,–DM macht das Buch einen äußerlich bescheidenen Eindruck. Aber man lasse sich da nicht täuschen: Der Inhalt ist ein Vielfaches wert! Außerdem müssen, wie mir der Verleger dargelegt hat, von diesem Geld die Kosten der Autorin (Flug nach USA, Kosten für Recherchen etc.) beglichen werden. Und – geben wir's zu – die 'Libertäre Assoziation' ist nicht der Verlag Gruner & Jahr!

Zu beziehen ist das Buch über fortschrittliche Buchhandlungen oder direkt über den Verlag.

Hier noch einmal Titel und Verlag:

Gaby Weber
CIA – Drogen – Gehirnwäsche
Verlag Libertäre Assoziation
Ottenser Hauptstr. 35, 2 HH 50

2 aktuelle
Bücher zur Sache

In diesem Band kommen Menschen zu Wort, die seit längerem unserer Gesellschaft den Rücken gekehrt haben: Frauen und Männer zwischen 20 und 73. Sie erzählen von ihrem früheren und jetzigen Leben und warum sie das eine gegen das andere eingetauscht haben.

288 Seiten, Broschur, DM 14,80

Bei den Bürgern der Bundesrepublik wächst die Staatsverdrossenheit. Das versetzt die Politiker in Ratlosigkeit und Sorge. Der Journalist Peter Grubbe untersucht die Ursachen dieses beunruhigenden Phänomens.

240 Seiten, Broschur, DM 14,80

Hoffmann und Campe

Welche ist echt?

Eure Lösung muß bis zum Redaktionsschluß (23.4.81) bei uns sein. Sollte mehr als eine richtige Antwort eingehen, entscheidet das Los. Dem Gewinner winkt die Veröffentlichung seines Namens in der nächsten gf und ein Freiabo.

HungerSTREIK

WEnn Schweine die BedÜrfnisse voN
MENSCHEN
ignoRieren, interessieren uns die
ernährungs-UND erwerbsquellen der
schweine.

DER SklavenBUS ist nur ein TEIL
unserer ENTSCHLOSSENHEIT!

DER MOB

heute nacht haben wir ein komman do der bewegung 2.frühling aus solidaritat mit den hamburger haus besetzern und aus wut über den menschenzerstörenden moloch kapi talismus und seine lakaien im rathaus dreimal in die elbe gespukt wir versten diese aktion als einen wesentlichen beitrag im kampf für die wiederaneignung unseres lebens und gegen die verseuchung der elbe

wir lassen uns unsere widerst andsformen nicht vom staat vorschreiben

BF

Freiburger Frauen: Für den Frieden. Für den Frieden: Freiburger Frauen

Angesichts der Gefahr eines dritten Weltkrieges, die drohend über uns schwebt, fordern wir Frauen die Bundesregierung auf, alles ihr nur Mögliche zu tun, um einen weiteren Krieg zu verhindern.

Wir Frauen fühlen uns darüber hinaus dazu aufgegefordert, noch mehr zu tun, denn wir wissen: bisher konnte kein Krieg ohne die Mithilfe der Frauen stattfinden.

Wer behauptet, Krieg sei Männersache, wir Frauen seien all dem hilflos ausgeliefert, hat nicht recht!

Jetzt kündigen wir unsere Mitarbeit auf und erklären, daß wir unsere Macht einsetzen werden, um diesen Krieg mit seinem grenzenlosen Elend zu verhindern.

Jede von uns hat dazu ihre eigenen Mittel, die sie zu benutzen weiß.

Mit folgendem Widerstand haben Sie ab sofort zu rechnen:

– Wir protestieren dagegen, daß wir den Herren Generälen und Politikern als aufopfernde Pflegerinnen von Verwundeten im Krieg sehr gelegen kommen. Wir sagen nein zum Art. 12a Abs. 4 Grundgesetz , der uns dazu zwingen soll, einen Krieg zu unterstützen. Denn wir wissen: nur mit unserer humanitären Hilfe ist ein Krieg überhaupt möglich. Wir sollen Männer ersetzen, die nun zum Töten abkommandiert werden können. Wir sollen Soldaten gesund pflegen, damit sie ein weiteres Mal verwundet, vielleicht endgültig getötet werden. Wir sollen die Beruhigungspille für die Bevölkerung sein, das kleine Fünkchen Hoffnung für jeden einzelnen, daß er durch unsre Hilfe vielleicht doch im nächsten Krieg eine Überlebenschance haben könnte.

– Wir verweigern jede Art von militärischem oder paramilitärischem Dienst für Frauen. Sollte ein solcher Dienst in den nächsten Jahren geplant werden, kündigen wir hiermit unseren entschlossenen Widerstand dagegen an.

– Wir erklären, daß wir keine Arbeitsstelle annehmen werden, die mit dem Militär in Zusammenhang steht, sei es in der Bundeswehr selbst oder in der Rüstungsindustrie.

– Wir tun, was wir können, damit unsere Kinder Kriegsgegner werden. Wir erziehen keine Soldaten.

– Wir versuchen, das Lager der Kriegsgegner zu vergrößern. Wir informieren auf vielfältige Weise über Ursachen von Kriegen, den Wahnsinn der Rüstung, das ganze unermeßliche Leid eines Krieges sowie über den Widerstand dagegen.

– Für den Fall, daß Sie, sehr geehrte Herren Politiker und Generäle, meinen sollten, es sei nun wieder einmal an der Zeit, einen Krieg zu führen, werden wir den Mann oder die Männer, mit denen wir leben, daran hindern, Ihrem Einberufungsbefehl zu folgen. Die Generäle werden sich dann ihre Soldaten selbst abholen müssen.

Frauen für den Frieden

Kontakt:
Elisabeth Speer/Andres
Petershöfe 3, 7808 Waldkirch
und Brigitte Schultheiß
Am Floßgraben 1, 7800 Freiburg

Skandal!

Chaoten fordern „brüderliche Hilfe" von Roten Zaren.

Sonntag, den 22. Febr. 1981

Telegrammtext

Botschaft der UdSSR, Waldstr. 42, Bonn-Godesberg

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Ein großer Teil der westdeutschen Linken, insbesondere der Arbeiterklasse, wendet sich mit einem flehentlichen Appell an Sie mit der Bitte, umgehend beim Bundeskanzler vorstellig zu werden und gegen die willkürliche Beschränkung der freien Meinungsäußerung in der Bundesrepublik zu protestieren. Insonderheit bitten wir Sie als Vertreter des ersten sozialistischen Landes, sich dafür einzusetzen, daß das Verbot der geplanten Brokdorfdemonstration für zig Tausende zurückgenommen wird und die arbeitende Klasse die Möglichkeit erhält, dennoch gegen den kapitalistischen Bau des Kernkraftwerks Brokdorf zu demonstrieren.

In der Hoffnung auf Ihr Eintreten für die Grundrechte der westdeutschen Bevölkerung, insbesondere der proletarischen Klasse,

mit revolutionärem Gruß
gez. Günter Nagel
(FAU-Büro)

Nachtrag: Wir bitten Sie, die Brokdorfdemonstration am Wochenende bereits von Hamburg aus von der Presse der sozialistischen Staaten verfolgen zu lassen.

ANKÜNDIGUNG !

Wir hatten in der vorletzten Nummer der großen freiheit recht ausführlich über die Situation in der Türkei, die Entwicklung zum Militärputsch etc. berichtet.

Ein Punkt, der die Zusammenarbeit zwischen türkischen und deutschen Linken immer wieder behindert oder erschwert, ist, daß man als Westdeutsche(r) durch die verschiedenen Organisationen und Gruppen aus der Türkei, ihre politische Linie und Widersprüche untereinander nur schwer oder gar nicht durchsteigt.

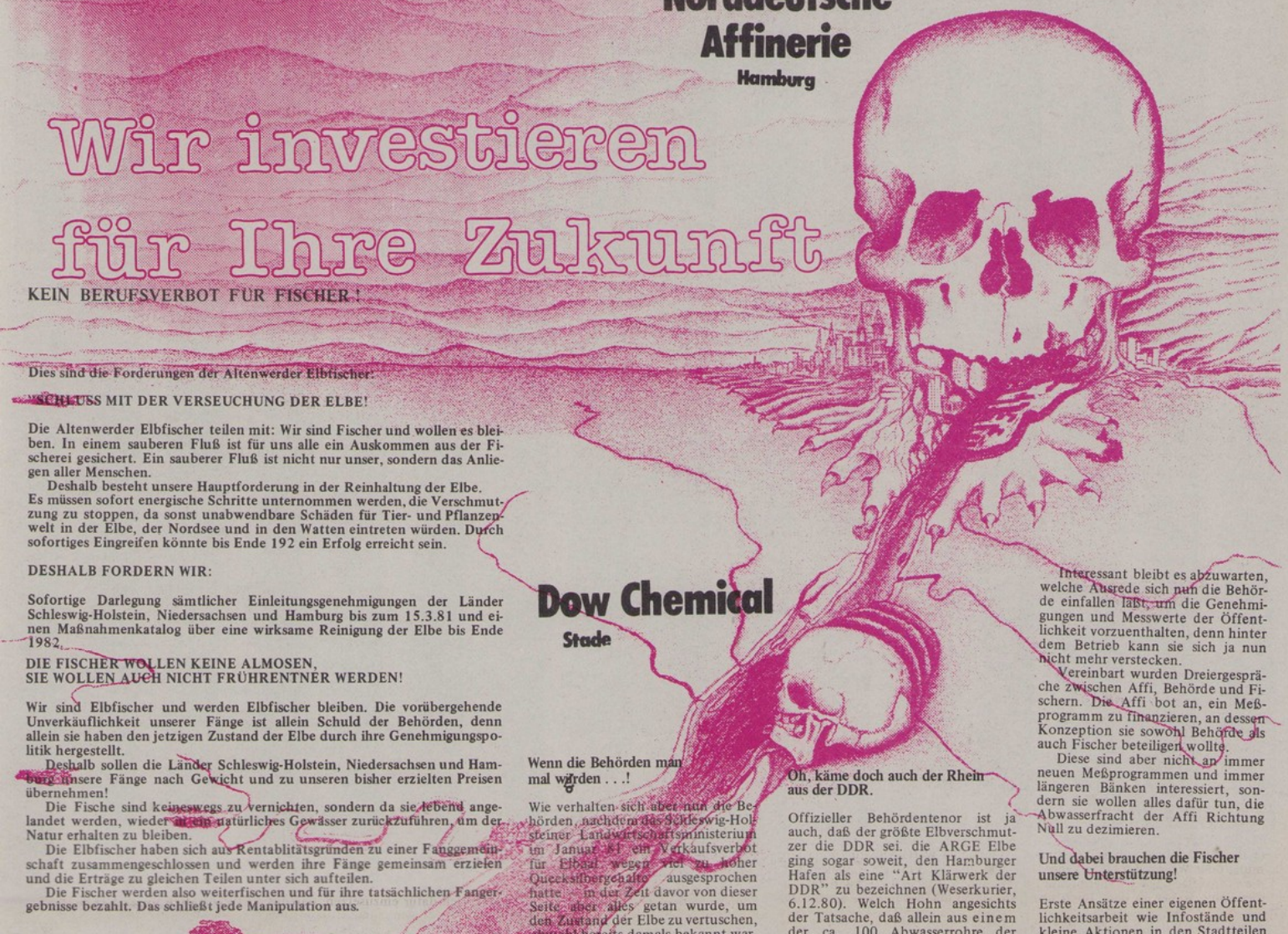
Wir wollen deshalb in der nächsten Nummer der gf einen Überblick über die linken Organisationen aus der Türkei, ihre Vorstellungen über den Kampf in der Türkei und in der BRD geben. Wer Lust hat, an einem solchen Artikel mitzuarbeiten oder Vorschläge für Fragen an die Gruppen aus der Türkei hat, wendet sich bitte an die grosse freiheit oder an Corry, Tel. 43 77 97.

Bild vom àll/tàg

Norddeutsche Affinerie
Hamburg

Wir investieren für Ihre Zukunft

KEIN BERUFSVERBOT FÜR FISCHER!



Dies sind die Forderungen der Altenwerder Elbfischer:

SCHLUSS MIT DER VERSEUCHUNG DER ELBE!

Die Altenwerder Elbfischer teilen mit: Wir sind Fischer und wollen es bleiben. In einem sauberen Fluß ist für uns alle ein Auskommen aus der Fischerei gesichert. Ein sauberer Fluß ist nicht nur unser, sondern das Anliegen aller Menschen.

Deshalb besteht unsere Hauptforderung in der Reinhaltung der Elbe. Es müssen sofort energische Schritte unternommen werden, die Verschmutzung zu stoppen, da sonst unabwendbare Schäden für Tier- und Pflanzenwelt in der Elbe, der Nordsee und in den Watten eintreten würden. Durch sofortiges Eingreifen könnte bis Ende 192 ein Erfolg erreicht sein.

DESHALB FORDERN WIR:

Sofortige Darlegung sämtlicher Einleitungsgenehmigungen der Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg bis zum 15.3.81 und einen Maßnahmenkatalog über eine wirksame Reinigung der Elbe bis Ende 1982.

DIE FISCHER WOLLEN KEINE ALMOSEN, SIE WOLLEN AUCH NICHT FRÜHRENTNER WERDEN!

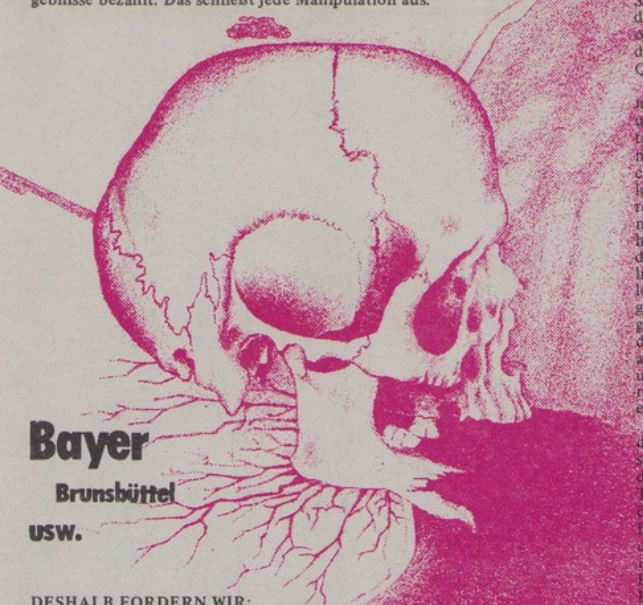
Wir sind Elbfischer und werden Elbfischer bleiben. Die vorübergehende Unverkäuflichkeit unserer Fänge ist allein Schuld der Behörden, denn allein sie haben den jetzigen Zustand der Elbe durch ihre Genehmigungspolitik hergestellt.

Deshalb sollen die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg unsere Fänge nach Gewicht und zu unseren bisher erzielten Preisen übernehmen!

Die Fische sind keineswegs zu vernichten, sondern da sie lebend angelandet werden, wieder in ein natürliches Gewässer zurückzuführen, um der Natur erhalten zu bleiben.

Die Elbfischer haben sich aus Rentablitätsgründen zu einer Fanggemeinschaft zusammengeschlossen und werden ihre Fänge gemeinsam erzielen und die Erträge zu gleichen Teilen unter sich aufteilen.

Die Fischer werden also weiterfischen und für ihre tatsächlichen Fangergebnisse bezahlt. Das schließt jede Manipulation aus.



Bayer
Brunsbüttel
usw.

DESHALB FORDERN WIR:

Vertragliche Absicherung dieser Maßnahmen durch die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg mit den Elbfischern.

Wir betrachten den jetzigen Zustand der Elbe als unerträglich und werden alles dafür tun, daß sich bis spätestens 1982 dieser Zustand der Elbe merklich verbessert hat und in absehbarer Zukunft die Elbe ein reiner Fluß wird!"

DER KAMPF DER FISCHER

Am 12.2. blockierten die mit 7 Kuttern die Elbe auf Höhe Mühlenberger Loch, direkt vor dem Rüstungskonzern MBB, für mehrere Stunden.

Am 16.3. blockierten einige Fischer mit tatkräftiger Unterstützung von ca. 50 Umweltschützern das Hauptor der Norddeutschen Affinerie, die einer der ganz großen Elbverschmutzer in Hamburg ist.

Am 20.3. demonstrierten die Altenwerder Elbfischer zusammen mit Kollegen aus Büsum und Cuxhaven mit insgesamt 15 Kuttern auf der Elbe in Höhe des Nord-Ostsee-Kanals, um zu verdeutlichen, daß sie notfalls auch in der Lage sind, mit wesentlich mehr Kuttern den Schiffsverkehr auf der Elbe und im Nord-Ostsee-Kanal lahmzulegen. Und das nicht nur für einige Stunden. Dazu Heinz Oestmann, der Sprecher der Altenwerder Fischer: "Das sei die letzte gewaltfreie Demonstration von Kuttern auf der Elbe gewesen, wenn die Behörden nicht endlich den Forderungen der Fischer entgegenkommen würden. Könne man demnächst auch anders!

Dow Chemical
Stade

Wenn die Behörden man mal würden . . .!

Wie verhalten sich aber nun die Behörden, nachdem das Schleswig-Holsteiner Landwirtschaftsministerium im Januar 81 ein Verkaufsverbot für Elbaal wegen viel zu hoher Quecksilbergehalte ausgesprochen hatte – in der Zeit davor von dieser Seite aber alles getan wurde, um den Zustand der Elbe zu vertuschen, obwohl bereits damals bekannt war, daß einige Fische viel zu hohe Quecksilbergehalte hatten.

Zunächst kümmerte sich niemand um die Zukunft der Elbfischer, und erst unter dem Druck der Aktion vom 12.2. fand sich ausgerechnet Hamburgs Umweltfeigenblättchen Curilla zu sofortigen Verhandlungen bereit. Inzwischen sind mehrere Verhandlungen gewesen, u.a. mit der Hamburger Wirtschaftsbehörde. Was dabei deutlich wurde ist, daß die Behörden den Fischern am liebsten Entschädigungen dafür zahlen möchten, daß sie Elbfischerei gänzlich einstellen. Vor allen Dingen wäre dann auch gesichert, daß der zukünftigen Nutzung der Elbe als Abwasserkanal keine lästigen – und in der Öffentlichkeit doch recht populären – Elbfischer mehr entgegenstehen würden.

Den tatsächlichen Forderungen der Fischer (s.o.) gegenüber zeigen sich die Behörden uninteressiert, lediglich Curilla spuckt einige große Töne (Inauftraggeben eines gesamtökologischen Gutachtens über die Elbe – als wenn das heute notwendig wäre, um den Zustand der Elbe überhaupt beurteilen zu können). Er läßt aber gleichzeitig die seiner Behörde unterstellte "Arbeitsgemeinschaft zur Reinhaltung der Elbe" (ARGE Elbe) erklären, die in Polse des Dammbruchs der Bützflether Rotschlammdeponie der Aluminiumoxid Stade in die Elbe eingeleiteten zehntausende Tonnen Rotschlamm-Schwefelsäure-Suppe seien bezüglich einer Verschlechterung der Elbwasserqualität unbedenklich.

Welch kluger Spruch. Nicht umsonst hat diese Institution unter den Fischern schon lange den Ruf einer "Arbeitsgemeinschaft zur Vertuschung der Elbverschmutzung". So schrieb denn selbst das Hamburger Abendblatt, daß schon geringe Mengen Rotschlamm ausreichen würden, um Fischen die Kiemen zu verkleben; diese ersticken dann. Wird dennoch Unbedenklichkeit festgestellt, so kann das nur heißen, daß das Elbwasser derartig versaut ist, daß es kaum noch schlechter werden kann.

Oh, käme doch auch der Rhein aus der DDR.

Offizieller Behördentenor ist ja auch, daß der größte Elbverschmutzer die DDR sei. die ARGE Elbe ging sogar soweit, den Hamburger Hafen als eine "Art Klärwerk der DDR" zu bezeichnen (Weserkurier, 6.12.80). Welch Hohn angesichts der Tatsache, daß allein aus einem der ca. 100 Abwasserrohre der Norddeutschen Affinerie (Affi) 10 kg Cadmium pro Tag in die Elbe eingeleitet werden, obwohl aus diesem Rohr eigentlich gar kein Cadmium herauskommen darf! Von allen anderen Elbverseuchern in der BRD abgesehen.

So war denn auch die Hauptforderung bei der Aktion am 16.3. vor der Affi die Einsicht in die wasserrechtlichen Genehmigungen der Affi sowie in die Ergebnisse der Abwassermessungen des Betriebes.

Die Umweltschutzgruppe Physik /Geowissenschaften der Uni hatte in eigenen Messungen nachgewiesen, daß die Umgebung des Betriebes hochgradig Cadmiumverseucht ist. Dies hatte in der Öffentlichkeit einiges Aufsehen erregt.

Daß nun diese Umweltschützer zusammen mit Fischern ihr Werkstor blockieren wollten, schien die Firmenleitung mächtig zu beeindrucken. So signalisierte bereits einen Tag vor der Aktion der Vorstandsvorsitzende Berndt seine Gesprächsbereitschaft und erklärte, er würde extra früh aufstehen, um eine Delegation der Demonstranten zu empfangen.

Für Öffentlichkeit bei der Aktion sorgte u.a. der NDR, der eigens mit einem Ü-Wagen angerückt kam, um ein Live-Interview mit Heinz Oestmann und dem Vorstandsvorsitzenden der Affi über NDR1 auszustrahlen.

Davon zeigten sich die Affi-Leute einigermaßen beeindruckt, und so kam heraus, daß die wasserrechtlichen Genehmigungen des Betriebs von ca. 1950 sind und damals z.B. Cadmium überhaupt nicht berücksichtigt wurde und daß Messungen des Betriebes und der Behörde Werte ergeben hatten, die es den Auftraggebern wert erscheinen ließen, diese in den Schubladen verschwinden zu lassen. Auf den nachdrücklich vorgetragenen Wunsch, in diese Sachen Einsicht nehmen zu dürfen, wurde erklärt, es würde sich formal um zweiseitige Verträge zwischen der Affi und der Behörde handeln, und die könnte die Affi ja leider nicht einseitig veröffentlichen, so gerne sie es tun würde.

Interessant bleibt es abzuwarten, welche Ausrede sich nun die Behörde einfallen läßt, um die Genehmigungen und Messwerte der Öffentlichkeit vorzuenthalten, denn hinter dem Betrieb kann sie sich ja nun nicht mehr verstecken.

Vereinbart wurden Dreiergespräche zwischen Affi, Behörde und Fischern. Die Affi bot an, ein Meßprogramm zu finanzieren, an dessen Konzeption sie sowohl Behörde als auch Fischer beteiligen wollte.

Diese sind aber nicht an immer neuen Meßprogrammen und immer längeren Bänken interessiert, sondern sie wollen alles dafür tun, die Abwasserfracht der Affi Richtung Null zu dezimieren.

Und dabei brauchen die Fischer unsere Unterstützung!

Erste Ansätze einer eigenen Öffentlichkeitsarbeit wie Infostände und kleine Aktionen in den Stadtteilen haben gezeigt, daß das Anliegen der Fischer sehr populär ist. Es muß uns aber gelingen zu zeigen, daß es auch das Anliegen vieler Menschen ist, die "nur" an der Elbe wohnen und leben. Die dagegen eintreten, daß Behörde und Industrie Hand in Hand ihren Lebensraum Unterelbe vernichten. Viel Zeit haben wir nicht, denn seit Mitte März kommen die Haupteinnahmen der Elbfischer vom Aalfang. Diesen dürfen sie jetzt aber nicht mehr verkaufen, so daß es für sie auch finanziell mit der Zeit immer knapper aussieht. Und genau darauf spekulieren die Behörden. Daß die Fischer finanziell ausgetrocknet uneinig werden und sich doch auf endgültige Abfindungen einlassen.

Dazu darf es nicht kommen! Stärken wir den Fischern den Rükken und machen möglichst viel Druck auf die Verantwortlichen!

Koordinierungstreff z.Z. jeden Donnerstag 19.00 Uhr im Laden der BI-Altona, Bei der Reitbahn neben Sotiris. Dort gibt es auch jede Menge Infomaterial. Genaueres lest Ihr in der Nr. 5 des Heftes "Rettet die Elbe".

AgUI (Arbeitsgruppe gegen Unterelbeindustrialisierung)

SCHLUSS MIT DER VERSEUCHUNG DER UNTERELBE

Freitag, der 13.:

AUS WUT MACH' MUT !
(Was wir am Freitag, den 13. gemacht haben)

Überall wollen sie uns kleinkriegen. Sei es in Nürnberg, Freiburg, Rest-Berlin oder hier in Hamburg, sei es durch Knüppel, Knast, Geldforderungen oder in Zukunft mit Kotzgas oder Gummi MPs. Und ihr Vorgehen bleibt nicht ohne Folgen: Unsere Wut wächst, wenn sie uns vorschreiben, wo und wie wir unseren Unmut äußern.

Aber es wächst (bei mir in der letzten Zeit zumindest) auch diese furchtbare Resignation und Ohnmacht gegenüber dieser allmächtigen blinden Gewalt, die sie Staatsgewalt nennen.

Sie schaffen es durch nackte Brutalität, daß wir nichts mehr sagen, wenn sie uns provozieren, weil wir wissen, daß sie Vorwände suchen, um uns fertigzumachen. Und dabei hält man es beinahe nicht mehr aus. Man will diesen Visieren entgegenbrüllen: "Ihr elenden Schweine, habt ihr denn gar nichts mehr in der Birne!!?" Aber sie hetzen ihre scharfgemachten Köter auf uns, knüppeln die letzten, die nicht mehr wegkommen, nieder, schleifen sie in Streifenwagen und Zellen zur ED-Behandlung. Jedes Mal – aber nun wirklich jedes Mal passiert sowas nach einer Demonstration!

Überall wollen sie uns kleinkriegen, einmachen, zur Verzweiflung zwingen, erniedrigen. Und es kann mir jetzt keiner der Bullen mehr erzählen, er hätte es nicht gewußt usw. Jeder Bulle trägt für seinen Job die Verantwortung!

Und wir? Wir reagieren darauf, indem wir uns immer mehr und genauer überlegen, was wir noch tun, denken, sagen dürfen, ohne Gefahr zu laufen, in die Maschinerie zu kommen. Wir nehmen uns immer mehr zurück, ich meine jetzt in den kleinen Dingen des alltäglichen Lebens. Straßenmusik wird verboten, Schwarzfahrer werden verprügelt, über Knast wird schon gar nicht mehr geredet . . . Sie drängen uns immer weiter in die Ecke, in unsere kontrollierten Ghettos, von denen sie uns noch einige lassen.

Die Wut über diese ganze Entwicklung (die vermeintlich klugen Leuten reden vom Rechtsruck!) wächst immer mehr und mit ihr die Verzweiflung an dem "Was kann man denn noch machen?" Und doch schafft es die Wut manchmal doch noch, die Oberhand zu gewinnen.

Und davon will ich jetzt erzählen. Genauso wie sie uns Stück für Stück unser Selbstvertrauen abschneiden und ersticken wollen, damit sie ihre Ruhe haben, genauso müssen wir uns unser geklautes Selbstvertrauen wiederholen!

Wir müssen Sachen machen, wo wir gewinnen.

Deshalb haben wir nach dem Aufruf der Freiburger (Beschäftigt die Polizei am Freitag den 13.) diesen Tag mit einem Scherbenklirren eingeläutet. In der Niederlassung des "Verbandes deutscher Makler" in Hamburg Langenhorn, Wildermuthring 59, gingen zwei Scheiben kaputt. Wer von uns hätte nicht schon mal miese Erfahrungen mit den Herren Blutsaugern gemacht?

Als dann in der Mittagsstunde die Türen der Banken geschlossen waren, haben mehrere Gruppen von uns versucht, den nachmittäglichen Kundenstrom in die Filialen etwas einzudämmen. Die Türen von etwa zwanzig Banken in Eimsbüttel und Altona (können auch gerne mehr gewesen sein, ich will niemandem zu nahe treten) blieben etwas länger zu als erwartet, weil die Schlösser von den Schlusseln nichts mehr wissen wollten.

Ähnliche Phänomene traten bei der SAGA und dem "Haus des Grundeigentums" (Ehrenbergstraße 39) auf.

Während und nach der Demonstration am Nachmittag glich Hamburg wieder mal einem Truppenübungsplatz, und da die Herrschaften ja irgendwo mit ihren Aggressionen hin müssen, kam es wieder zu Überfällen, die einem keiner glaubt, der nicht mal dabei gewesen ist. Die Bullen machten Hatz auf Demonstranten, und wir sorgten dafür, daß der Schlüsseldienst zu den Häusern des "Ringes deutscher Makler" (Große Theaterstr. 7), des "Grundeigentümervereins in Hamburg von 1832 (!) e.V." (Paulstr. 10) und zweier Maklerfirmen in der Holstenstr. 1 gebeten werden mußte. Warum wir das gemacht haben, brauch ich wohl nicht mehr zu erklären. Der Bezug zwischen leerem Wohnraum, Banken und Maklerbüros ist sonnenklar. Und das ist gut so, denn wir wollen unser Selbstvertrauen wiederhaben und behalten, indem wir gezielt das machen, was wir uns zutrauen und wobei wir Erfolg haben, gegen die Leute, die uns an unserem Leben hindern!

Wenn sie uns zum Schweigen und Stillhalten zwingen wollen, machen wir da unseren Mund auf und bewegen uns dort, wo wir stark sind.

AUS WUT MACH' MUT !
Solidarität mit allen, die was machen!

Gruppe "Fenster auf und Tür zu!"
(Teile überregionaler Zugluft-Umleiter)

★⌂★

„Als die Kundgebung beendet war stand ich in der Nähe des Lautsprecherwagens. Die Lautsprecher wurden eingepackt, wir wollten den Platz Richtung Ost-West-Straße verlassen, um mit der U- oder S-Bahn nach Hause zu fahren. Die Polizei wollte zuerst nur den Wagen durchlassen, nicht aber die etwa 50 Demonstranten, die den Platz auf diesem Wege verlassen wollten...

Schließlich zogen sie sich zurück, ließen aber nur etwa 20 Leute durch, zu denen ich auch gehörte, und sperrten dann die Straße wieder. Wir gingen mit dem Lautsprecherwagen durch die Erste Brunnenstraße zur Ost-West-Straße. Der Lautsprecherwagen bog in die Ost-West-Straße ein und fuhr Richtung Zeughausmarkt davon. In diesem Moment sperrte die Polizei die Ost-West-Straße für den Autoverkehr. Von der anderen Straßenseite kam eine Gruppe Polizisten auf uns zugelaufen. Etwa 6 Hundeführer mit Schäferhunden an kurzer Leine, ohne Maulkorb. Ob noch „normale" Polizisten mit dabei waren, kann ich nicht sagen. Ich hörte keine Aufforderung, Warnung o.ä. Die Hunde bellten nicht einmal. Nur die Hundeführer waren zu hören, die ihre Hunde scharfmachten und auf uns hetzten. Ich war völlig überrascht, da wir uns schließlich auf dem Heimweg von einer erlaubten Demonstration befanden. Ich konnte mir irgendwo nicht erklären, was die von uns wollten. Daher bin ich nicht einfach weggelaufen,

sondern nur zurückgewichen, hatte also die Polizisten weiterhin im Auge.

Dabei sei mir ein Beamter auf (groß, breit, ich glaube bärtig, mit Helm, Visier und Lederjacke), der seinen Hund besonders aufstachelte. Er rannte kreuz und quer, machte selbst Geräusche wie ein knurrendes Raubtier und rief immer wieder (sinngemäß) : 'Pack zu, greif nur ordentlich zu'.

Das Geschehen spielte sich in außerordentlich kurzer Zeit ab, so daß ich nicht darauf achten konnte, was die übrigen Demonstranten taten. Vor mir war offenbar niemand mehr. Der Hund des 'wilden' Polizisten erreichte mich schließlich und verbiß sich in meiner rechten Wade. Ich fiel von der Wucht des Angriffs zu Boden und schürfte mir dabei den Ellenbogen auf. Der Hund wurde nicht zurückgerissen, sondern verbiß sich immer tiefer. Ich schrie vor Schmerzen und Angst. Als der Hund gerade einmal losließ, packte mich ein Demonstrant am Arm, hob mich auf und wollte mich wegführen. Aber nicht einmal jetzt ließ uns die Polizei in Ruhe.

Hinter dem Gebäude des Deutschen Ring kam noch eine Gruppe von Polizisten hervor und trieb uns mit Rufen wie: 'Jetzt aber im Laufschritt, wenn wir euch kriegen gibt's Dresche' u.ä. die Ost-West-Straße entlang bis kurz vor den Zeughausmarkt. Erst in einer Kneipe am Zeughausmarkt konnte die Wunde dann provisorisch verbunden werden. Jemand rief die Feuerwehr an und ein Unfallwagen brachte mich ins Hafenkrankenhaus."

★⌂★

„...Als ich auf dem Bürgersteig zurückging, wurde der Polizeieinsatz anscheinend abgepfiffen, die Polizei sammelt sich an ihren Wagen. Als ich an einem Wagen vorbeiging, wo sich gerade ca. 10 zum Einsteigen sammelten, hörte ich wie ein Polizist sagte: 'Das war ein Spaß, das war besser als im Volksparkstadion...'"

„... Plötzlich kamen drei Hundeführer mit scharfen Hunden. Ich sah, wie H. von einem Hund in den Unterschenkel gebissen wurde. Der Hundeführer feuerte seine Bestie an, indem er schrie: 'Los, zerfetz ihn'...

...Nach dem Hundeeinsatz kam nämlich ein Einsatz von ca. 30 Polizisten, die, glaube ich, hinter dem Haus des Deutschen Ring hervorkamen und uns die Ost-West-Straße hinunter in Richtung U-Bahn St.Pauli verfolgten. Sie trommelten mit ihren Knüppeln auf die Schilder und schrien: 'Wir machen euch fertig, gleich haben wir euch!'..."

Radio Zebra

Presseerklärung

Radio Zebra hat einjähriges Jubiläum

Seit dem 3.3.1980 gibt es in Bremen einen sog. Piratensender bzw. ein 'Freies Radio': Radio Zebra.

Radio Zebra sendet jeden Mittwoch um 18.45 Uhr auf UKW 104 MHz. Während dieses Jahres ist es Post und Polizei nicht gelungen, Sender von Radio Zebra aufzuspüren und zu beschlagnahmen.

Wir finden, das ist ein Grund zum Feiern. Deshalb sendet Radio Zebra am 4.3.1981 aus Anlaß des einjährigen Jubiläums genau eine Stunde. (...)

Weshalb Radio Zebra?

Radio Zebra versteht sich als Sender von unten. Das heißt, wir geben Gruppen, Initiativen und einzelnen Menschen die Möglichkeit, ihre Anliegen ohne Zensur vorzubringen. Das wird umso deutlicher, wenn man sich den momentanen Zustand der öffentlich-unrechtlichen Sender ansieht: Programm-'Reform' beim NDR, Versuche, kritische Redakteure beim Radio Bremen-Popkarton zum Schweigen zu bringen.

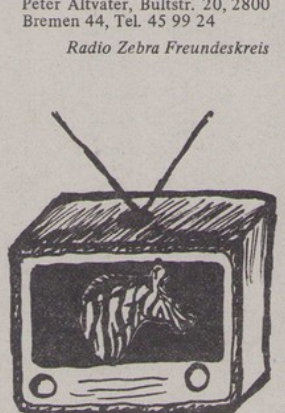
Radio Zebra will Betroffene zu Wort kommen lassen, denen der Weg in die Programme der öffentlich-unrechtlichen Sender aus verständlichen Gründen versperrt bleibt. Bei Radio Zebra machen die Hörer das Programm, sind aktiv an ihm beteiligt. Werden nicht mit Werbung berieselt.

Sicherlich, nach dem Fernmeldeanlagengesetz ist Radio Zebra ein illegaler Sender, d.h. er wird verfolgt. Illegal ist aber nicht das Produzieren von Sendungen und für Radio Zebra zu werben, den Sender öffentlich zu machen. Deshalb gibt es eine klare Trennung bei uns. Zum einen gibt es das Radio Zebra-Sendekollektiv, zum anderen den Freundeskreis. Der Freundeskreis macht die legale Arbeit, wie Sendungen zu produzieren und die Öffentlichkeitsarbeit.

Anbei findet ihr noch eine Erläuterung des Radio Zebra Kollektivs. Solltet ihr weitere Fragen haben, bzw. weitere Informationen wünschen, wendet euch bitte an folgende Adresse:

Peter Altvater, Bultstr. 20, 2800 Bremen 44, Tel. 45 99 24

Radio Zebra Freundeskreis



Turn your radio on...

1 Jahr Radio Zebra

Am 3. März '81 sind wir genau ein Jahr alt. Wir werden aus diesem Anlaß den Sendetermin am 4.3.81 ausweiten und 60 (sechzig) Minuten senden.

Wir wollen dieses Jubiläum zum Anlaß nehmen, uns nochmals schriftlich an die Öffentlichkeit zu wenden, um Fragen, Unklarheiten usw., die an uns herangetragen wurden, zu beantworten.

Zunächst wollen wir uns bei denjenigen bedanken, die überhaupt auf unsere Erklärung von Dez/Jan. 81 reagiert haben. Es sind sehr wenige. Wir hoffen aber noch, einige zu bekommen. Dieses Schreiben soll dazu anregen.

Bei uns gibt es nicht zwei Tendenzen in der Frage der Nutzung eines Radios von unten. Viel mehr gibt es verschiedene Bereiche, in denen ein Radio wirksam werden kann und unserer Auffassung nach auch sollte. Ein Radio ist nicht bloß Mittel, sondern durch seine bloße Existenz bereits eine Kampfansage an staatliche Bevormundung und Enteignung der Kommunikation. Und dies in einem Medium, das neben dem Fernsehen heute sicher die größte Bedeutung hat in der Massenbeeinflussung. In erster Linie ist dies ein Problem der Kontrolle. Im Produktionssektor sind die Menschen durch die Einbindung in den Produktionsprozeß daran gehindert, eine nicht-kontrollierbare Kommunikation zu entfalten. Im sog. Freizeitbereich wird diese Aufgabe von den Medien übernommen. Herausragend ist dabei die Rolle von Rundfunk und Fernsehen. Durch ein umfassendes Angebot "Sport-Spiel-Spannung" werden scheinbar die Interessen der Empfänger abgedeckt.

Wir sind nicht der Meinung, daß wir zu definieren hätten, was die "eigentlichen" Interessen der Menschen wären. Nur denken wir, daß die Möglichkeiten, andere Interessen zu entwickeln, verhindert werden sollen durch die Unterwerfung unter Prinzipien, die den allgemeinen Bestimmungen bürgerlichen Rechts entspringen und nicht dem konkreten Interesse. Deshalb sind auch gerade diese Medien nicht frei zugänglich.

Ähnlich wie der Kampf um die Pressefreiheit früher und heute, wird heute von vielen der Kampf um die Legalisierung der freuen Radios diskutiert. Im Rahmen dieser Diskussionen auch hier in Bremen, werden eine Reihe wichtiger Argumente für die Legalisierung benannt, die gerade in der Frage der Nutzung des Radios als echts Kommunikationsmittel eine große Rolle spielen:

1. der freie Zugang
2. die unbegrenzte Sendezeit
3. keine Gefährdung für die Betreiber.

Der illegale Charakter des gegenwärtigen Radios macht es nur schwer möglich, den Hörer unmittelbar in die Sendungen einzubeziehen. Da kann auch ein Freundeskreis wie wir ihn in Bremen haben nur wenig ändern. Sicher wird ein Sender mit einem den Hörern bekannten Standort die Möglichkeit der Einflußnahme des Hörers vervielfachen. Beispiele gibt's: von Radio Alice bis zum Großen Kaiser. So kann in einer solchen Situation der Hörer zum Sender gehen oder einfach anrufen und ganz unmittelbar seine Meinung äußern. Das macht eigentlich erst ein freies Radio aus. Wir befinden uns jetzt in einem Zwischenstadium, nicht am Ziel unserer Träume.

Doch ist damit nur die eine Seite der Legalisierung benannt. Legalisierung heißt auch Unterordnung unter die Gesetzgebung, heißt Gefahr der strafrechtlichen Verfolgung – bei Sendungen, die gegen Strafgesetze verstoßen. Sicher, wir sind gegenwärtig ständig der Strafverfolgung ausgesetzt, doch verhalten wir uns auch danach und sichern uns ab, haben also gar nicht das Problem, unsere Sendungen durch den Kopf des Gegners zu filtern.

Bei uns sind bestimmt 95% der Sendungen in strafrechtlicher Hinsicht problemlos. Daraus könnte sich ein positives Verhältnis zur Legalisierung ergeben. Doch hat ein legaler Betrieb dann gleich wieder zur Voraussetzung, immer seine Worte zu überdenken, die Gefährdung abzuwägen und manches dann doch eben nicht zu senden. Abgesehen davon, daß sich die Zeiten ändern können und die strafrechtlich relevanten Teile erheblich steigen könnten.

Für uns bedeutet Legalisierung eine weitere Möglichkeit des Staates, gegen uns vorzugehen: eine große Zahl unkontrollierter und unkontrollierbarer Sender zwingt den Staat zur Legalisierung. Ein Gesetz, das mit "gutem" Grund besteht, wird massenhaft und/oder durch seine realpolitische Bedeutung unterwandert und damit lächerlich gemacht. Wenn diesem Zustand mit größtem technischen Apparat nicht beizukommen ist (nicht zuletzt wir haben durch unsere nunmehr einjährige Praxis bewiesen, daß auch das dichteste Peil- und Fahndungsnetz eben nur aus Löchern besteht!) und die finanziellen Mittel immer wieder in den Wind geschissen sind (immerhin kostet ein mittlerer Peileinsatz ca. 20.000 DM, s. "Kommerz auf Megahertz"), muß der Staat reagieren. Die Legalisierung ist dabei eine mögliche Form der Reaktion.

Zum einen wird es an dieser Frage zu einer Spaltung der Freien Radios kommen. Dabei wird die Akzeptierung der Legalität der einen Hälfte – das Hallali zur Zerschlagung der Unverbesserlichen sein. Die moralischen Grundlagen für staatliches Handeln werden dann "bessere" sein und staatliche Eingriffe sich nicht mehr auf gezielte Hausdurchsuchungen und Peilungen beschränken.

Zum anderen wird die Handlungsfähigkeit der verbliebenen legalen Radios an der Elle des Strafgesetzbuches gemessen – wie schon oben gesagt – und die ist sehr kurz. Sollten wir dann etwa auf aktionistisches, aufrührerisches, kriminelles Radio verzichten? Denn Legalisierung heißt auch: Anmeldung, Namen, Adressen, Strukturen – heißt Kontrolle! Spätestens in brenzlichen Situationen wird ein solches Radio zerschlagen werden. Wir erinnern uns noch gut an die Zerschlagung von Radio Alice in Bologna. Dies passierte nicht zufällig während der Höhepunkte der Revolte – sondern sollte gerade die herausragende Rolle des Radios bei der Kommunikation/Koordination der Revolte verhindern. Dabei richtete die Zerschlagung selber weniger politischen Schaden an – als die mögliche Fortsetzung des Betriebs dieses Radios.

Wir sind für die Befreiung (nicht nur) der Wellen. Das geht nicht, indem wir sie fordern, sondern indem wir sie uns nehmen. Das heißt für uns, hier und heute, indem wir senden: Illegal! Uns schwebt eine Arbeit vor, die weder Selbstzensur bedeutet noch Verzicht auf politische Bedeutung. Illegale Arbeit, die Austausch unmöglich macht, ist langfristig bedeutungslos. Für uns heißt das im Moment, die Basis, die das Radio trägt, muß größer werden, die Arbeit des Freundeskreises muß intensiviert werden, und unsere Sendezeit muß erheblich vergrößert werden.

Wenn es dann, durch den Druck auch unserer frechen Praxis, eine teilweise Öffnung der Wellen gibt, werden wir diese, soweit möglich nutzen und dort, wo wir uns selbst zensieren sollen, illegal auf der legalisierten Welle nur von anderen Standorten mit anderen Sendern senden.

Wir werden uns jedoch nicht an Kampagnen beteiligen, die eine Legalisierung fordern und von uns verlangen, ein positives Verhältnis zu dieser Staats- und Rechtsordnung zu entwickeln!

Eine Kampagne für die Legalisierung wird nicht beschränkt sein auf linke freie Radios. Springer und Bertelsmann sitzen in den Startlöchern! Diese zu fördern, kann absolut nicht unser Interesse sein!

Der gegenwärtige Widerstand gegen die Legalisierung freier oder/und privater Radio- und Fernsehanstalten kommt nicht vom Kapital insgesamt oder dem Staat, repräsentiert durch die Volksvertreter. Es gibt vielmehr eine Spaltung durch das gegnerische Lager. Eine Kapitalfraktion hat kommerzielle Interessen und findet auch eine Lobby im Staatsapparat. Dagegen sprechen sich Gruppen aus, die vom Staat als neutraler Instanz ausgehen und über ihn die Interessen der Gesamtbevölkerung gewahrt sehen, eben gegen eine bestimmte Interessengruppe.

In der Tat wäre es zu einfach, Kapital und Staat als eins zu sehen ohne zu berücksichtigen, daß Staatsloyalität der Bevölkerung nicht auf Volksverdummung beruht, sondern auch auf Erfahrungen mit dem Staat und der teilweisen Gewährleistung eigener Rechte durch diesen.

Es wird von den Vertretern der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten unterstellt, daß in ihnen die beste und sicherste Form der Mediennutzung gewährleistet ist.

Im öffentlich-unrechten Radio besteht die Herrschaft des Kapitals nicht dadurch, daß dieses unmittelbar seine Interessen durchsetzt, sondern durch die eindimensionale Kommunikation, die den Hörer/Seher zum positiven Konsumenten erzieht, ihm keine Eingriffsmöglichkeiten liefert, es sei denn den durch den parlamentarischen Weg, vermittelt durch die Volkszertreter. Die professionalisierte Kommunukation erweckt den Anschein der weltweiten Beteiligung des Empfängers am Weltgeschehen, bietet aber nicht einen Punkt, ihn selbst tätig werden zu lassen und autonom zu handeln.

Was wir wollen!

Langfristig wollen wir die positiven Seiten eines legalen Radios nutzen, ohne der staatlichen Kontrolle zu unterliegen. Dies setzt eine starke Bewegung partiell oder insgesamt voraus – die aufgrund ihrer Stärke jeglichen Zugriff auf den Sender verhindert. Ein praktisches Beispiel ist der Sender "Großer Kaiser" in Amsterdam gewesen. Dieser Sender befand sich in einem besetzten Haus. Jede/jeder wußte dies und konnte sich einschalten, wann immer es nötig schien. Auch die Bullen wußten, wo der Sender stand, nur sie riskierten keine Beschlagnahme, weil die möglichen Folgen schlimmer hätten sein können als der Erfolg der Beschlagnahme. Bei Radio Alice war dieser Punkt bereits überschritten.

Insofern ist der Schutz eines solchen Senders natürlich unmittelbar abhängig von der Stärke einer linken Bewegung oder wie in diesem Fall einer Hausbesetzerbewegung. Letztlich mußte der Sender ja auch das Feld räumen, als die Bewegung der Hausbesetzer an Stärke verlor.

Wir brauchen mit einer solchen Idee jedoch nicht bis zum Sanktnimmerleinstag zu warten – bis eine Bewegung auf Dauer diese Stärke erreicht hat. Es reicht auch, für eine begrenzte Zeit im Schutze dieser Bewegung zu senden. Danach senden wir wieder erstmal verdeckt bis sich andere Möglichkeiten ergeben.

Wir bleiben dabei:

Wir machen keine Konzessionen und wir wollen auch keine!

Die jetzigen Sendungen mit 10/15/20 Minuten Sendezeit wöchentlich sind nicht mehr und nicht weniger als "Propaganda der Tat" – ist der Versuch, ein wirklich freies Radio für wenige Minuten vorwegzunehmen. Zu zeigen, was sein kann und was sein muß und dabei schon an politischer Stärke gewinnen. Dazu ist allerdings eine breite, intensive und lustvolle Unterstützung/Nutzung notwendig.

Bei der Demo zum Baubeginn in Brokdorf werden wir ein Aktionsradio sein undhier wird deutlich werden, wo die Grenzen eines legalisierten Radios liegen. Dabei wird der Verstoß gegen das Fernmeldeanlagengesetz der geringste Verstoß sein. Die Bedeutung des Senders kann darin bestehen, uns ein Handeln zu ermöglichen, daß unserer Auffassung nach notwendig und richtig ist – vom Gegner aber eben als illegal bezeichnet wird.

Nach fast einjährigem Betrieb könnt ihr uns glauben, daß die Illegalität ihren Reiz längst verloren hat – soweit er jemals bestand. Andererseits werden wir weitermachen, da gerade ein so verbreitetes Medium so neu ist, daß wir denken, nicht nur wir, sondern auch die Hörer/macherinnen müssen lernen, es vielen verfügbar zu machen.

Den besten Schutz und die größte Berechtigung werden die freien Radios erhalten, wenn in jeder Stadt, in jedem Dorf usw. ein Radio entsteht, ohne nach Legalisierung zu schielen – sondern für freie Kommunikation zu kämpfen. Dies ist auch der Punkt, der uns die gegenwärtige Gefährdung tragbar erscheinen läßt. Für etwas zu kämpfen, was den Herren nicht gefällt, war noch immer gefährlich und mit Verfolgung verbunden.

Radio-Zebra-Kollektiv

LEITSTELLE ZUR VERARSCHUNG DER FRAU VON UMSCHÜLERINNEN BESETZT

Die Frauen der Umschulung "Frauen in Männerberufe" haben schon wiederholt durch öffentliche Aktionen auf ihre Forderungen aufmerksam gemacht. Nachdem ihnen bereits im Sommer letzten Jahres eine Aufstockung ihres UHG (Unterhaltsgeld) versprochen worden war – die dann immer wieder verschoben und schließlich im Februar von der Bürgerschaft verabschiedet worden war –, mußten die Frauen allerdings feststellen, daß man sie schon wieder verarscht hatte:

Statt der 1200 DM, die ursprünglich im Gespräch waren, bzw. später 1150 DM mtl. waren es jetzt nur noch 1100 DM. Außerdem wird dies Geld mit der Sozialhilfe verrechnet, die vor allem einige der Frauen mit Kindern erhalten, d.h. der größte Teil der großartig gefeierten "Erhöhung" wird von den Sozialämtern einkassiert!! "Nach einem Jahr heißglühenden Rechnens haben die Behörden endlich einen Weg gefunden, wie sie das Geld von einem Topf in einen andern schmuggeln können".

Um die volle Erhöhung (ohne Verrechnung mit den Sozialämtern) und andere Forderungen durchzusetzen, hatten die Frauen für den 2.3. in der "Leitstelle zur Gleichstellung der Frau" ein Gespräch mit allen Verantwortlichen einberufen, zu dem allerdings k(aum)einer der eingeladenen Herren erschien.

Die Frauen beschlossen, mit ihren Kindern zu bleiben. Während des ganzen Tages bemüßigten sich die Beamten der Leitstelle (Frau Rühmkorf und Herr Bertelsmann), die Frauen mit schönen Worten und viel "Verständnis" zu beschwichtigen und doch noch ein paar der zuständigen Typen an den Laden zu ziehen. (So erschien denn auch noch der Chef der Sozialämter, Herr Hanke, gegen Abend, ohne allerdings dazu bereit zu sein, über Zugeständnisse auch nur zu verhandeln.

Als es unübersehbar war, daß es den Frauen wirklich ernst war, Schlafsäcke ausgerollt wurden und die ersten Kinder bereits zum Schlafen gelegt waren, setzte die vorher so "verständnisvolle" Frau Rühmkorf mit einem Mal ein anderes Gesicht auf, drohte die polizeiliche Räumung an und verweigerte den Frauen sogar die Möglichkeit, nach draußen zu telefonieren, nachdem bereits vorher heimlich das Telefonkabel gekappt worden war, um die Frauen von der Außenwelt abzuschneiden.

Über die Hintergründe dieser Auseinandersetzungen erzählt der folgende Bericht, der ursprünglich auf der 8.-März-Frauentag-Demonstration gehalten wurde.

"Wir sind die Frauen, die am Montag, den 2.3., die sogenannte "Leitstelle zur Gleichstellung der Frau" mit unseren Kindern besetzt hatten. Wir wollten mit dieser Aktion endlich Verhandlungen über unsere Forderungen – besonders gegenüber den Sozialämtern durchsetzen, denen wir immer wieder allein ausgesetzt sind und von denen wir uns – besonders als ledige Mütter – immer wieder diskriminierende und entwürdigende Behandlungen gefallen lassen müssen.

Die Leitstelle bewies an diesem Montag (wie vorher schon andere Behörden), daß wir uns zur Durchsetzung unserer Interessen als Frauen von ihr keine Hilfe erwarten dürfen, sondern uns nur auf uns selbst verlassen können.

Nachdem es ihnen den ganzen Montag lang nicht gelang, uns mal wieder mit leeren Worten abzuspeisen, bewies die Leitstelle dann gegen Abend, daß sie jederzeit bereit ist, die Interessen der Frauen zu treten:

Nachdem die Geschäfte geschlossen, die Innenstadt ausgestorben und die Presse wieder fort war, kappte man uns den Telefonanschluß, um uns von der Außenwelt abzuschneiden, und eröffnete uns, daß wir uns in 10 Minuten zu entscheiden hätten, ob wir freiwillig gehen oder uns von der Polizei mit Gewalt rausholen lassen wollten. Zu diesem Zeitpunkt standen allerdings schon mehrere Polizeiwagen in der unmittelbaren Umgebung der Räume bereit.

Als wir unseren Entschluß bekanntgaben, die Räume freiwillig zu verlassen, verweigerte uns Frau Rühmkorf sogar die Möglichkeit, uns telefonisch Autos heranzurufen, um die Kinder nach Hause zu bringen. So mußten wir mit unseren Kindern noch 1 Stunde in Dunkelheit und Kälte draußen warten.

Wie war es zu dieser Aktion gekommen?

Wir sind die Frauen, die vor etwa einem Jahr auf die Werbekampagne des Arbeitsamtes "Frauen rein in Männerberufe" hereingefallen sind und seit letztem Jahr an der "Modell"-Umschulungsmaßnahme zur Maschinenbauerin/Dreherin teilnehmen.

Wir fordern weiterhin: 1.200 DM mtl. + 100 DM für jedes Kind als Existenzgrundlage

Seit dem ersten Tag der Umschulung kämpfen wir für eine menschengerechte Bezahlung. Mit zahlreichen Flugblättern, öffentlichen Aktionen, Teilnahme an der DGB-Demo zum 1. Mai im letzten Jahr, unangekündigten gemeinsamen Besuchen bei zahllosen Behördenfritzen und Arbeitsamtstypen haben wir immer wieder auf unsere finanzielle Misere hingewiesen (anfangs bekamen die meisten Frauen nur zwischen 600 und 1.000 DM UHG mtl.).

– Und dann nach 10 Monaten schließlich die Aufstockung unseres Unterhaltsgeldes auf die geradezu schwindelerregende Summe von 1.100 DM im Monat .

* Nur: auch dieses Geld reicht nicht, um davon mit Kindern vernünftig leben zu können (die ohne Kinder bekommen eh noch weniger) Wir wollen endlich vom Sozialamt unabhängig werden und nicht für jeden Pfennig, den wir brauchen, etliche Bescheinigungen vorlegen, betteln, uns demütigen und über unser Privatleben ausfragen lassen.

Wissenschaftler haben errechnet, daß die Arbeit einer Hausfrau mit Kindern zwischen 3.000 DM und 4.500 DM monatlich wert ist.

* Nur: diese Berechnung wurde aufgestellt, um Witwern den Verlust ihrer Ehefrau finanziell auszurechnen.

Die Arbeit machen wir unbezahlt und nach Feierabend. Im Gegenteil erwachsen uns daraus (z.B. bei Fehlzeiten durch Krankheit der Kinder) noch Nachteile.

Anstatt einmal davon auszugehen und uns soviel Geld zu bezahlen, wie wir **tatsächlich zum Leben brauchen**, werden uns von den zuständigen Herren und Stellen immer wieder Tabellen, Berechnungen und Bestimmungen vorgehalten, warum wir sowenig bekommen müssten.

* aber: Diese Bestimmungen sind nicht von uns und nicht für uns gemacht, sondern gegen uns:

wenn wir im Betrieb in Leichtlohngruppen arbeiten sollen, finden die Unternehmer auch immer Kriterien oder irgendwelche Bestimmungen, wonach unsere Arbeit angeblich leichter sei oder zumindest geringer bezahlt wird.

Immerhin sehen wir in der jetzt erfolgten Aufstockung unseres UHG einen Teilerfolg, der uns Mut macht und zeigt, daß wir etwas erreichen können, wenn wir gemeinsam dafür kämpfen.

Bisher wurden uns Zugeständnisse allerdings immer nur dann gemacht, wenn es ausschließlich um spezielle Probleme unserer (Modell-)Umschulung ging, und sobald wir Forderungen aufstellen oder Aktionen durchgeführt haben, die generell die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen betreffen, wurden die entsprechenden Behörden schnell sehr stur und versuchten, uns einzuschüchtern.

Wir fordern noch mehr

Wir sind aber nicht Umschülerinnen und schon gar keine "Vorzeigefrauen", die das zweifelhafte Privileg haben, einen sogenannten "Männerberuf" lernen zu dürfen – sondern wir sind Frauen, Arbeiterinnen, Mütter und – was anscheinend noch "schlimmer" ist: ledige Mütter, und wir haben gemerkt, daß wir hier nur die Alternative haben, uns entweder ganz und gar zu ducken, ausbeuten und demütigen zu lassen oder Tag für Tag in allen Bereichen für ein menschenwürdiges Leben zu kämpfen.

Deshalb können wir auch keine sture Trennung machen zwischen Forderungen, die sich auf unseren Arbeitsplatz beziehen, und sonstigen Forderungen:

– Wie sollen wir in Ruhe arbeiten, wenn wir schon abgekämpft und nervös am Arbeitsplatz ankommen, weil wir die Kinder in aller Hektik aus dem Bett gezogen und zum Kindergarten geschleift haben, um ja nicht zu spät zu kommen?

Wir begreifen die Zeit morgens, um die Kinder zu wecken, zu versorgen und zum Kindergarten zu bringen, als **Teil der Arbeitszeit** und fordern daher:

eine bezahlte Stunde morgens später Arbeitsbeginn für ein Elternteil, um die Kinder zu versorgen.

– Wie sollen wir vernünftig unsere Arbeit/Ausbildung machen, wenn wir mit tausend anderen Sachen konfrontiert sind, die wir nun für 8 Stunden 'vergessen' sollen. Unsere sogenannten 'privaten' Probleme sind erstens nicht privat und zweitens nicht unsere Probleme (mit denen wir demnach selbst fertig werden müssten). Schwierigkeiten wie z.B. Angst vor einer Abtreibung, Angst, die Kinder zu vernachlässigen und eine 'Schlechte Mutter' zu sein, Angst vor dem Gerichtsvollzieher . . . gehören zu unserer Unterdrückung als Frau, und wir fordern daher:

das Recht für jede Frau am Arbeitsplatz, wann sie es wünscht, sich mit Frau(en) ihres Vertrauens besprechen zu können.

– Wie sollen wir vernünftig unserer Ausbildung nachgehen, wenn wir morgens auf dem Weg, im Bus oder am Arbeitsplatz schon sexistische Anmachen ausgesetzt sind, daß sich einem der Magen umdrehen könnte. Wir müssen es lernen, uns auch hiergegen offensiv zur Wehr zu setzen.

So haben wir mit allen Kolleginnen gemeinsam durch mehrere Aktionen einen Umschüler aus der Werkstatt geschmissen, der eine Kollegin von uns vergewaltigt hatte. Wir haben ihn mit Eiern beworfen, Flugblätter verteilt und seine Entlassung aus der Werkstatt verlangt. Wir sind stolz auf diese Aktionen, die zumindest erreicht haben, daß die Kollegin weiter mit uns an der Umschulung teilnimmt.

Immer wieder müssen tausende von Frauen still und heimlich selbst kündigen, aus Angst, dem Vergewaltiger noch einmal zu begegnen oder weil sie irgendwelche blöden Anmachen nicht mehr aushalten, und sind damit (durch den Verlust des Arbeitsplatzes) auch noch doppelt bestraft.

Wir möchten an dieser Stelle auch noch einmal all den Frauen danken, die uns in dieser Auseinandersetzung unterstützt haben. Allein in Hamburg hatten wir innerhalb von 14 Tagen einige hundert Unterschriften gesammelt für die Forderung, daß der Vergewaltiger rausfliegt, und sogar aus England ist ein Telegramm an die Metallwerkstatt gegangen.

All das hat uns bestärkt und Mut gemacht und geholfen, die Repressionsmaßnahmen der Metall-Innung gegen uns (die mit dem Rausschmiß gedroht hatte) zu beschränken.

Kontakte zu uns über:
Ingrid, Tel. 80 51 13
Angelika, Tel. 279 87 65
Britta, Tel. 723 26 40

links: Herr Meier (Sozialbehörde); rechts: Herr Bertelsmann (zuständig in der 'Leitstelle zur Gleichstellung der Frau' für die erwerbstätigen Frauen)

Leithäuser rausgeschmissen

Hamburg, den 26.3.1981

Wir haben heute morgen nicht zugelassen, daß die Hamburger Justizsenatorin Eva Leithäuser im Rahmen der Hamburger Frauenwoche eine Veranstaltung zum Thema "Frauen im Strafvollzug" durchführt.

Seit 8 Wochen befinden sich zahlreiche Gefangene in verschiedenen Gefängnissen der BRD und Westberlin im unbefristeten, kollektiven Hungerstreik. In Hamburg haben sich Hans-Joachim Gruschka und Siegurd Debus dem Hungerstreik angeschlossen. Sie befinden sich seit Wochen im ZKH. Die Gefangenen fordern die Aufhebung der Haftbedingungen, die auf die Vernichtung ihrer Identität abzielen.

Die zuständigen Stellen reagierten teilweise mit Zwangsernährung der Gefangenen – so in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg. Wo sich Ärzte geweigert haben, die Zwangsernährung durchzuführen, die nichts anderes ist als Folter, läßt der Staat die Gefangenen verhungern. Als ihre Anwälte mit Generalbundesanwalt Rebmann verhandeln wollten, äußerte dieser, 'es sei Sache der Gefangenen, sich zu Tode zu hungern, eine Erfüllung ihrer Forderungen käme überhaupt nicht in Betracht'.

Statt uns in dieser Situation anzuhören, was Eva Leithäuser uns erzählen will, führten wir eigenständig eine Informationsveranstaltung zum Hungerstreik durch. Wir sahen einen Video-Film über die Besetzung der Spiegel-Kantine, die von Angehörigen und Freunden der Hungerstreikenden durchgeführt wurde. Sie wollten erreichen, daß die Nachrichtensperre der Medien durchbrochen und endlich wahrheitsgemäß über die Situation der Gefangenen und ihre Forderungen berichtet wird.

Dies ist bis jetzt nicht geschehen!

Die Teilnehmerinnen der Veranstaltung fordern vom NDR, diesen Video-Film im Fernsehen zu zeigen und eine wahrheitsgemäße Berichterstattung aufzunehmen.

Wir Frauen solidarisieren uns mit den Gefangenen im Hungerstreik.

Wir unterstützen die Forderungen der Gefangenen aus der RAF (...)

Wir sind solidarisch mit allen Menschen, die in den Gefängnissen für Selbstbestimmung und Selbstorganisation, gegen jede Form von Isolation und Vernichtung kämpfen.

Wir fordern Eva Leithäuser auf, sich nachdrücklich bei allen Verantwortlichen für die Erfüllung der Forderungen der Gefangenen einzusetzen und die Zwangsernährung, speziell in Hamburg, sofort zu beenden.

Die Erfüllung ihrer Forderungen ist die einzige Garantie für das Überleben der Gefangenen und ihre einzige Möglichkeit, als Menschen mit ungebrochener Identität zu leben.

In der Behandlung der Gefangenen und der Kriminalisierung und Diffamierung all derjenigen Menschen, die den Hungerstreik unterstützen, erkennen wir die zunehmenden faschistischen Tendenzen dieses Staates.

Diese Resolution wurde einstimmig von ca. 300 Frauen auf der Hamburger Frauenwoche verabschiedet.

Danach haben diese Frauen noch eine gar nicht triste Demo zum NDR gemacht!

Photos: Eisermann/Klenke

ab arbeiterbuch
politische buchhandlung
grindelhof 45 2 hamburg 13 tel-45 38 01

Gisela Brinker-Gabler, Hrsg
Frauen gegen den Krieg
Texte von C. Goll, H. Stöcker, B. v. Stuttner, C. Zetkin
Fischer DM 12,80

Rossana Rossanda
Einmischung
Gespräche mit Frauen über ihr Verhältnis zu Politik Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Demokratie, Faschismus, Widerstand, Staat, Partei, Revolution, Feminismus
eva DM 19,80

Omol Bani
Fatima statt Farah
Erfahrungen einer Frau in der iranischen Revolution
iva DM 14,

Svende Merian
Der Tod des Marchenprinzen
Verlag Buntbuch DM 28,-

In unserem Fachgebiet „Frauen" führen wir Literatur zu folgenden Untergebieten:

- *Geschichte der Frauenbewegung*
- *Grundsatztexte der Frauenbewegung*
- *Frauen gegen Faschismus und Krieg*
- *Gewalt gegen Frauen*
- *Frauen in Erziehung und Ausbildung (Frauenrolle)*
- *Frauen am Arbeitsplatz*
- *Frauen und Psychologie/ Psychiatrie*
- *Sexualität und Körper*
- *Schwangerschaft*
- *Frau und Familie*
- *§ 218*
- *Lesben*
- *Frauen in anderen Ländern (bes. 3. Welt)*
- *Frauen und Kunst*

Daneben haben wir als alteingeführte Politische Buchhandlung Literatur zu allen wichtigen politischen Fragen:
Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, Anarchismus, Umweltschutz/Anti-AKW, Alternativbewegung; alt, Medizin, Ökonomie; Antimilitarismus; 3. Welt – Befreiungsbewegung – Entwicklungshilfe; Faschismus – Judenverfolgung, Entwicklung der BRD (Neonazismus, Polizeistaatsentwicklung); Padagogik; Psychologie; Sexualität; Klassenjustiz; Schwule, Jugend- und Sozialarbeit; Soziologie – Philosophie; Musik; viele Kinder- und Jugendbücher sowie eine große Auswahl an Romanen und Erzählungen. Außerdem haben wir ein großes Sortiment an Schallplatten (Vor allem Frauenmusik, politische Rockmusik, Liedermacher und lateinamerikanische Gruppen).

Wer hilft wem?

Mieter helfen Mietern – Erste Bilanz

Ein gutes Jahr nach den ersten Plänen zu einem alternativen Mieterverein in Hamburg und ein halbes Jahr nach der formellen Gründung hatte Ende März "Mieter helfen Mietern" seine erste Mitglieder-Vollversammlung. Bei bisher über 350 Mitgliedern diskutierten 130 Leute, darunter auch viele Gäste, über die Arbeit des "Vereins".

In einem Einleitungsbeitrag wurden die bisherigen Aktivitäten und das Verhältnis von "Mieter helfen Mietern" zur Hamburger Mieterbewegung dargestellt:

Wir ihr wißt, haben wir uns gegründet, um fundierte Rechtsberatung machen zu können, da das manche Initiativen in den Stadtteilen nicht mehr schaffen, und um die Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken, die Wohnungsnot deutlich zu machen und eine konsequente Interessenvertretung der Mieter aufzubauen.

Wir wollten dabei auch bewußt Mieter ansprechen, die bisher vielleicht mit einem konkreten Problem zu einer Mieterinitiative gegangen sind, aber sich noch nicht aktiv an einer Initiative beteiligen. Wir erhoffen uns, z.B. durch unser Mieter-Info auch solchen Leuten Mut zu machen, sich in Hausgemeinschaften und Initiativen zu organisieren und um ihre Rechte zu kämpfen.

Die Vereinsform mußten wir wählen, um die kostenfreie Rechtsberatung durch ausgebildete Juristen an Mitglieder abzusichern. Ansonsten verstehen wir uns als Basisinitiative, aber nicht als "Dachverband" Hamburger Initiativen, wie es teilweise in der Presse stand.

Wir arbeiten mit in dem "Treffen Hamburger Mieter- und Stadtteilinitiativen", wo sich Mieterinitiativen beraten und gemeinsame Aktionen überlegen. Teilweise haben wir hier auch weitergehende, hauptsächlich organisatorische Aufgaben übernommen.

Grundlage unserer Arbeit als Mieter helfen Mietern bleiben aber außer unseren Mitgliedern die Mieterinitiativen und das Prinzip der Selbstorganisation der Betroffenen.

Ein Beispiel hierzu:
Nach der Veröffentlichung der Liste leerstehender Häuser wurden wir vom Bausenator Lange eingeladen zu einem internen "Informations- und Meinungsaustausch zu Fragen der Stadtteilentwicklung". Wir haben diese Einladung mit den Initiativen diskutiert und einen offenen Brief geschrieben, den 16 Initiativen unterzeichnet haben. In diesem Offenen Brief machten wir deutlich, daß wenn überhaupt, mit allen gesprochen wird, und das öffentlich, um eine Spaltung in "Gesprächspartner" und "Krawallmacher" schon im Ansatz zu vermeiden. Die Antwort fiel Volker Lange offensichtlich nicht leicht, aber unter dem Druck der Ereignisse hat er jetzt einer öffentlichen Diskussion

zugestimmt. Sie wird im Rahmen einer Mieter-Aktionswoche am 9.4. stattfinden.

Ein zweites Beispiel:
Wir sollen zusammen mit dem alten Mieterverein von Lange eingeladen weden, um angeblich baufällige und daher abzureißende Häuser zu begutachten. Wir werden darauf bestehen, daß die örtlichen Initiativen bei solchen Gesprächen dabei sind. Sie kennen die sozialen und baulichen Bedingungen des Stadtteils am besten. Sie können meist auch Alternativen aufzeigen, an die man am grünen Tisch der Baubehörde gar nicht denkt.

Wir können hier Hilfestellungen geben und z.B. Erfahrungen aus anderen Stadtteilen vermitteln oder mieterfreundliche Fachleute aber den konkreten Kampf vor Ort muß ohnehin die Initiative führen.

Wir unterscheiden uns damit grundlegend von dem bestehenden Mieterverein, dessen Vorstand eine reine Stellvertreterpolitik betreibt und seine ursprüngliche Funkiton als Schutzverband für Mieter weitgehend verloren hat. Er sucht nicht die Auseinandersetzung mit Hausbesitzern, Politikern und Wohnungsbaugesellschaften, sondern Ausgleich und Partnerschaft. Mieterprobleme werden auch in seiner Beratung individualisiert, selbst bei der Aufhebung der Mietpreisbindung in Hamburg wurden nicht die Mieter mobilisiert, sondern ein Telegramm nach Bonn geschickt. Mit seinen bürokratischen Strukturen ist dieser Vorstandsverein völlig abgehoben von der Basis, die Mitglieder werden z.B. nur alle 3 Jahre zur Vollversammlung eingeladen.

Das plötzliche Auftreten von "Mieter helfen Mietern" machte ihm dann doch einige Sorgen. Der Vorsitzende beschwörte seine Mitglieder gleich zweimal, in der Januar und Februar-Zeitung, daß sie ihm die Treue halten, schließlich würden wir – oh Schreck – Hausbesetzungen verständlich finden. Er hinkt dabei wie üblich hinterher – eine ganze Reihe von Politikern auch seiner Partei finden inzwischen Hausbesetzungen verständlich – wenn auch nur aus taktischen Gründen. Im übrigen sperren wir uns nicht gegen eine partielle Zusammenarbeit auch mit diesem Mieterverein, wenn es hilft, die Mieterbewegung zu stärken. Konkrete Ansatzpunkte gab es bisher jedoch noch keine.

Eine punktuelle Zusammenarbeit halten wir ebenfalls für denkbar bei Parteien und Gruppierungen, bei denen wir wissen, daß sie sich für Mieterbelange einsetzen; auch wenn wir keine Parteipolitik machen und partei-politisch nicht festgelegt sind. Mitglieder von Parteien und Gruppierungen können bei uns mitarbeiten und machen das auch. Uns einigt der Kampf gegen die Wohnungsnot und für menschengerechtes Wohnen.

Wir verstehen uns als Teil der Mieterbewegung, die viele Organisations- und Aktionsformen kennt. Wir machen dabei keine Vorschriften über die Aktionsformen, wollen aber auch keine von außen erhalten.

Unsere Arbeit beschränkt sich nicht in Rechtsberatung und Informationssammlung und deren Veröffentlichung, wir halten auch ein direktes Eingreifen von "Mieter helfen Mietern" für wichtig. Viele unserer passiven und aktiven Mitglieder arbeiten in Mieterinitiativen mit, aber wir wollen auch mehr selbständig machen.

Wir haben als Verein bisher nicht selbst Häuser besetzt – auch wenn wir Hausbesetzungen für gerechtfertigt und notwendig halten. Kriminell ist, ein bewohnbares Haus leerstehen zu lassen, es zu zerstören und abzureißen – und nicht, es zu besetzen.

So lehnen wir es auch ab, uns von Instandbesetzern zu distanzieren, schließlich haben wir erfahren müssen, daß erst nachdem in Berlin und in anderen Städten Dutzende von Häusern besetzt waren und massenhaft demonstriert wurde, die Wohnungsnot von den Politikern zur Kenntnis genommen wurde.

Die Hausbesetzerbewegung in der BRD ist mit einer Entwicklung konfrontiert, wo es inzwischen nicht nur um den Kampf gegen die Wohnungsnot geht, sondern jetzt auch die Verteidigung elementarer Rechte, wie das Recht auf Demonstration, auf der Tagesordnung steht. Wer die Demonstration letzte Woche hier in Hamburg miterlebt und die Sprüche von CSU-Tandler und Konsorten noch im Ohr hat,

fühlt sich mehr an Bayern erinnert als an einen 'freiheitlichen Rechtsstaat', den zu verteidigen die Polizei vorgibt.

Auch auf diese Forderungen der Mieterinitiativen und Hausbesetzer in Hamburg hat die Baubehörde mit Ignoranz reagiert, hat leere Häuser abgerissen oder zugemauert und die Polizei mobilisiert. Im Rahmen des sogenannten "Objektschutzes" hat die Polizeiführung die Aktion "Gefährdetes Haus" gestartet, wobei alle ihrer Meinung nach gefährdeten leeren Häuser z.T. halbstündlich kontrolliert werden, d.h. die Polizei ist ständig in den Stadtteilen präsent, was zu einer erheblichen Verunsicherung der Bevölkerung führt. Wie scharfsichtig und gezielt die Polizei dabei vorgeht, zeigt ein Beispiel aus St. Georg. Hier stand ein Haus auf der Observationsliste, das Eltern gekauft hatten, um es als Babyhaus umzubauen. Insgesamt fünfmal stürmten Streifenwagenbesatzungen das Haus, weil sie dachten, hier seien schon Instandbesetzer am Werk.

Ein Wort noch zu der Kritik von einigen Autonomen, wir wären "Legalisten", die nur Protest- und Bittbriefe schreiben und wegen der Veröffentlichung der ersten Liste leerstehender Häuser für den Objektschutz verantwortlich seien.

Der Objektschutz begann in Hamburg verstärkt bereits nach der Besetzung der Hospitalstraße 6 und während der Kreuzberger Nächte. Die Observationsliste der Polizei wurde am 3.10.80 aufgestellt.

Die Veröffentlichung der Liste leerer Wohnungen führte zu einer breiten Resonanz in der Presse und machte das Ausmaß dieses Mißstandes in Hamburg sichtbar, das die Baubehörde verheimlich hatte.

Der Senat wurde durch die Veröffentlichung zumindest teilweise unter Zugzwang gesetzt – auch wenn unserer Meinung nach der Druck noch nicht reicht, damit sich was ändert – aber das kann sich ändern.

Im übrigen haben wir zum Beispiel zusammen mit der Mieterinitiative St. Pauli-Nord gegen den Abriß des Hauses Hein-Hoyer-Straße 71 protestiert.

Wir halten diese Zusammenarbeit mit Initiativen für notwendig und wichtig. Der konkrete Kampf der Initiativen gegen die Zerstörung ihrer Stadtteile ist immer noch Grundlage jeder Mieterarbeit und auch eine Grundlage für andere Aktionen wie Hausbesetzungen. Diese Arbeit sollte auch von Hausbesetzern ernstgenommen und nicht als legalistisch diffamiert werden. Das sieht auch darüber hinweg, daß nach jahrelanger Arbeit sich die Mieterinitiativen zunehmend radikalisieren und Bündnispartner auch bei Hausbesetzungen sind.

Nun noch einiges zu unserer weiteren Arbeit: Wir haben im Kreis der Aktiven vor zwei Monaten verschiedene Arbeitskreise gebildet, so zum Beispiel Bürodienst, Pressearbeit, Zeitung, Theoriegruppe. Die Juristen treffen sich monatlich in der Beratungsgruppe, und wir machen in der "Meldestelle für leere Wohnungen" aktiv mit.

Als Schwerpunkt für die nächste Zeit steht die Mitarbeit in der Mieter-Aktionswoche an, die zwischen dem 6. und 11. April geplant ist. Wir wollen mit vielen Info-Tischen und Veranstaltungen in den Stadtteilen und einigen zentralen Aktivitäten gegen die Wohnungsnot in Hamburg protestieren und Solidarität mit den Mietkämpfern und Hausbesetzern im Bundesgebiet und Westberlin ausdrücken. Zentral geplant sind außer der erwähnten Veranstaltung mit Volker Lange am 9.4. eine große Demo am Sonnabend, dem 11.4., zu der viele Gruppen, Initiativen und Organisationen aufrufen. Wir selbst wollen am 7.4. ein neues Beratungsbüro in Altona in der Motte eröffnen, wozu wir auch Euch einladen.

Einen Schwerpunkt der Aktionswoche wollen wir auf die Instandsetzungsproblematik legen und deutlich machen, wie Hausbesitzer und Wohnungsbaugesellschaften über Jahre ihre Häuser haben verkommen lassen, um sie jetzt abzureißen oder teuer zu modernisieren oder nach Instandsetzungssubventionen schreien. Wir wollen hier für betroffene Mieter konkrete Hilfestellungen für Mängelanzeigen etc. zur Verfügung stellen.

Als Mieter helfen Mietern müssen wir für die nächsten Monate auch überlegen, wie wir mehr Mitglieder, insbesondere aktive Mitglieder gewinnen können. Wir drängen allerdings keinen in den Verein, wenn er nur eine Beratung will. Doch wir stehen personell und finanziell noch auf etwas wackeligen Füßen, und die etwa 2 Aktivisten haben alle Hände voll zu tun, um z.B. die Zeitung alle zwei Monate erscheinen zu lassen oder den Bürodienst zu bewältigen.

Wer mitmachen will, hier ist unsere Adresse:

Mieter helfen Mietern
Wohlwillstraße 18
2000 Hamburg 4
Tel. 31 68 68

Aufruf zur Mieterdemo am 11.4. um 11 Uhr im Rahmen der Mieter-Aktions -Woche vom 6. - 11. April

SCHLUSS JETZT

Trotz Wohnungsnot stehen überall im Bundesgebiet Wohnungen leer. Durch Spekulationen, Abrißsanierung und Luxusmodernisierung wird das Grundbedürfnis jedes Menschen auf preiswerten, menschenwürdigen Wohnraum zur Ware und zum Geschäft.

Mieter, die sich dagegen wehren und z.B. Häuser instandbesetzen, werden als "Terroristen" kriminalisiert. Während von Politikern aller etablierten Parteien der "kritische Dialog" mit der Jugend beschworen wird, zeigen die jüngsten Entwicklungen in Freiburg, Nürnberg und Westberlin, was darunter zu verstehen ist.

Auch hier in Hamburg haben wir bei einer Solidaritätskundgebung mit den Inhaftierten Hausbesetzern erleben müssen, daß Polizei massiv eingesetzt wird.

Wir lassen uns durch solche Maßnahmen das Demonstrationsrecht nicht nehmen!

Eine verfehlte Wohnungspolitik wird nicht durch Polizeiknüppel gelöst.

Trotz vieler Beteuerungen des Bausenators ändert sich auch in Hamburg nichts: die Abrißpolitik geht weiter und soll sogar noch verstärkt werden: Statt wie jetzt 1000 bis 2000 Wohnungen sollen längerfristig laut Stadtentwicklungskonzept des Senats 7000 bis 11000 Wohnungen abgerissen werden – pro Jahr!

Es gibt heute schon Wartelisten für Obdachlosenlager.

Durch die Sanierungspolitik werden die gewachsenen sozialen Zusammenhänge in den Altbaugebieten zerstört, die alteingesessenen Mieter an den Stadtrand gedrängt und damit in die Isolation. Sie werden vertrieben, damit hier Büropaläste, noch breitere und gefährlichere Straßen, Parkplätze und Luxuswohnungen gebaut werden können.

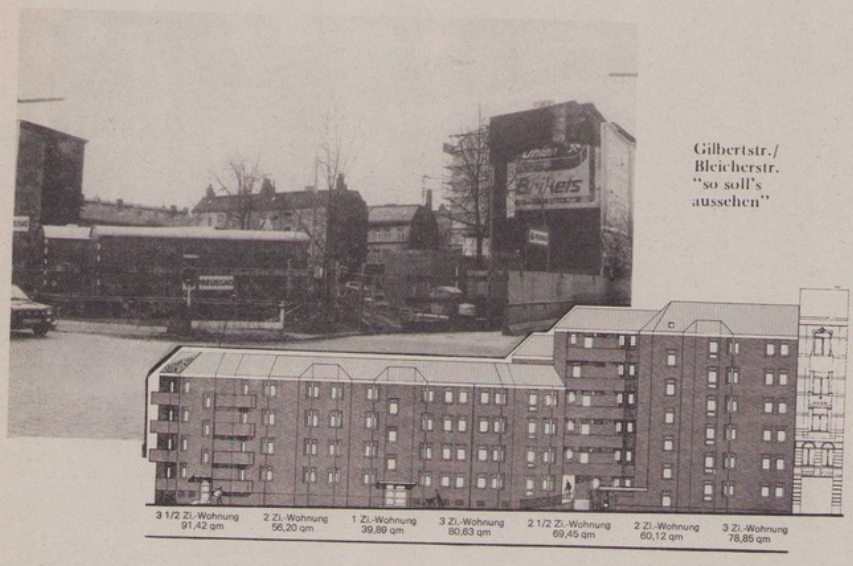
90.000 HAMBURGER SUCHEN EINE WOHNUNG

Der Hamburger Senat wie auch die Bundesregierung haben eingestanden, daß es eine Wohnungsnot gibt. Ihre schnell hervorgekramten, aber alten Rezepte, lassen für die Mieter Böses ahnen: Nach den Erpressungen der Hausbesitzer und Wohnungsbaugesellschaften soll der Wohnungsmarkt noch mehr "liberalisiert" werden, d.h. es sollen hemmungslose Mieterhöhungen zugelassen werden, in der Hoffnung, daß Wohnungsbau dann wieder "attraktiv" wird, d.h. noch profitabler.

Ein Viertel des Einkommens soll für die Wohnung (ohne Heizung) gezahlt werden. Heute sind es im Bundesgebiet "erst" 15%. In Hamburger Neubaugebieten sind es aber oft schon über 30%. Gegen diese Mietenexplosion müssen wir uns wehren!

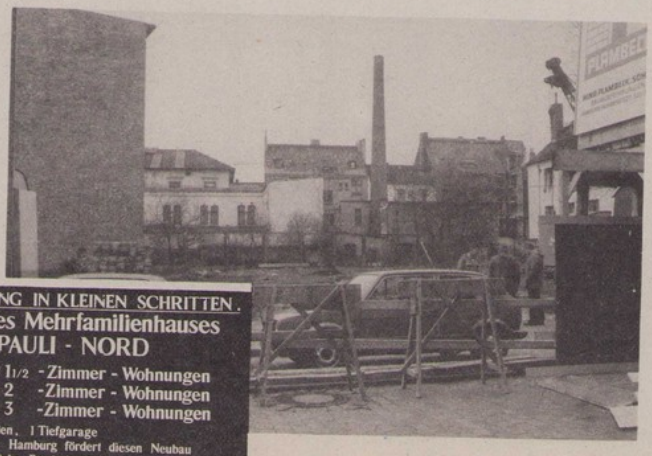
WIR FORDERN
- Stop der Abrißpolitik!
- Zwangsbelegung von Wohnungen, die länger als drei Monate leerstehen!
- Instandsetzung sofort und auf Kosten der Eigentümer!
- Modernisierung nur mit Zustimmung der Mieter!
- Konsequente Anwendung des Zweckentfremdungsgesetzes!
- Wirksame Mitbestimmungsrechte für Mieter – insbesondere in Sanierungsgebieten!
- Erhalt des Schröderstiftes unter Mieterselbstverwaltung!
- Stop der Mietenexplosion – gegen Staffelmieten – für die Wiedereinführung der Mietpreisbindung!
- Statt Eigentumssubventionen mehr Geld für den Bau von bezahlbaren Sozialwohnungen!
- Wohnungsbausorfortprogramm für Haushalte mit niedrigem Einkommen!
- Bereitstellung von Wohnraum für Wohngemeinschaften mit Gruppenmietverträgen!
- Amnestie für alle Hausbesetzer!

ST. PAU
ein schön-schau



Gilbertstr./ Bleicherstr. "so soll's aussehen"

Blick von der Bleicherstr. in Richtung Am Brunnenhof



Bleicherstr./ Wohlwillstr.

Zuviel Wohnungen ? — Wie schrecklich . . .

»Die Fortsetzung des Wohnungsneubaus bei einer langfristig deutlich abnehmenden Zahl der Haushalte könnte allerdings zu einem beträchtlichen Wohnungsüberhang führen, wenn nicht rechtzeitig qualitativ unzureichende und daher mittel- und langfristig nicht mehr nachfragegerechte Wohnungen entweder durch den Marktmechanismus oder durch entsprechendes staatliches Handeln vom Wohnungsmarkt verdrängt werden. (...) Dies wird auf längere Sicht (...) den Abbruch von Wohnungen in einem anderen Lichte als heute erscheinen lassen.«

Stadterneuerung In Kleinen Schritten

»(...) Stadterneuerung in kleinen Schritten (SIKS), das Hamburg seit 1974 betreibt. Es handelt sich um ein Programm zur Erneuerung kleiner Stadtbereiche (zwei bis drei Blöcke) ohne Anwendung des Städtebauförderungsgesetzes auf freiwilliger Basis aller Beteiligten ohne hoheitliche Zwangsmittel. Mit diesem flexiblen Instrument werden Gebiete erneuert, die noch keine schwerwiegenden Verfallserscheinungen zeigen, aber in der Tendenz bereits eine Verschlechterung der städtebaulichen Substanz und der Bevölkerungsstruktur erkennen lassen. (...) Die Aktivitäten des Senats konzentrieren sich auf die koordinierte Erstellung eines Planungskonzeptes, dessen Umsetzung in Maßnahmen ohne Vorschaltung des zeitaufwendigen Baugenehmigungsverfahrens sowie die Anregung privater Investitionsbereitschaft und die Bereitstellung von Finanzmitteln.« (1)

Es bedarf umfassender Strategien für die »gefährdeten Stadtteile«, d.h. »solche Quartiere (...), die sich zu sozialen Brennpunkten entwickelt haben oder Ansätze einer solchen Entwicklung zeigen.«

»Werden diese Erneuerungsarbeiten unterlassen, wandern viele Einwohner ... ab. Einwohner mit geringem Einkommen, insbesondere ältere Menschen, bleiben zurück, die Investitionsbereitschaft der Eigentümer sinkt, so daß sich die Probleme rasch verstärken ... Eine weitere Folge ist die einseitige Bevölkerungsschichtung, weil ausländische Mitbürger häufiger bereit sind, auf eine gesunde und zeitgemäße Wohnung zu verzichten, um für ihre spätere Zukunft Geld zu sparen.«

Stadterneuerung in kleinen Schritte SIKS St. Pauli Nord II
Stadterneuerung in kleinen Schritte SIKS St. Pauli Nord I
Umgestaltung von Straßenräumen
Neubauten 1979/81

Hinterhöfe in der Wohlwillstraße — hier wird entkernt

1) Alle nicht weiter gekennzeichneten Zitate sind aus: 'Stadtentwicklungskonzept', hrg. v. Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, beschlossen im Sept. '80.
2) aus: 1. Informationsschrift zur Erneuerung im Gebiet "Am Brunnenhof" nach dem SIKS-Programm, Sept. '79, hrg. v. der Baubehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, Amt für Stadterneuerung.

NORD
Bilderbogen

»Zu hohe Ausländerkonzentrationen verursachen in den Stadtteilen erhebliche Probleme. Die Stadtteilentwicklungspolitik ist auch ein Ansatz, um zu hohen Ausländerkonzentrationen entgegenzuwirken.«

Am Brunnenhof 11 - 15

Hauptziele für SIKS

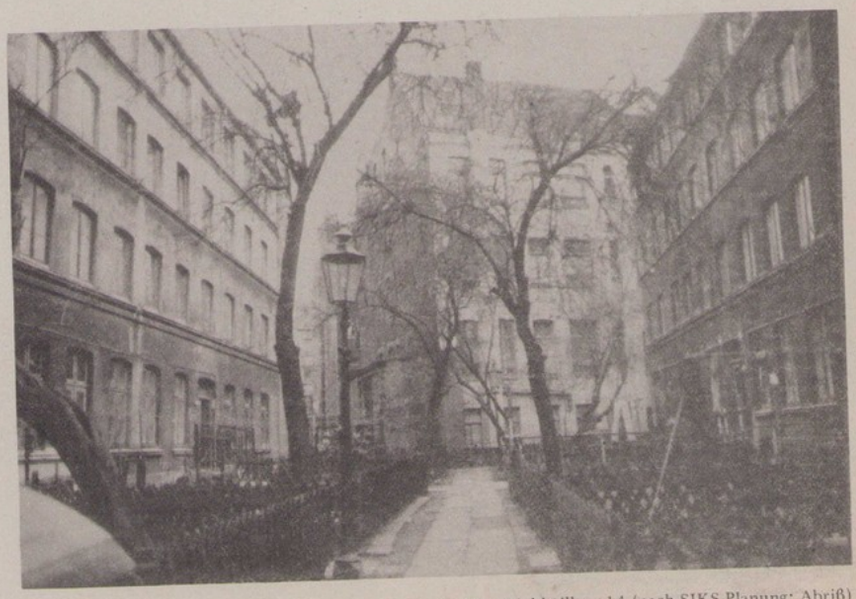
» Jeder Bewohner soll auch nach der Erneuerung in seinem Quartier wohnen bleiben können.

Gebäude und die Wohnqualität des gesamten Gebietes sollen verbessert werden.

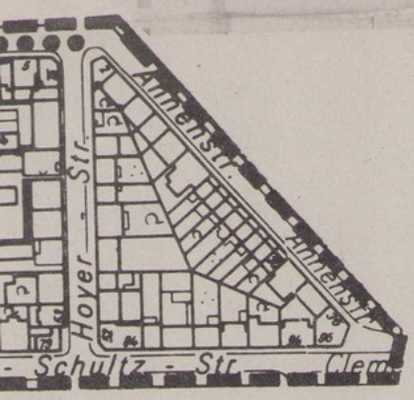
Die Erneuerungsmaßnahmen sind in zwei Realisierungsstufen durchzuführen, damit nicht alle Bewohner gleichzeitig durch Bauarbeiten belastet und notwendige Umsetzungen von Mietern in neue oder modernisierte Wohnungen innerhalb des Gebietes erleichtert werden.« (2)

sinngemäß im SIKS-Büro:

»Es soll keiner vertrieben werden, aber es geht natürlich auch in die Richtung, den Ausländeranteil zu senken. Das macht aber nicht soviel Probleme, da es vielen Ausländern egal ist, wo sie wohnen.«



Passage Wohlwillstr. 14 (nach SIKS-Planung: Abriß)



»Die Stadtteilkultur ist ein wesentlicher Aspekt der Entwicklungsplanung. Zentren für Stadtteilkultur (...) verbessern die Lebensbedingungen im Stadtteil und in ihrer speziellen Ausprägung die Identifikation der Einwohner mit ihrem Stadtteil. In diesem Zusammenhang haben auch Stadtteilfeste ihre Bedeutung.«

SIKS-Traum

Wohlwillstr. 26 (nach SIKS-Planung: Abri

Hinterhof in der Wohlwillstraße

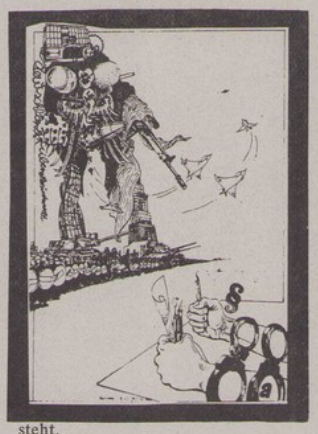
Wohlwillstr. 22 (nach SIKS Planung: Abriß)

Kultur kontra Revolte

»Die sich wahrscheinlich verschärfende Lage auf d
Arbeitsmarkt birgt für einen Teil der Bevölkerung
Gefahr materieller Einbußen in einer Umgebung mi
wenn auch verlangsamt weiterwachsendem Wohlsta
Dies könnte nicht ohne Folgen für den sozialen Frie
in der Stadt bleiben. Diese Befürchtung besteht a
dann, wenn es nicht gelingt, die soziale Integration
hier lebenden ausländischen Familien, insbesondere
Kinder mit ihren bisher zu geringen Entwicklungsch
cen, zu verbessern. (...) In diesem Zusammenhang mus
auch die Ansätze zur Verbesserung der kulturellen Ko
mmikation in den Stadtteilen gesehen werden.«

Wir setzen heute die in der Märznummer begonnene Artikelfolge zu Hochsicherheitstrakten und die Zusammenhänge im System der staatlichen Kontrolle fort und schließen sie vorerst mit 2 Beiträgen ab.
Wenn ihr zu dem Thema nochmal was schreiben wollt, freuen wir uns, wenn ihr es uns schickt. (Auch "Rückmeldungen" über die Artikel sind willkommen!)

Weiß die Linke, was der Rechtsstaat tut?



Im folgenden soll es um den Beitrag von Psychologen, Ärzten, Sozialarbeitern usw. zum System der staatlichen Kontrolle gehen.

Es ist festzustellen, daß in der Differenzierung des Netzes sozialer Dienste der Anspruch des Staates auf die Kontrolle seiner Bürger keinesfalls nachläßt. Im Gegenteil – wir vertreten die These, daß die Beherrschbarkeit der Menschen dadurch aufrechterhalten und verbessert werden soll. Es gilt, die Unzufriedenheit der Menschen, den immer größer werdenden Rand derjenigen, denen dies System keine Perspektive mehr zu bieten hat, im Griff zu behalten, mögliche Entwicklungen vorwegzunehmen und ihnen gegebenenfalls mit geeigneten Gegenstrategien zu begegnen.

Dies geschieht teilweise unter Zuhilfenahme derjenigen, deren Absicht es gerade nicht ist, diesen staatlichen Zugriff zu unterstützen und aufrechtzuerhalten, nämlich mit der staatlichen Vereinnahmung und Integration von Ansätzen, die ursprünglich dazu dienen sollten, den betroffenen Menschen (Unterdrückten, Opfern des Systems, Kranken oder sonstwie Leidenden) zu helfen.

In dem Beitrag über Hochsicherheitstrakte, der in der letzten Ausgabe der 'grossen freiheit' dokumentiert wurde, ist versucht worden, dies für die Bereiche Strafvollzug und Psychiatrie zu problematisieren.

Wir bezeichnen die Einrichtung der Hochsicherheitstrakts in der BRD als den bisher perversesten und deutlichsten Ausdruck des staatlichen Anspruchs nach totaler Kontrolle der Menschen – er ist der Versuch einer Gehirnwäsche, der zum Glück bei den meisten dort eingesperrten bislang gescheitert ist.

Allerdings ist der Hochsicherheitstrakt nur die Spitze eines Eisberges, zu dem – wenn auch z.T. unbeabsichtigt – allerlei "Linke" Beiträge leisten und geleistet haben.

Worum es den staatlichen Machtinstanzen geht, kann anhand der Heroldschen Utopie vom Sonnenstaat verdeutlicht werden.

In der Vorstellung des ehemaligen BKA-Präsidenten soll die Polizei als kybernetisches System funktionieren, dessen Aufgabe es ist, als empfindliches Meßinstrument Entwicklungen zu registrieren. Um mit Herolds Worten zu sprechen:

"Es wäre doch überhaupt keine Entwicklung nötig. Polizei und Justiz erheben in einem ungeheueren Umfang Daten in jedem einzelnen Fall: von den Feststellungen der Personalien der Eltern über die Frage nach dem erlernten und ausgeübten Beruf bis zum Hergang der Tat. Dieses ganze riesige Instrumentarium, tagtäglich von etwa einer viertelmillion Polizisten ausgeübt und eingeschwemmt, dieses gewaltige Material wird einfach ignoriert. Ich bin ja einverstanden, daß wir die Namen streichen. Aber das andere kostbar erhobene Gut müssen wir ausnutzen. Wir müßten zunächst einmal die gewaltige Datenmenge, die die Polizei ja hat, durchdringen und mehrdimensional verknüpfen können. Die heutige Technik würde das bewältigen. Wenn die Datenneurose nicht wäre, wäre das eine einfache Sache. In der deutschen Polizei, schätze ich, wird es vielleicht 15 Millionen Kriminalakten geben. Da ist seit Jahr und Tag alles angehäuft darüber, weshalb Leute Rauschmittel nehmen und weshalb sie in Apotheken einbrechen, um sich solche zu klauen; weshalb Leute abgetrieben haben und weshalb sie dieses und jenes tun; wie sie auf eine kriminelle Laufbahn geraten usw. Dieses ganze Wissen liegt herum, nur wir wissen nicht, was wir eigentlich wissen. Daß man dieses Wissen nicht ausschöpfen und verbinden kann zu einem Gemälde der Gesellschaft! Dies würde doch die Möglichkeit der Therapie eröffnen. Oder anders gesagt: Was ich anstrebe, ist die Polizei als gesellschaftliches Diagnoseinstrument." (Horst Herold in dem Interview mit Sebastian Cobler; zitiert nach "Transatlantik" 11/80)

Zum Schluß sagt er deutlich, worum es ihm geht:

Die ganze Diagnostik verolgt den Zweck, die angemessene Therapie zu bestimmen, Schritte einzuleiten, die geeignet sind, nicht erwünschte Entwicklungen zu verhindern.

Herr Herold hat durchaus recht: Es liegen bereits eine Unmenge von Daten und Informationen sowohl über einzelne Personen wie auch über soziale Zusammenhänge vor.

Durch die Computer-Technologie ist es möglich geworden, die Vielzahl von Informationen zu speichern und vor allem – sonst wäre der ganze Aufwand wenig sinnvoll – nach bestimmten Kriterien verknüpfen zu können und auch jederzeit verfügbar zu haben.

Alle möglichen Institutionen haben mittlerweile Systeme zur elektronischen Datenverarbeitung installiert. Dies sind auf der einen Seite die Polizei, der Verfassungsschutz und die Nachrichtendienste.

"Das Datenvolumen ist überaus eindrucksvoll: Ursprünglich gab das BKA an, ca. 200.000 Personensätze gespeichert zu haben; im Herbst vorigen Jahres nannte BKA-Präsident Herold aber eine Million, während seine Mitarbeiter bereits zu Anfang vorigen Jahres 1,75 Millionen konzedierten; gegenüber dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz Bull gab er schließlich neuestens 2 Millionen Erfaßte zu. In Wirklichkeit ist aber auch das nicht wahr: schon die Photosammlung enthält 1,9 Millionen, die Fingerabdrucksammlung 2,1 Millionen, das BKA insgesamt (laut Baum) "mehr als 3 Millionen", während die 'Zeit' 4,7 Millionen (und 3100 Organisationen) zählt. Falls, wie für das vergangene Jahr vorgesehen, auch die Länderdatenindices übernommen worden sind, dürften es jedoch um 10 Millionen Personensätze sein; denn bisher waren ca. 80% der Polizeidaten regional gespeichert, nur 20% wegen überörtlicher Bedeutung beim BKA. (Diese Zahl ergibt sich ebenfalls, wenn man den Maihoferschen Ausbauplan hochrechnet.) Dabei handelt es sich aber lediglich um die aktiven Daten; unberücksichtigt sind die zugriffsfähigen "inaktiven" (archivierten) Bestände. Sie dürften noch einmal den gleichen Umfang haben." (Wilhelm Steinmüller "Der unaufhaltsame Aufstieg des Geheimbereiches")

Verstärkt geht man daran, sich neue Datenquellen zu erschließen und Datenbanken anderer öffentlicher Stellen für die Polizei nutzbar zu machen.

In diese Richtung weist der Versuch, eine Personenkennziffer einzuführen, die – obwohl für verfassungswidrig gehalten (Rechtsausschuß des deutschen Bundestages) mittlerweile in weiten Bereichen der öffentlichen Verwaltung dennoch eingeführt wurde, "und zwar nicht nur als automationsinternes Ordnungsmerkmal (was rechtlich unbedenklich gewesen wäre), sondern als Identifizierungs- und Verknüpfungsmerkmal für die Zusammenführung von getrennten Datenbeständen über die gleiche Person." (a.a.O.)

Darüberhinaus gibt es eine ganze Reihe anderer öffentlicher Institutionen, die eine Vielzahl verschiedener Informationen über eine Reihe von Bundesbürgern gespeichert haben.

Da ist z.B. das Sozialdatenbanksystem der BRD, "also die Datenbestände im Bereich der sozialen Sicherung. Sie umfassen 90% der Bundesbevölkerung, nämlich alle Arbeiter und Angestellten. Diese sind im Interesse ihres Wohlergehens und der staatlichen Planung umfassend verdatet: mit persönlichen, gesundheitlichen, ökonomischen und sozialen Merkmalen. Diese Dateien (etwa der BA/BfA) sind obendrein häufig weit aktueller als die polizeilichen und Geheimdienstdateien." (a.a.O.)

Weiterhin verfügen alle Krankenhäuser über umfangreiche Archive über ihre Patienten.

Im Sommer letzten Jahres war in der TAZ zu lesen, daß in Berlin der großangelegte Versuch unternommen wird, die Lehrer zur Führung von Schüler-Bögen zu verpflichten, in denen Angaben gemacht werden über das Leistungsverhalten, das Sozialverhalten, auftretende besondere Schwierigkeiten, Vermerke über Elterngespräche – kurz: so ziemlich alles, was einem Lehrer an Wissen über seine Schüler zur Verfügung steht.

Auch wenn diese Informationen noch nicht EDV-gerecht erfaßt und aufbereitet sind, so ist es doch nur eine Frage der Zeit, dies zu tun oder nachzuholen, wenn es sinnvoll erscheint.

Wenn ich mir vorstelle, daß diese gewaltigen Mengen an Information eines Tages – wie es den Vorstellungen Herolds entspricht – z.B. der Polizei oder auch anderen staatlichen Institutionen frei zur Kenntnisnahme und Benutzung zur Verfügung stehen, so finde ich das doch einigermaßen erschreckend. Die Tendenzen dazu sind jedenfalls vorhanden – trotz des Theaters um den Datenschutz. Schon jetzt ist es so, daß fast alles, was man tut, eine Datenspur hinterläßt, sei es der Gang zur Bank, zum Arbeitsamt oder zum Arzt.

Kommen wir zurück zum Thema, **der Rolle der Sozialwissenschaftler in diesem Zusammenhang:**

Fast jeder, der als Psychologe, Arzt, Sozialarbeiter in einer staatlichen Institution tätig ist, wird damit konfrontiert sein, von dem jeweiligen Klientel Daten abfragen zu müssen.

Dies ist zumeist notwendig, um die jeweilige Arbeit zu verrichten; ohne etwas über die Leute zu wissen, kann man ihnen auch schlecht helfen.

Gleichzeitig handelt es sich aber keineswegs nur um den Austausch von Informationen zwischen z.B. Klient und Therapeut. Die Informationen werden festgehalten, archiviert, der Institution zugänglich gemacht, und der einzelne Therapeut, Arzt oder Sozialpädagoge hat nicht mehr in der Hand, wozu diese Daten verwendet werden – der Klient schon gar nicht.

Staatliche finanzierte Institutionen, die sich dem Zugriff auf ihre Daten und d.h. auf die Menschen, über die die Daten etwas aussagen, zu entziehen versuchten, gerieten denn auch in ziemliche Schwierigkeiten.

Vor einigen Jahren wurde das "Therapiezentrum Altona", eine Einrichtung für Drogenabhängige, geschlossen, u.a. deshalb, weil sich die dort Beschäftigten weigerten, der Polizei Zugang zu den Akten der Drogenabhängigen zu gewähren.

Die Mitarbeiter der sozialen Dienste sind also immer – ob sie wollen oder nicht – Zulieferer von Informationen über Menschen, liefern sie aus dem Zugriff der Institution oder des Staates.

Durchaus gutgemeinte Projekte – von den beteiligten Wissenschaftlern in der besten Absicht durchgeführt – erscheinen so in einem anderen Licht. In Hamburg z.B. ein Forschungsvorhaben zur Entstehung von Krebs. Tumor-Patienten werden hinsichtlich ihres Lebenszusammenhanges befragt. Das sicherlich sinnvolle Ziel, die Entstehung von Krebs im gesamten Lebenszusammenhang eines Menschen zu begreifen, wird bezahlt mit dem Preis, den Lebenszusammenhang, die erfaßten Daten im Prinzip auch für andere Zwecke verfügbar zu machen.

Vollendes deutlich wird der in der BRD sich andeutende Zusammenhang zwischen den staatlichen und halbstaatlichen sozialen Diensten und der staatlichen Kontrolle über die Menschen, die freiwillig oder unfreiwillig in ihren Zugriff geraten, am Beispiel der italienischen Entwicklung.

Die großen psychiatrischen Verwahranstalten werden weitgehend abgeschafft, statt dessen werden gemeindenahe psychiatrische Versorgungseinrichtungen geschaffen. Sie sind z.T. verkoppelt mit den Polizeidienststellen, die denn auch die Möglichkeit haben, sich gleich die notwendigen Informationen über den sozialen Hintergrund einer polizeiauffälligen Person zu verschaffen. Im übrigen sollen sich in diesen Einrichtungen Datensichtgeräte befinden, die Zugang verschaffen zu bereits gespeicherten Daten über auffällige Personen und gleichzeitig die Möglichkeit bieten, zusätzliche Daten in das System einzugeben.

Wenn auch – wie Herr Herold meint – eine Menge Informationen noch unverarbeitet sind, sich durch ihre Verknüpfung noch einiges mehr an Zusammenhängen erkennen ließe – womit auch die Eingriffsmöglichkeiten steigen –, so wird doch bereits jetzt das vorhandene Material genutzt.

Eine Möglichkeit der Nutzung wurde uns mit der Rasterfahndung bereit vorgeführt. Man schließ aus bekannten Informationen auf wahrscheinliches Verhalten oder andere Merkmale eines gerade interessierenden Personenkreises und geht alle gespeicherten Informationen nach diesen Merkmalen durch. Man bildet quasi ein Raster aus den Merkmalen und läßt den Computer seine Speicher danach durchkämmen, auf welche Personen mehrere dieser Merkmale zutreffen. Anschließend kann man dann diese "Verdächtigen" ganz gezielt aufs Korn nehmen.

Wie gesagt – das wurde bereits ausprobiert bei der Fahndung nach sog. "Terroristen". Es ist aber sehr wohl denkbar, daß das gleiche Prinzip angewendet wird auf andere Gruppen. Es braucht sich nicht einmal um die Ermittlung bestimmter Personen im Sinne einer polizeilichen Fahndung zu handeln. Ebenso ist vorstellbar, daß auf diese Weise soziale Konfliktfelder frühzeitig erkannt werden, um rechtzeitig Präventivmaßnahmen einleiten zu können.

Eine weitere Nutzung das umfangreichen Datenmaterials besteht in seiner Anwendung auf den Einzelfall. Wird eine Person auffällig, kann anhand der bereits vorhandenen Informationen sowohl über sie selbst wie über ähnlich gelagerte "Fälle" um so besser diagnostiziert werden, was am sinnvollsten mit ihr zu geschehen hat, z.B. ob überhaupt und wenn ja welcher sozialtherapeutischen Institution sie zu überantworten ist.

Beides, sowohl die rechtzeitige Diagnose künftiger sozialer Konfliktfelder wie auch der individuelle Zugriff auf einzelne, ist umso bedeutsamer angesichts der Probleme, die der Staat in nächster Zukunft zu bewältigen haben wird: Massenarbeitslosigkeit, Jugendunruhen, "Staatsverdrossenheit".

Eins der Beine, auf dem die staatliche Sozialpolitik steht, sind die Informationen, die den Planungsstellen zur Verfügung stehen und die ihnen u.a. von den Mitarbeitern der sozialen Dienste – im täglichen Geschäft oft nebenbei – zur Verfügung gestellt werden.

Wir sehen die Gefahr, daß all die gutwilligen Ärzte, Psychologen usw. diese Dimension ihrer Arbeit nach und nach aus dem Auge verlieren. Über der persönlichen Sinngebung, dem Engagement für die Arbeit und dem Interesse, konkreten Menschen aktuell zu helfen, wird nur allzuleicht vergessen, in welchem Rahmen diese Hilfe stattfindet.

Psychologen gießen die Wurzeln, damit sowas wachsen kann!

Beim Aufbau sozialer Kontrolle in der Gesellschaft kommt den Sozialwissenschaften eine immer größer werdende Bedeutung zu. Psychologie, Pädagogik, Soziologie etc. sind wichtige Forschungsgebiete geworden, mit deren Hilfe der "Kampf um die Köpfe" der Menschen im Kapitalismus gewonnen werden soll.

Um eine wirksame soziale Kontrolle zu erreichen, müssen die Lebensgewohnheiten, Wertvorstellungen, Perspektiven der Menschen erst einmal ausgeforscht werden, um sie dann in den Griff zu bekommen. Die Bedeutung psychologischer Forschung für die Errichtung der Hochsicherheitstrakts haben wir in der März-Ausgabe der gf darzustellen versucht.

In diesem Artikel wollen wir uns allgemeiner mit der Funktion der Sozialwissenschaft befassen. Besonders interessant ist dabei die Funktion sogenannter "linker Forscher", die sich an sozialwissenschaftlichen Forschungsvorhaben beteiligen und das damit begründen, die Ergebnisse könnten im Interesse einer Gesellschaftsveränderung eingesetzt werden.

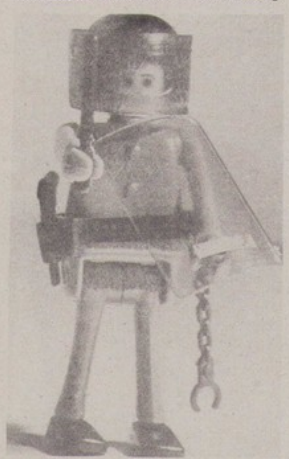
Zum Ende der sechziger Jahre geriet die bürgerliche Sozialforschung in eine Krise: Voller Überraschung mußten die Forscher feststellen, daß eine Studentenbewegung entstand, die sie mit ihren Forschungen über das Bewußtsein der Jugend vorher nicht hatten ausmachen können. Die Forschungsmethoden hatten versagt, und die Sozialwissenschaftler brauchten einige Zeit, um zu begreifen, was sich da bewegte. Dementsprechend dauerte die Entwicklung von Gegenstrategien zur Beseitigung der Unruhe recht lange.

Eine Folge der Studentenbewegung war, daß die Universitäten sich öffneten, die Ordinarien-Universität aufgeweicht wurde und neue Forschungsmethoden und -inhalte sich etablieren konnten. Allerdings hatte sich damit an der Funktion der Sozialforschung, die ja im wesentlichen an den Universitäten betrieben wird, nichts geändert. Die Öffnung war vielmehr die zwangsläufige Konsequenz aus dem Versagen der bis dahin üblichen Sozialforschung. Um die gesellschaftliche Realität besser zu erfahren und wirksame Kontrollstrategien zu entwickeln, mußten neue Methoden Eingang in den Forschungsbereich finden. Alternativen zum herkömmlichen Forschungsvorgehen boten linke Kritiker, die in der Folgezeit an den Universitäten Anstellung fanden und sich mittlerweile dort festgesetzt haben.

Seit dieser Zeit ist eine Unmenge an Forschungsvorhaben zum Bewußtsein von verschiedenen sozialen Gruppen, von denen Unruhe ausgehen könnte, realisiert worden. Sozialforscher haben das Bewußtsein von Arbeiterjugendlichen, Studenten, Ausländern, Arbeitslosen, Frauen, Kindern etc. pp. ausgeforscht und damit dem Staat eine Unmenge von Daten über die Gedanken und Lebenswelt dieser Menschen geliefert.

Es ist klar, daß für solche Forschungsprojekte sich "linke" Forscher wesentlich besser eignen als bürgerliche. Wer von uns unterhält sich schon gerne mit einem grauhaarigen Professor, der eine völlig andere Sprache spricht als wir? Wenn dagegen ein lockerer Student ankommt und sich mal mit uns unterhalten will, fällt uns unser Beitrag zum Fortschritt der Wissenschaft schon wesentlich leichter, ganz besonders dann, wenn uns dieser Student auch noch erzählt, unsere Mitarbeit sei notwendig, damit der Auftraggeber unsere Wünsche kennenlernen kann, um beispielsweise unseren Wünschen entsprechende Wohnungen bauen zu können oder damit die Gewerkschaft nützliche und sinnvolle Bildungsangebote für die Arbeiterschaft anbieten könne. Einen so einfachen und kleinen Dienst für die Revolution leistet doch jeder gerne!

Linke Forscher eigenen sich also wesentlich besser zur Ausforschung sozialer Bewegungen als bürgerliche, weil sie näher an ihnen dran sind und sich wesentlich besser darin auskennen.



Dies ficht nun die meisten Forscher nicht an. Denn sie forschen ja nicht mit der Absicht, dem Staat Spitzeldienste zu leisten, sondern wollen sich mit ihrer Tätigkeit und ihren Ergebnissen gerade den sozialen Bewegungen zur Verfügung stellen. Sie wollen Forschung "im Interesse der Betroffenen" betreiben und sehen darin einen wichtigen Beitrag für den Erfolg dieser jeweiligen Bewegungen.

Sie machen sich dabei aber ihre objektive Funktion nicht klar und vergessen, daß ihre Ergebnisse eben nicht nur von Linken verwendet werden können, z.B. für die Entwicklung von wirksamen Aktions- und Agitationsformen, sondern daß diese Ergebnisse noch viel besser für die Kontrolle und ggf. die Zerschlagung der sozialen Bewegungen geeignet sind.

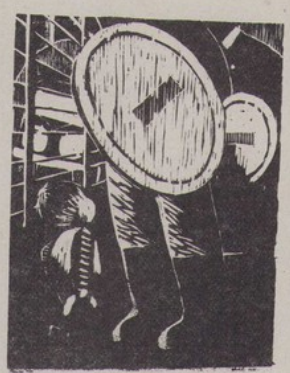
Neben dieser Kritik muß man vielen "linken Forschern" aber auch vorwerfen, daß sie überhaupt an den falschen Fragen arbeiten. In vielen Forschungsprojekten werden Themen behandelt, die für die Linke nicht wichtig sind. Die politische Legitimation für die Mitarbeit in solchen Projekten hat dann lediglich die Funktion einer Rechtfertigung für den "linken Forscher" selbst: Weil er nichts anderes gelernt hat und mit der Forschungsarbeit auch relativ leicht viel Geld verdienen kann, ohne sich die Hände schmutzig zu machen (jedenfalls im wörtlichen Sinn!), begründet er seine Arbeit vor sich selbst und anderen damit, er leiste eben einen Beitrag als Intellektueller für das Fortkommen sozialer Bewegungen. Wer will sich selbst auch schon gerne eingestehen, daß seine Arbeit dem Staat dient und man selbst damit eben seinen Lebensunterhalt verdient? So wird der Arbeit kurzerhand ein politischer Sinn gegeben, und man kann jetzt sogar innerhalb seiner Arbeitszeit politisch aktiv sein. Bezahlung für revolutionäre Politik – was besseres kann man sich als Linker auch kaum vorstellen!

Die Rolle "linker Forscher" und die Art und Weise, wie der eigenen Lohnarbeit als Forscher ein fortschrittlicher Sinn gegeben wird, wollen wir im folgenden am Beispiel eines Projekts des Bundesinnenministeriums (BMI) darstellen. Das Projekt heißt "Terrorismusforschung", und an ihm arbeiten eine ganze Reihe sog. linker Forscher mit.

Im September 1978 veranstaltete das BMI eine "Modelltagung" zum Thema Terrorismus. "Adressaten waren Mitarbeiter der Stiftungen von CSU, CDU, FDP und SPD als Multiplikatoren im Bereich der politischen Bildung und entsprechender Öffentlichkeitsarbeit. Sinn der Tagung war es, die "geistig-politische Auseinandersetzung" mit dem "Terrorismus" voranzutreiben. Denn, zwar ist die "Beseitigung der konkreten Gefahr ... Aufgabe der Polizei, ... Aber die Bekämpfung der Symptome der Krankheit ... selbst kann und darf nicht die einzige Möglichkeit zur langfristigen Überwindung dieses Phänomens sein. Dies wäre ein Zeichen moralischer, politischer und geistiger Armut. Es muß vielmehr gelingen, mit Hilfe empirischer Forschung ... mehr über die Wurzeln des Übels ebenso wie über Anlaß und Motive zu einzelnen terroristischen Karrieren, über Ursachen für Gruppenbildung und über interaktionistische Zusammenhänge zu erfahren. Dies alles geschieht nicht als l'art pour l'art, sondern in der Hoffnung, vernünftige Präventionsansätze zu finden,

– um ein Nachwachsen terroristischer Gruppierungen einzudämmen,
– harte Kerne in ihren propagandistischen Aussagen und Rechtfertigungsthesen überzeugend zu widerlegen und strategisch zu isolieren
– und ihnen das sie materiell oder moralisch deckende Umfeld zu nehmen."

(Rupprecht, Vizepräsident beim BKA, in: Geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Terrorismus, Protokoll einer Modelltagung, veranstaltet vom Arbeitsstab "Öffentlichkeitsarbeit gegen Terrorismus" im BMI, hrg. vom demselben Arbeitsstab, Juni 1979, Bonn S. 7/8, Hervorhebungen durch die Verfasser)*



Aus dieser Tagung ging dann das Forschungsprojekt über den "Terrorismus" hervor. An ihm arbeiten Psychologen, Soziologen, Kriminologen, Politologen, Rechtswissenschaftler und Philosophen aus der ganzen BRD mit.

"Wichtige Forschungsthemen im Rahmen des Gesamtprojekts sind:
– Lebenslaufanalysen
– Gruppenprozesse
– gesamtgesellschaftliche Bedingungen
– ideologische Einflüsse
– internationale Zusammenhänge.
Sie sollen in entsprechenden Teilprojekten untersucht werden." (aus dem Hamburger Papier, S. 8)

Als Untersuchungsmaterial dienen zunächst mal die Daten aller bekannten "Terroristen" und diejenigen ihrer Angehörigen und Freunde sowie alles, was man über das sog. Umfeld weiß. Die Forscher gehen aber auch soweit, politischen Gefangenen in den Knästen Fragebögen oder ähnliches zu schicken und sie freundlichst zur Mitarbeit aufzufordern.

P.P. Zahl verweigerte seine Mitarbeit an diesem Projekt mit dem Argument, "daß kein 'anständiger' Mensch den Beteiligten an einem solchen Projekt Auskünfte erteilen könne", weil "Forscher, die sich auf ein solches Unternehmen einlassen, nur korrumpierte 'Handlanger' ihres Auftraggebers und seiner 'terroristischen' Verfolgungsinstitutionen sein könnten". (Jäger 1980, S. 229, zit. nach Hamburger Papier, S. 3)

Wer sich die Ziele dieses Forschungsprojektes genauer ansieht, kann sich dieser Meinung P.P. Zahls eigentlich nur anschließen.

Doch weit gefehlt: An diesem Projekt arbeiten eine ganze Reihe Wissenschaftler mit, die einen sog. "kritischen Ruf" genießen: Sack, Treiber, von Trotha aus Hannover, Moering aus Utrecht, Karstedt aus Bielefeld.

Wie legitimieren diese Leute mit dem "kritischen Ruf" nun ihre Mitarbeit an diesem staatlich finanzierten Forschungsprojekt?

"Nach Ansicht eines am Projekt Beteiligten besteht ein Widerspruch nicht nur zwischen den verschiedenen politischen Parteien, sondern es bestehen eben auch – und das sei von herausragender Bedeutung für Wissenschaftler – Widersprüche zwischen an sich fortschrittlichen und gutwilligen Politikern und selbstherrlichen und reaktionären Bürokraten, eben den Apparaten. Hier gelte es für fortschrittliche Wissenschaftler, ihre natürlichen Bündnispartner, die fortschrittlichen Politiker, mit Erkenntnissen in der Auseinandersetzung zu unterstützen, um auf einer hohen und relevanten Entscheidungsebene eingreifen zu können. D.h. für einige Wissenschaftler geht es darum, zwischen den Widersprüchen des Systems zu arbeiten, indem diese ausgenutzt werden." (Hamburger Papier, S. 4)

Abgesehen davon, daß dieser Legitimationsversuch die Bedeutung eines kritischen Rufes deutlich macht – Kleider machen Leute –, zeigen sich hier zwei typische Fehler vieler Forscher mit linkem Anspruch:

– Zum ersten setzen sie sich nur sehr inkonsequent mit der politischen Realität auseinander. Andernfalls könnten sie sich nicht mit dem Gefasel vom "Ausnutzen der Widersprüche innerhalb des Systems" zufriedengeben, sondern würden klar erkennen, daß sie dem Staat sehr nützliche Hilfe für den Auf- und Ausbau sozialer Kontrolle liefern, indem sie Leute ausspionieren. Hätten sie nicht nur einen "linken Ruf", sondern wären tatsächlich überzeugte Linke, würden sie sich an einem solchen Projekt schon deshalb nicht beteiligen, weil die Frage, wie "Terrorismus" entsteht, für die Linke vollkommen bedeutungslos ist. Für uns kann doch allenfalls wichtig sein, ob militanter und bewaffneter Widerstand in einer bestimmten Situation das angemessene Mittel ist oder nicht. Und diese Frage läßt sich wohl kaum durch Forschung beantworten, sondern einzig durch die Diskussion verschiedener politischer Strategien.

– Wo diese "kritischen Forscher" wirklich stehen, zeigt sich auch daran, daß sie ihre Ergebnisse, die sie ja unter "Ausnutzung der inneren Widersprüche" gewonnen haben, "an sich fortschrittlichen Politikern" zur Verfügung stellen wollen.

Diese beiden Fehler, die beide auf eine falsche politische Analyse der Verhältnisse in der BRD zurückzuführen sind, machen sehr viele Forscher und leider auch sehr viele angehende Wissenschaftler, besser bekannt unter der Bezeichnung "Studenten".

Die Illusion, Forschung sei an sich wertneutral, dürfte doch spätestens seit den Forschungen über die Kernspaltung, die die Entwicklung der Atombombe ermöglichten, vom Tisch sein. Das gilt aber eben nicht nur für naturwissenschaftliche, sondern mindestens genauso für sozialwissenschaftliche Forschung. Auch wenn die Forscher noch so guten Willens sind, setzt sich über die Verwendung ihrer Ergebnisse das Interesse des Auftraggebers, das häufig dasjenige des Staates ist, durch. Bei jedem Forschungsvorhaben ist dies zu berücksichtigen und vor der Planung zu diskutieren.

Zum Schluß wollen wir noch auf zwei Forschungsprojekte an der Uni Hamburg hinweisen, die eine genaue Analyse ihrer politischen Funktion und Möglichkeiten verdient hätten:

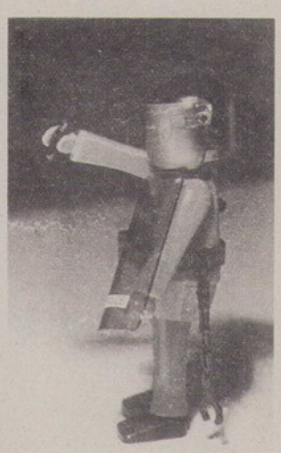
Unsere Gefängnisse sind überall...!

(und die besten! – psst!)

– Am Fachbereich Psychologie werden derzeit beim Umbau eines Gebäudes für die Professoren Pawlik und Schmale zwei "Camera silens", das sind vollkommen isolierte Räume, in die keine "Störfaktoren" von außen eindringen können, gebaut. Nach Angaben der Professoren sollen sie für Tier- und Lärmbelästigungsexperimente verwendet werden. Sie könnten aber durchaus zur Fortsetzung der Forschungen über sensorische Deprivation etc. Verwendung finden, wenn jemand dies für notwendig hält.

– Im Fachbereich Chemie gibt es seit einiger Zeit ein Hochsicherheitslabor. Dort können nur noch die an den Forschungen direkt Beteiligten rein. In diesem Labor werden Forschungen zur Genmanipulation durchgeführt, also Versuche, die Erbmasse von Lebewesen veränderbar und programmierbar zu machen. Damit ließe sich der "Kampf um die Köpfe" wohl endgültig gewinnen . . .

P.S.: Kleiner Buchtip für alle, die sich mit ihrer derzeitigen oder zukünftigen Rolle als Sozialwissenschaftler mal genauer auseinandersetzen wollen: Thomas von Freyberg "Ausspioniert und angeschmiert", Giessen, Focus-Verlag, 1978.



* Dieses und alle folgenden Zitate stammen aus einem Papier von C.P. Behr, D. Gipser, S. Klein-Schonnefeld, K. Naffin, H. Zillmer mit dem Titel: "Die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse für die Aufrechterhaltung und den Ausbau staatlicher Kontrolle". erschienen im Wintersemester 1980/81 am FB Psychologie der Uni Hamburg.

zur
hungenstreik &

anti~trakt~kampanje

In der Februar-Nr. der gf steht ein Artikel zum HS der Iren: "Solange wir nicht entschlossen den Kampf gegen die Vernichtungstrakts, in denen die politischen Gefangenen hier langfristig begraben werden sollen, wieder aufnehmen, solange wir hier nicht daran arbeiten, Lebens- und Kampfbedingungen für unsere Genossen in den Knästen zu erreichen ..." usw., im Artikel auf der Knastseite ist die gleiche Tendenz enthalten, also ungefähr: den Kampf der politischen Gefangenen aufnehmen, da sich die Stärke der Bewegung im Verhältnis zu ihren Gefangenen ausdrücke, um dann gemeinsam mit den Gefangenen zu ner antiimperialistischen Perspektive zu kommen.

Nur: Zu ner antiimperialistischen Perspektive kommt man durch die Praxis der Auseinandersetzung und nicht dadurch, daß man seine Perspektivlosigkeit mit nem falsch verstandenen Humanismus kaschiert (Anti-Trakt-Kampagne).

Leider hängt die anti-imperialistische Linke hier noch einigen alten Träumen nach, und die Realitäten entfernen sich dadurch zunehmend von ihr. So zum Beispiel, daß die Vernichtung von politischen Gefangenen zu verhindern wäre. Ihr braucht euch nur die Türkei oder andere Länder anzusehen, in denen es eine starke anti-imperialistische Bewegung gibt, was da mit den politischen Gefangenen passiert.

Die Trakte sind zur (langsam oder schnellen – je nachdem) Vernichtung von politischen Gefangenen gebaut worden, und es gibt keinen Grund, warum die Herrschenden sich dieses Mittel aus der Hand schlagen lassen sollten, solange sie noch herrschen. Wozu diese Schweine allenfalls bereit sind – und auch das nur in relativ friedlichen Zeiten, wo sie keine unnötigen Provokationen wollen – hat der HS der Frauen in Lübeck letztes Jahr gezeigt, als sie – schon in Lebensgefahr – für ein paar Wochen nach Hamburg verlegt wurden und dann wieder zurück in den Lübecker Trakt.

Es stimmt, daß die politischen Gefangenen nichts mehr zu verlieren haben. Wichtiger ist aber – aller humanistischen Erziehung zum Trotz –, daß die anti-imperialistischen Bewegungen Westeuropas sich von ihrer Knastfixiertheit lösen müssen, um sich endlich ihrer Hauptaufgabe zu widmen: dem Kampf gegen die Nato. Den Gefangenen kann grundlegend nur durch ihre Befreiung geholfen werden, was ne rein militärische Sache ist, zu der die heutige Linke zu schwach ist. Die Knastmauern halten es gut aus, wenn die Linken sich dauernd die Köpfe dran einrennen.

Ne andere Träumerei der Linken ist ihre Hoffnung, im Knast bzw. durch die politischen Gefangenen Orientierung zu finden. Das ist nun keine subjektive Anpisserei, sondern hat ganz einfach damit zu tun, daß Orientierung im wesentlichen Praxis ist, die Gefangene nun mal nicht machen können. (Die Stammheimer gaben ja nicht allein durch ihre Texte Orientierung, sondern vor allem durch ihre Praxis vor der Gefangennahme.)

Tatsächlich befinden wir uns in ner Situation, wo es praktisch keine Guerilla mehr zu geben scheint, sie also neu aufgebaut werden muß. Die Gefangenen können dabei (bestenfalls) nur insoweit mithelfen, als sie an der theoretischen Bestimmung mitarbeiten und praktische Erfahrungen weitergeben können. Kämpfen müssen die Leute draußen schon selber (und zwar unabhängig davon, ob sie irgendwann mal nen Draht zu den Resten der Raf kriegen oder nicht). Es ist falsch, die Mitarbeit der Gefangenen oder den Zusammenhang mit ihnen zur Bedingung zu machen. Wenn es ohne die Gefangenen nicht geht, geht es mit ihnen auch nicht. Eine der Grundbedingungen für ne operationsfähige Guerilla ist ihre Selbständigkeit. Eine Bewegung, die sich von ihren Gefangenen abhängig macht, hat schon verloren, bevor sie anfängt zu kämpfen.

Wichtig ist heute vor allem, Strukturen zu schaffen, die auch längerfristig funktionieren. Es sollte sich jeder darüber klar sein, daß eine Verhaftungswelle, wie sie letztes Jahr in Italien gelaufen ist (gegen "Unterstützer"), hier auch jederzeit möglich ist. Da braucht gar nicht mehr allzuviel zu passieren, da der Zustand des Systems eh schon kritisch genug ist, um sowas auszulösen.

Angesichts der derzeitigen Schwäche der Linken geht es deshalb um viel mehr als "nur" das Überleben der Gefangenen, nämlich das Überleben von Widerstand überhaupt. (Damit meine ich nicht den "Widerstand" verschiedener Umweltschützer, der wegen seiner desorientierenden Wirkung wohl noch lange legal bleiben wird. Der Widerstand gegen Atomkraftwerke – angesichts der akuten Bedrohung durch die US Atomkriegspläne – nützt den Schweinen mehr als daß er ihnen schadet).

Wer dagegen noch von Lebens- oder Kampfbedingungen im Knast träumt, sollte sich wirklich mal fragen, in welcher Welt er überhaupt lebt. Der Staat wird in seinem jetzigen Stadium – und das war spätestens '77 schon zu erkennen – seine Vernichtungsmittel auch unter Druck nicht aus der Hand geben. Im Gegenteil: je mehr er unter Druck kommt, desto mehr wird er sie einsetzen. Die politischen Gefangenen sind Geiseln und werden als solche behandelt. Die Geiseln sind eine der stärksten Waffen dieses Nato-Staatsgebildes gegen die Guerilla (bilde sich doch keiner ein, daß westdeutsche Politiker die Handlungsfreiheit hätten, die Gefangenen aus den Trakten rauszulassen). Um dieses Geiselstatus abzusichern,

– die totale Verfügbarkeit über die Gefangenen herzustellen – werden die Trakte gebraucht und auch benutzt, solange wie die Nato (und damit der Imperialismus) noch existiert. Wir müssen und drauf einstellen (das ist was anderes als sich abfinden), daß der Kampf gegen den Imperialismus nicht nur in der 3. Welt, sondern auch und gerade hier – weil die entscheidende Schlacht in den Metropolen geschlagen wird – viele Tote fordern wird. Die Parole der Befreiungsbewegungen: "Freiheit oder Tod" war nie eine pathetische Übertreibung, sondern Ausdruck der Erkenntnis der Realität. Dieselbe Realität herrscht auch hier, inzwischen für jeden erkennbar durch den drohenden Atomkrieg, der von den US-Herren mit SPD- und anderer Hilfe vorbereitet wird.

Diese Situation fordert von der Linken, die die historische Aufgabe hat, den Befreiungskampf hier zu organisieren und zu führen, nicht nur Wut, sondern auch und vor allem Verstand.

Das heißt vor allen Dingen, die Linke muß dringend lernen, langfristig zu denken und zu planen. Die ständige Hin- und Her-Springerei: vorgestern Bundeswehr, gestern Türkei, heute Haftbedingungen, morgen El Salvador, bringt auf Dauer den Tod für uns alle.

"Wir sind die Türken von morgen" drückt ja sehr gut aus, was auf uns bald zukommt. Die BRD ist für die US-Kriegspläne das wichtigste Land von allen. Entsprechend werden die Nato-Militärs "ihr" Territorium hier verteidigen. "Verlust" der BRD wäre gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch der Nato = Ende des Imperialismus. Daraus und aus der Tatsache, daß die US-Militärs für ihr Vorhaben sowieso schon etliche Millionen Tote (auch eigene) eingeplant haben, läßt sich ungefähr ermessen, auf welchen Widerstand der anti-imperialistische Kampf hier stoßen wird. (Wenn wir nicht kämpfen, machen sie die halbe Welt zur Wüste.)

Die Linke wird sich deshalb wohl erstmal damit befassen müssen, die Dimension des kommenden revolutionären Kampfes zu begreifen.

In einer Phase, wo eine Neuorientierung der Linken dringend notwendig ist, wirkt der Hungerstreik der Gefangenen desorientierend. Die Gefangenen sind nicht die Spitze der Bewegung und dürfen es nicht sein.

Der Knastkampf darf nicht mehr als ein Teil des anti-imperialistischen Kampfes sein – und zwar ein untergeordneter Teil –, die Gefangenen versuchen aber, ob gewollt oder nicht, ihn zur Hauptsache zu machen, indem sie durch den HS die Kräfte der antiimperialistischen Linken gegen die Vernichtungstrakts lenken; was noch dazu ne völlig aussichtslose Sache ist. Es wäre zu einfach, zu sagen: die Linke braucht sich ja nicht auf den HS zu konzentrieren. Es war vorhersehbar, daß sie es tut. (Um Mißverständnisse zu vermeiden: natürlich ist es richtig, daß sich Gefangene gegen die Haftbedingungen wehren, aber auch die Gefangenen müssen sich neu orientieren.)

Die Linke – auch die anti-imperialistische – ist noch zu sehr in den Beziehungsmustern der Kleinfamilie eingebunden und setzt deshalb die Prioritäten verkehrt. Befreiungskampf heißt praktischer Kampf für die Befreiung der Völker von imperialistischer Herrschaft, und dabei können Gefangene (sofern keine realistische Möglichkeit besteht, sie direkt rauszuholen) naturgemäß nicht viel helfen. (Ich werde den Eindruck nicht los, daß viele Leute draußen die Möglichkeiten der Gefangenen mystifizieren, um sich dadurch nicht mit den eigenen Ängsten und Unfähigkeiten auseinandersetzen zu müssen.)

In erster Linie ist der Kampf wichtig bzw. die Organisation des Kampfes, die Klärung von Strategie und Taktik, Aufbau einer entsprechenden Struktur und Logistik, Aktionen, die die imperialistische Herrschaft schwächen; und erst in zweiter Linie die Beziehung zu den Gefangenen. Bisher war es leider umgekehrt.

Orientierung kommt nicht aus den Knästen, und sie "kommt" auch sonst nicht irgendwie. Sie entsteht in der reflektierten Praxis antiimperialistischer Guerilla. Orientierung ist dabei die Frage des Kampfinhaltes, ob also die Gruppen fähig sind, die schwachen Stellen, die Besiegbarkeit des Imperialismus zu erkennen und entsprechend anzugreifen. Die Knäste sind aber eine der stärksten Bastionen seiner Herrschaft. Den Angriff auf die Knäste zur Hauptsache zu machen, ist daher Desorientierung, denn die Knäste bedrohen nur die Gefangenen (die jetzigen und die späteren). Die Bedrohung durch den Imperialismus und sein Hauptvernichtungsinstrument, die Nato, ist aber viel umfassender.

Knast Hamburg, 21.2.81

Anti-H-Block/Armagh-Komitee im Westdeutschen Irlandsolidaritätskomitee

Das folgende ist eine Erklärung der Gefangenen in den H-Blocks, Long Kesh und der gefangenen Frauen im Knast Armagh. Am 18. bzw. 19. Dez. 1980 beendeten zuletzt 40 Gefangene einen am 27. Oktober begonnenen Hungerstreik, mit dem sie die Wiedererlangung des im März 76 abgeschafften politischen Status durchsetzen wollten. Wesentliche Konzessionen der britischen Nordirlandadministration hatten die Gefangenen nach 53 Tagen dazu gebracht, ihren Hungerstreik abzubrechen (s. Arbeiterkampf Nr. 194). Bis heute haben sich die damals von Gauleiter Atkins gemachten Zusagen nicht materialisiert, weswegen die Gefangenen, die in den vergangenen Wochen alles unternommen hatten, um der britischen Administration Raum für reale Veränderungen der Knastbedingungen zu geben, jetzt angekündigt haben, am 1. März erneut in den Hungerstreik zu treten. In der Erklärung der Gefangenen aus der IRA und INLA vom 4. Februar heißt es:

"Wir, die republikanischen politischen Gefangenen in den H-Blocks von Long Kesh und im Knast Amargh, erklären unsere Absicht, erneut in den Hungerstreik zu treten, nachdem wir geduldig sieben Wochen auf einen Beweis dafür gewartet haben, daß die britische Regierung bereit ist, die Gefängniskrise aufzuheben, und wir ihr jede denkbare Möglichkeit dazu gegeben haben.

Am 18. und 19. Dezember 1980 wurden die Hungerstreiks in den H-Blocks und in Armagh abgebrochen. Als dies geschah, gingen wir davon aus, daß damit begonnen werden könnte, jeglichen Widerstand zu deeskalieren und daß die erste Hürde – eigene Kleidung für die Blankettmen – in dem von Atkins beschriebenen Zeitraum überwunden werden könnte.

Ein Hindernis nach dem anderen wurde uns in den Weg gelegt, aber wir fühlten uns moralisch verpflichtet, jede Option zu untersuchen, um nicht in Erbitterung und Zorn zu geraten. Die Engstirnigkeit der britischen Administration wurde bestens am 23. Januar demonstriert, als der Knastdirektor – unter Befehl handelnd – einer Reihe Gefangener ihre eigene Kleidung verweigerte. Diese 20 Gefangenen hatten an erfolgten Verlegungen von drekkigen in saubere Zellen partizipiert und begonnen, ihre Kübel zu leeren, sich zu waschen, rasieren und die Haare zu schneiden, bevor sie ihre eigene Kleidung forderten. Es ist ein Fakt, daß normale Gefangene in den Blocks, in denen die Gefängnisregeln befolgt werden, im allgemeinen ihre eigene Kleidung ungehindert tragen, und wir waren wütend, daß die Briten entschlossener waren, uns erneut zu erniedrigen, anstatt das Gefängnisproblem zu lösen.

Daher haben am 27. Januar über 90 Gefangene in den H-Blocks als Ausdruck ihrer Wut die Zellen zertrümmert. Die Schließer haben daraufhin im Gegenzug eine große Zahl Gefangener attackiert und diese aus den sauberen Zellen in verdreckte verlegt und ihnen Decken, Matratzen, Trinkwasser und den Zugang zu den Toiletten für die Nacht verweigert.

Die Gefangenen im letzten Hunerstreik wurden durch eine Zahl von Leuten und Politikern moralisch erpreßt, die an sie appellierten, den Hungerstreik abzubrechen und eine Lösung des Problems zu ermöglichen. Die Hungerstreiks endeten vor sieben Wochen und ohne daß die Briten irgendeinen Schritt unternommen haben, haben wir auch von diesen Leuten seither nichts gehört und gesehen.

Die irischen Bischöfe, Kardinal O'Fiaich und Politiker wie John Hume müssen offen gefragt werden, was hat uns ihre Empfehlung, den letzten Hungerstreik abzubrechen, gebracht? Wo ist der Frieden in den Gefängnissen, der wie ein Versprechen den sterbenden Gefangenen vor Augen gehalten wurde? Und wer anderes als die Briten ist für unsere Situation verantwortlich, die heute schlechter ist als je zuvor?

Wir, die Blanketmen und die weiblichen politischen Gefangenen in Armagh, hatten genug an britischem Verrat und nicht eingehaltenen Zusagen.

Hungerstreiks – bis zum Tode wenn nötig – werden am 1. März 81, dem fünften Jahrestag der Abschaffung des politischen Status, in den H-Blocks und in Armagh beginnen.

Wir fordern, als politische Gefangene – was wir, wie jeder anerkennt sind – behandelt werden.

Wir rufen alle auf, die uns während des letzten Hungerstreiks unterstützt haben, sich erneut für unsere Sache einzusetzen, und wir appellieren auch an all diejenigen, die bisher Zaungast blieben, nun die Intransigenz der Briten und die Gerechtigkeit unserer Sache zu erkennen.

Unterzeichnet: PRO H-Blocks 3, 4, 5 und 6, Long Kesh und PRO Women Political Prisoners Armagh Jail, 4. Febr. 1981

In der Nacht von Samstag, den 7.3. auf Sonntag, den 8.3.81 haben wir das Garagentor des Spiegelredakteurs Wolfgang Malanowski, Rögenfeld 14, Tel. 6038333, mit der Parole "Für die Zusammenlegung der Gefangenen in Gruppen" verziert. Zusätzlich haben wir die Schlösser seiner Haus- und Garagentür verklebt und damit unbrauchbar gemacht.

Malanowski ist einer der verantwortlichen Redakteure für die Berichterstattung des Spiegels über den sogenannten "Terrorismus".

In den letzten Jahren tat sich dieses Magazin dadurch hervor, den bewaffneten antiimperialistischen Widerstand zu denunzieren. Die Widerstandsgruppen werden als ein Haufen menschenverachtender, gewalttätiger Desperados dargestellt, denen es lediglich um Terror und Gewalt zu tun ist, bei denen es sich um kaltblütige Schwerstkriminelle mit pathologischem Einschlag handelt. Das Ziel ihrer Politik, die Befreiung der Menschen vom gewaltsamen Zugriff des imperialistischen Systems auf ihre Körper, ihr Denken und ihre Gefühle wird totgeschwiegen. (...)

"Nato – Trakte – AKW Politik der SPD"

haben wir am 9.3. frühmorgens an die Wand des SPD-Büros in Wuppertal-Vohwinkel gesprüht und die Scheiben klirren lassen! Seit dem 2.2. befinden sich unsere Genoss-inn-en im Hungerstreik gegen jede Form der Vernichtungshaft. (...)

HUNGERSTREIK

Was stirbt in uns, wenn sie im Knast sterben?
(Der Hungerstreik, das Gewissen und ich . . .)

Mir wär's lieber (wenn ich ehrlich bin), wenn der Hungerstreik längst zuende wäre. Mir ist es ja auch lieber, wenn sie keine Großflughäfen oder Chemiewerke bauen würden. Aber sie machen's nun mal, und sie knasten die Menschen ein, mit denen ich mich verbunden fühle. Sie knasten sie ein und lassen sie sterben, wenn's sein muß. Mir wär's lieber, wenn sie keine Knäste, keine Hochsicherheitstrakts, keine Psychiatrien bauen. Aber sie tun's und zwingen mich damit, ob ich will oder nicht, zur Stellungnahme. Und die will ich jetzt mal versuchen (und zwar ohne Vokabeln, die genauso hohl und steril sind wie eine Traktzelle).

Also wie gesagt: Ich wär' froh, wenn der Hungerstreik vorbei wär', nicht weil ich will, daß die Gefangenen aufgeben oder draufgehen, sondern weil mein Gewissen dann wieder ruhiger wäre. Ich mach' nämlich nichts zum Hungerstreik. Ich weiß, daß es auch irgendwann mich treffen kann, in den Knast zu wandern, ich weiß, daß die Leute, die was zum Hungerstreik machen, unheimlich wenig und deshalb auch enttäuscht sind, weil wir sie alleine lassen, ich weiß, daß die Trakts nur die Spitze des ganzen Apparats der Unterdrückung sind und daß wir ihn bekämpfen müssen. Weiß ich ja alles, aber: Ich trau mich nicht!

Und deshalb hab' ich ein schlechtes Gewissen.

Wenn ich's mir einfach machen wollte, könnt ich alles auf die Ignoranz der blöden Deutschen schieben, oder auf die vermeintlich objektiven Bedingungen der Repression, die scheinbar jede Aktion entweder sinnlos oder zu gefährlich macht, aber das tu ich doch in Sachen AKW oder Häusernot auch nicht. Da mach ich doch noch was, da scheiß ich doch auf das "Urteil" anderer, die mich als kommenden Terroristen abstempeln wollen. Da weiß ich, daß die anderen die wahren Terroristen sind. Aber warum bin ich in Sachen Traktkampagne oder Hungerstreik nicht so selbstbewußt? Ich hab' während der letzten Wochen viel darüber nachgedacht – und immer komm' ich zu dem resignierten Ergebnis: Sie haben mich schon soweit. Ich weiß, daß die Spaltung tödlich ist, aber ich laß mich spalten, ich weiß, daß es BILD-Taktik ist, mich als RAF-Sympathisanten abzustempeln, wenn ich gegen Isolation im Knast bin, aber ich hab trotzdem Angst, RAF-Sympathisant zu sein. (Das ist zwar nicht üblich, in der Szien zuzugeben, aber es muß jetzt mal sein!)

Ich mach' also die Polarisierung mit: Hier die legitimen Bewegungen gegen Atom und Häusernot und da die Terroristen, die über Leichen gehen. Das hab ich beim Überlegen zuerst erkannt. Und dann kam der zweite Schritt und die Lösung:

Ich hab mir klargemacht, daß diese Polarisierung absoluter von den anderen gewollter Schwachsinn ist (und ich will denen nicht immer wieder auf den Leim gehen!): Was sind denn die Ziele der verschiedenen Stränge? Es sind doch alles die gleichen: Wir sind gegen Brokdorf, weil wir gesund bleiben wollen, wir besetzen Häuser, weil wir wohnen wollen, und die Gefangenen machen als letztes Mittel einen Hungerstreik, weil sie leben wollen. Leben heißt: reden, hören, sehen, schmecken, Freunde treffen, Gedanken haben und austauschen, kommunizieren, in Ruhe schlafen, nicht geschlagen werden und nicht bedroht werden – und zwar für alle. Das sind die Ziele der AKW-, der Häuser- und der Bewegung gegen das Knastsystem, die mich noch braucht. Denn die Ziele sind auch meine Ziele. Wir müssen doch die Menschen an ihren Zielen messen – und ich glaube, das haut hin, wenn ich mir immer wieder klarmache, daß wir alle das gleiche wollen. Und weil wir alle brauchen, die das gleiche wollen, ist es heute erstmal egal, wie wir zu den Gefangenen stehen, es geht einfach nicht, daß wir sie sterben lassen. Und sollte das wie ein moralischer Appell klingen, entschuldige ich mich, denn durch Appelle entsteht keine kontinuierliche Bewegung – die wächst nur aus der Überzeugung, daß wir was tun müssen, wenn wir das Leben wollen, und durch die Gewißheit, daß wir uns die gleichen Ziele gesetzt haben.

Ich habe gemerkt, daß ich so ein bißchen von der Angst verliere, je fester ich mich an diese Überlegung halte, weil sie mich stärker macht. Und stärker müssen wir werden, oder wie seht ihr das? Stärker in uns und stärker zusammen!

Die Gefangenen wollen leben – und nicht wie's oft dargestellt wird, sich selbst zu Tode hungern. Und wenn sie sie jetzt irgendwann sterben lassen, weil sie die Forderungen einfach ignorieren, stirbt da nicht ein Stückchen Stärke in uns mit, die wir uns vielleicht gerade erst erworben haben? Ich weiß nicht so genau. Aber ich will mir meine Überzeugung erhalten. Auch deshalb dürfen wir sie nicht sterben lassen.

RAUS AUS DER ISOLATION
REIN INS LEBENDIGE STARK-SEIN!

Gottfried

Enno Schwall, Knast Ummeln
8.3.81

Zur Forderung "Eingliederung in den Normalvollzug" und zum Hungerstreik

Gestern abend haben Brigitte Asdonk und ich zusammen telefoniert. Brigitte wollte den Hungerstreik abbrechen und hatte verlangt, vorher mit Sabine Gröne und mir sprechen zu können.

Wir einigten uns darauf: Wir brechen gemeinsam unseren Hungerstreik ab.

Ich will nun nochmal im Nachhinein einiges klarstellen, was meine Motive zu diesem Hungerstreik angeht.

Dieser Hungerstreik war die erste überregionale Aktion, die ich mitgemacht habe. Gerd Albartus und ich haben zwar bereits einmal (1978) einen HS gemacht, aber damals ging es um eine einzige, präzis eingegrenzte Forderung: Abschaffung der Trennscheibe bei Privatbesuch.

Meine Vorbehalte, von denen auch in der HS-Erklärung die Rede ist, bezogen sich auf die Forderungen der Raf nach Einhaltung der Mindestgarantien für die Behandlung von Kriegsgefangenen nach der Genfer Konvention. Und die Forderung nach interaktionsfähigen Gruppen. Das sind keine Forderungen, die ich selbst vertrete.

Trotz meiner Kritik (inhaltl. s. unten) solidarisiere ich mich mit Gefangenen, die diese Forderungen stellen: Ich werde niemandem vorschreiben, wie er seinen Kampf gegen den Knast und um die Möglichkeit von Überleben in den hiesigen imperialistischen Kulturdenkmälern zu führen hat.

Das besondere nun an dieser Aktion ist: Es gibt eine Vielzahl von Forderungen und Strategien, es ist im eigentlichen Sinne kein Hungerstreik der Raf, sondern ein Ausdruck des wachsenden Widerstandsbewußtseins aller Internierten. Die Taz schrieb: ein weiter Weg zur Gemeinsamkeit. Das stimmt schon; aber darin steckt auch: Es gibt eine Vielzahl von Motiven, die überhaupt erst die Breite der Beteiligung an der Aktion erklärt. Und: der Weg zur Gemeinsamkeit ist endlich beschritten.

Das auslösende Moment, das mich schließlich bestimmt hat, mich zu beteiligen, war (...) der Spaltungsversuch, der nach dem Artikel in der Neuen Westfälischen vom 26.2. nach einer Antwort verlangte. Das allein war selbstverständlich nicht der eigentliche Grund – obwohl das letztlich in den Vordergrund trat.

Nein, ohne die erschreckende Situation im Ummelner Knast, in dem ich nunmehr fast vier Monate sitze, und ohne die Erfahrung dessen, was den Reformvollzug heute offensichtlich ausmacht, hätte ich anders reagiert.

Also: Mein Protest gegen die Zustände in diesem Horror-Gefängnis und gegen jede Form von Knast im Knast ist der Grund für meine Teilnahme an der Aktion.

Die Reaktion auf den Spaltungsversuch war der, wenn auch sehr gewichtige Anlaß.

Was mir wichtig ist und was ich von meiner Seite aus in der Gewichtung deutlich machen will: Es geht mir nicht so sehr um meine Person, um meine Sonderbehandlung. Auch wenn die nach wie vor besteht. Ich will vielmehr versuchen, von dem alltäglichen Knastleben etwas nach draußen zu tragen. (...)

Zum Normalvollzug.

Ich weiß, daß diese Forderung bei vielen Genossen auf Unverständnis stößt. Normalvollzug sei, so argumentieren sie, längst von den Strategien, die in den 'neuen Gefängnissen' ihren Ausdruck finden, überholt. Es gebe keinen 'Normalvollzug' mehr, vielmehr sei der aufgelöst in diversifizierten Straf-, Umerziehungs- und Kontrollinstitutionen.

Das ist soweit zugegeben. Wobei eine genaue Analyse der sich durchsetzenden Strategien sozialer Kontrolle im Gefängnissystem nach aussteht. Dennoch bin ich der Meinung, daß es – neben den unzähligen Differenzierungsversuchen innerhalb der Masse der übrigen Internierten – eine Art von Sonderbehandlung für Staatsschutzgefangene gibt, die eine andere Qualität hat und die zu bekämpfen sinnvoll ist. Ob die Trennung zwischen Aussonderung als Staatsschutz-Gefangener und der Klassifizierung von 'Normal-Gefangenen' in jedem konkreten Fall von Auseinandersetzung durchzuhalten ist, sei dahingestellt. Daß da aber unterscheidbare Mechanismen der Aussonderung am Werk sind, will ich belegen.

Das ganze Arsenal an Sondermaßnahmen und Isolation, das gegen Staatsschutzgefangene angewandt wird, gehört auch zum Repertoir von Repressionsmöglichkeiten, die gegen aufmüpfige Gefangene jeglicher anderen Art angewandt wird. (...)

Der Unterschied nur – diesen Leuten wird die Sonderbehandlung nicht endlos zugemutet; die Sondermaßnahmen sind bei ihnen immer von begrenzter Dauer – auch wenn, nachdem sie einmal diesen Dreck haben mitmachen müssen, sie auch weiterhin nen schweren Knast schieben, da das als Vermerk in den Akten steht und sie diesen Makel nie wieder loswerden. Nur: Den Staatsschutzgefangenen kommt die Sonderbehandlung als Kainsmal qua Delikt sozusagen zu. Ohne weiteres eigenes Zutun. In dem Augenblick, wo du wegen 129a angekalgt bist, hast du dein Fett weg. Du kriegst automatisch diese Stempel mit Signalwirkung überall draufgeknallt: Gewalttätig! und Fluchtgefahr! und Einzelhaft!!!

(...) Die Sonderbehandlung geht – wie gesagt formell! – zurück auf die Häftlingsüberwachung. Die HÜ. Die wiederum reicht zurück auf Koordinationsbeschlüsse der Konferenz der JuMis der Länder sowie der Konferenz der Innenminister der Länder aus dem Februar 1975. (...) Von Anfang an war die HÜ mit nicht nur Kontroll-Maßnahmen, sondern ebenso solchen repressiver Art verbunden. Nach Stammheim / Mogadischu wurde die HÜ gewaltig aufgebläht – um Herkunft und rechtliche Absicherung kümmerte sich längst niemand mehr. Die HÜ wurde um einen langen Katalog von "Sicherheitsvorkehrungen" erweitert, der praktisch allumfassend alle Lebensäußerungen der Betroffenen umfaßte. (...) Dadurch, daß sie hiermit einen ungeheuer reichhaltigen Katalog von Repressionsmitteln haben, haben sie auch die Gelegenheit, in vielfältiger Weise damit Politik zu machen. Je nach Situation und der Einschätzung der einzelnen Person können sie die eine oder ander Maßnahme fallenlassen, ohne daß sich der isolierende Gesamtcharakter der HÜ prinzipiell ändert. Immerhin sind aber sehr deutliche Unterschiede in der Haftsituation der einzelnen damit herzustellen.

Die HÜ ist etwas, das sozusagen über den anderen Entwicklungen im Gefängnissystem liegt und auch als eigenständige Kampfperspektive – wenn auch natürlich nicht außerhalb des Gesamtzusammenhanges von Widerstand gegen jede Form von Differenzierung, Spaltung, Knast im Knast – plausibel zu vertreten ist.

Die Sonderstellung qua HÜ trennt uns von den anderen Gefangenen. Diese Barriere muß fallen. Das ist, was hinter meiner Forderung nach Normalvollzug steht.

Um auch das nochmal deutlich zu machen: Meine Knastsituation unterscheidet sich von der Brigittes. Wir unterliegen beide der HÜ; aber wie geschildert ist möglich, sie sehr unterschiedlich zu handhaben. Soweit ich sehe, sind bei mir eine ganze Reihe mehr Maßnahmen aufgehoben / gelockert als bei Brigitte.

drinnen und draussen

Zur Unterstützung der Gefangenen im Hungerstreik und um die Forderungen öffentlich zu machen, liefen folgende Aktionen:

(...) haben wir heute, am 12.3.81, den Staatsschutzjournalisten Franz Ruch mit Molotowcoctails angegriffen und sein dreckiges Handwerkszeug vernichtet.

Ruch ist einer aus den vordersten Reihen des Apparats der psychologischen Kriegsführung gegen den antiimperialistischen Widerstand, ein Agent der Bundesanwaltschaft und des Bundeskriminalamtes, aus deren Quellen er erste Informationen erhält, der direkt aus Ermittlungsakten zitiert, der erkennungsdienstliche Fotos unter seinem Namen veröffentlicht, also Teil der Widerstandsbekämpfung ist.

Es ist müßig, alle Zeitungen aufzuzählen, in denen dieses Schwein seinen Dreck in die Öffentlichkeit schleudert. Uns sind allein fünf Schmierenblätter bekannt, worunter die 'Rheinpfalz' ihm den breitesten Raum zur Verfügung stellt.(...)

(...) In keinem anderen Land sind die Medien so perfekt durchstrukturiert und funktional für die Geheimdienste, Bundesanwaltschaft und BKA – den US-Imperialismus – wie in der BRD.

Allen voran der Spiegel als Sprachrohr von Bundesanwaltschaft und BKA – der durch gezielte Staatsschutzkampagnen versucht, die Guerilla, ihre Ideen, ihren Kampf zu denunzieren – angefangen von Speitel bis Boock.

Jetzt, in der Berichterstattung zum Hungerstreik, bereitet der Spiegel den Weg für die Staatsschutzbehörden für eine faschistische Lösung vor: Folter durch Zwangsernährung oder Tod durch Verhungern – anstatt das einfachste zu tun: die Isolation aufzuheben und die Gefangenen zusammenzulegen.

Und genau in dieser Funktion, die der Spiegel als verlängerter Propaganda-Arm für die Schweine hat, haben wir ihn angegriffen und das Frankfurter Büro am 18.3. unter Feuer gesetzt; ihm einen Molotowcoctail verpaßt. (...)

hört auf zu jammern
handelt
schmeißt alles auf den müll
was alt, nutz- und hilflos ist
kapiert, daß es möglich ist,
zu tun, was nötig ist
wenn ihr das wollt.
stört die nachrichtensperre
seid mutig, schlau und
einfallsreich
greift ein
greift an
die macht der Schweine
endet da
wo wir selbst bestimmen
was und wie wir handeln
holt die wut aus dem Bauch
schließt euch zusammen.
greift an.

Am 2.3.81 wurde in Hannover am Königswartherplatz ein Transparent aufgehängt.

Besetzungserklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD aus dem Goetheinstitut Amsterdam am 25.3.1981

Die BRD ist wieder entschlossen, politische Gefangene zu töten. Unsere Angehörigen sind in Lebensgefahr, das sagen selbst die Behörden, aber: "Verhandelt wird erst, wenn sie ihren Hungerstreik abbrechen." (Rebmann, der oberste Ankläger, am 22.3.81). Das, nachdem Ärzte bei Gefangenen keine Überlebensmöglichkeiten sehen. Wir wissen, in der BRD wird gefoltert. Der Tod von Gefangenen ist geplant. Die politischen Gefangenen sind in der 8. Woche im Hungerstreik. Sie kämpfen gegen ihre Vernichtung und fordern: Zusammenlegung in Gruppen, das heißt kein Gefangener darf mehr in Einzelisolation gehalten werden.

Für die Verbreitung der Forderungen der Gefangenen durch Flugblätter werden auch heute wieder Menschen in der BRD verhaftet wie während des Nazifaschismus. Ärzten wird Geld angeboten, damit sie die Folter der Zwangsernährung durchführen anstatt daß die Forderungen erfüllt werden. Warum?

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein imperialistischer Staat, der Militärdiktaturen unterstützt, Geld und Waffen an reaktionäre Regime liefert wie z.B. an die Türkei, Argentinien, Brasilien, Südafrika, Chile.

In Europa setzt die BRD Nato-Staaten unter Druck für mehr Rüstung und die Stationierung von Atomwaffen, für die Durchsetzung der kriegstreiberischen USA-Politik. Gleichzeitig versucht dieser Staat, in anderen Ländern ein "menschenfreundliches Gesicht" zu zeigen. Er will mit allen Mitteln verhindern, daß seine wahren Interessen, sein wahres Gesicht offen wird.

So soll über das Goetheinstitut hier deutsche Kultur ins Ausland getragen werden. Stationierung von Atomwaffen und Verbreiten deutscher Kultur gehören zusammen. Deutsche Kultur heißt: Vernichtung von Widerstand. Deshalb haben wir diese deutsche Einrichtung besetzt.

Die Gefangenen aus der RAF kämpfen auch noch in der Gefangenschaft gegen die aggressive menschenvernichtende Politik der Imperialisten. Deshalb will die BRD-Regierung die Gefangenen eher sterben lassen als ihre Forderungen zu erfüllen. Wir aber wollen, daß die Forderungen der Gefangenen sofort erfüllt werden.

Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention auf die Gefangenen aus der RAF und andere antiimperialistische Widerstandsgruppen, das bedeutet: Zusammenlegung der Gefangenen zu lebens- und arbeitsfähigen Gruppen,

Freilassung von Günter Sonnenberg und Verena Becker,

Kontrolle der Haftbedingungen durch eine internationale Kommission.

Angehörige politischer Gefangener in der BRD
Goetheinstitut Amsterdam

GSJ-INFO

Das "hohe" Gericht spricht → §§

HUNGERSTREIK wegen Einknastung von Drogenabhängigen

Am 22. Februar 1981 jährt sich Georg Westermanns Inhaftierung. Dieses "Jubiläum" ist der Anlaß für unseren 3tägigen Hungerstreik.

Es geht nicht allein um Georg, es geht um die alltägliche Praxis, Kranke, Drogenkranke, in Gefängnissen und Psychiatrien zu internieren. Die Rückfallquoten von 98% nach einem sogenannten "Knastentzug" sprechen über den Sinn bzw. Unsinn dieser täglichen Praxis eine deutliche Sprache.

Politiker aller Parteien, Fachleute der Drogenberatungsstellen, Ärzte, Psychologen haben das Prinzip THERAPIE STATT STRAFE auf ihre Fahnen geschrieben. Richter und Staatsanwälte, die Justizmaschinerie, verurteilen weiterhin Kranke nach mittelalterlich anmutendem "Recht" – jenseits aller Erfahrungswerte.

Allein in der Dortmunder Justizvollzugsanstalt wartet 1/3 aller Untersuchungsgefangenen als Drogenkranke auf ihre Prozesse. Die 6. Strafkammer des Dortmunder Landgerichts – besetzt mit den Staatsanwältinnen Frau Hampel und Frau Leichter sowie der Richterin Frau Porath – tun das ihre, daß die Kranken auch in Haft bleiben. Haarsträubende Urteilssprüche, die in einigen Fällen zum Wohle der Betroffenen von der Justizministerin NRWs, Frau Inge Donnepp, korrigiert wurden, sind an der Tagesordnung.

VOR EINEM JAHR (!): "THERAPIE FÜR GEORG WESTERMANN"

Wieder mal so ein Drogensüchtiger aus dem Verkehr gezogen, in den Knast gesteckt, unschädlich gemacht – so oder ähnlich werden vielleicht einige denken, wenn sie nachfolgende (von uns erfundene) Notiz in ihrer Tageszeitung gelesen hätten:

RAUSCHGIFTSÜCHTIGER VERHAFTET. Am 22. Februar 1980 wurde Georg W. (30) in seiner Wohnung von Beamten des Rauschgiftdezernats verhaftet. W. ist einschlägig vorbestraft. Er wurde in die JVA Dortmund überführt.

Kurz und knapp – doch was steckt dahinter?

Der verzweifelte Versuch, von seiner Krankheit, der Heroinsucht, loszukommen. Ein Versuch, der in kaum vergleichbarer Weise von den Justizbehörden zunichte gemacht wird.

Lassen wir Georg selbst zu Wort kommen: (Brief v. 12.3.80)

"... jetzt kurz etwas über meine Situation. Wie du weißt, bin ich monatelang hinter einem Therapieplatz hergelaufen. Ich habe mir wirklich die Füße wundgelaufen und die Finger wundgeschrieben. Immer mit dem Gedanken im Kopf, ob ich diesmal schneller bin als das RD (Rauschgiftdezernat). Bisher war es nämlich immer so bei mir, daß ich kurz vorher festgenommen wurde. Diesmal sah es zunächst ganz gut aus. Es dauerte zwar alles sehr lange, doch dann kam endlich der Bescheid der Rentenversicherung (Anm.: Kostenträger). Ich sollte zur Salzmann-Klinik nach Gütersloh zum Aufnahmegespräch. Ich hin. Einen ganzen Haufen Tests gemacht, anschließend mußte ich 4 Leuten, Psychologe, Arzt, Pfleger, Sozialarbeiter, Rede und Antwort stehen. Als ich alles durch und durch bestanden hatte, kam das Erwachen. Man sagte mir im Januar, ich könnte Mitte Mai zur Therapie kommen. Das mußt du dir mal vorstellen. Seit November bemühte ich mich um den Platz, den ich dann erst im Mai antreten könnte. Das ist für nen Rauschgiftsüchtigen ne verdammt lange Zeit, wenn er von keinem Arzt Medikamente bekommt, Heroin nicht kaufen darf, weil ihm sonst das RD auf den Pelz rückt. Wenn man fragt, wie man die lange Zeit überbrücken soll, bekommt man zur Antwort, man sollte einfach nichts nehmen . . . Ja, wenn ich monatelang so einfach nichts nehmen brauch und das ganz locker schaffe, brauch ich keine Therapie. Ich hab mich doch gerade um ne Therapie bemüht, weil ich's allein einfach nicht schaffe. – Und wenn man bedenkt, daß jeder Druck der letzte sein könnte, ersieht man erst recht, wie lang die Zeit von November bis Mai ist. – "

Dazu die Mutter, Frau Westermann:

"Georg bemüht sich seit November 79 um einen Therapieplatz. Anträge zur Kostenübernahme wurden gestellt, mehrere Kliniken angeschrieben. Es dauerte alles recht lange – für meine Begriffe zu lange, denn ich wußte: Entweder ist der Tod schneller oder eine Verhaftung. Unser Sohn bekam im Januar 80 die Bewilligung der Kostenübernahme für eine Klinik in Gütersloh zugewiesen. Zu einem Gespräch fuhr er dorthin und mußte erfahren, daß man ihn erst Ende Mai 80 zur Behandlung nehmen konnte. Dies erschien auch dem behandelnden Arzt als zu spät, und er teilte dies auch dem Kostenträger mit. Der Bewährungshelfer sprach mit dem Arzt, ihn doch schon in ein Krankenhaus einzuweisen, um den körperlichen Entzug zu behandeln. Der Arzt bestätigte, was die Tageszeitung schrieb: Kein Dortmunder Krankenhaus ist bereit, einen Drogenkranken zu nehmen. So wie ich es befürchtete, kam es. Am 22.2.80 wurde unser Sohn verhaftet. 6 Tage später kam der Bescheid, daß mein Sohn sofort seine Behandlung in Herrschried antreten könnte. Zu spät für Georg. Er saß mittlerweile ja im Lübecker, im Dortmunder Knast."

Soweit unser Artikel aus unserer Zeitung (MAUER 4/80).

Was hat sich zwischenzeitlich getan? – NICHTS.

Zwar ist es gelungen, Georgs Therapieplatz immer wieder aufs Neue zu sichern, dabei haben uns viele geholfen, Bürger, die Presse, Politiker, doch sitzt er trotz aller Bemühungen weiterhin im Gefängnis. Seine lebenswichtige Therapie konnte er bis heute nicht antreten.

Wird Georg nach seiner Haftzeit einer der 98% Rückfälligen?

Wenn ja, DANN HABEN RICHTER UND STAATSANWÄLTE IHN DAZU GEMACHT!

Wir fordern von den Politikern, endlich ihre Sprüche in Sachen Therapie statt Knast in die Tat umzusetzen!

Wir fordern: Hört auf mit der Kriminalisierung von Drogenkranken!

Wir fordern Justiz und Politiker auf, sich nicht gegenseitig den "Schwarzen Peter" in die Schuhe zu schieben, sondern zu handeln!

Wir fordern weiter die sofortige Entlassung Georg Westermanns aus dem Gefängnis in eine Therapieklinik!

Wenn auch Sie unsere Forderungen unterstützen wollen, bitten wir Sie, die Forderungen mit ihrer Unterschrift (und Name, Adresse) an uns, die Gefangeneninitiative e.V. (GI), Brunnenstr. 8-10, 4600 Dortmund 1 (Tel. 0231/818989) zu schicken. Es besteht auch die Möglichkeit, Unterschriftenlisten anzufordern.

Offener Brief

Hamburg, den 22. 2.1981

Ist die Gleichbehandlung aller Insassen in "Santa Fu" eine Farce ?

Obwohl die Anstaltsleitung von "Santa Fu" (Justizvollzugsanstalt II Hamburg-Fuhlsbüttel) stets Urlaubsanträge von Ausländern – insbesondere von Türken und Asiaten – mit der Begründung abgelehnt hat, daß gegen sie eine Abschiebungsverfügung bestehe, hat nun doch ein Ausländer, der 35jährige Nazif K. – vom Landgericht Hamburg wegen Handelns mit Heroin zu 6 1/2 Jahren Freiheitsentzug verurteilt – am 21. Februar 1981 einen dreitägigen Urlaub aus der Haft erhalten.

Wir alle würden uns freuen, wenn mit dieser Beurlaubung eine liberalere Handhabung der gesetzlichen Möglichkeiten (§ 13 StrVollzG) verbunden wäre und nach und nach alle Ausländer im Rahmen der Gesetzgebung in den Genuß von Urlaub kommen könnten.

Wir würden uns sogar schon freuen, wenn in besonderen Härtefällen Ausnahmen von der Praxis "Kein Urlaub für Ausländer" gemacht werden, wenn auch nur einzelne von uns dann in den Genuß kämen. Doch nicht einmal das ist der Fall, denn Nazif K. ist weder Vorreiter für eine liberalere Gleichbehandlung aller Insassen in Sachen Urlaub aus der Haft, noch stellt er einen Härtefall dar.

Wir, die Unterzeichner dieses 'Offenen Briefes', sind ausländische Insassen der JVA II in Hamburg-Fuhlsbüttel und fragen:

* Wie kommt es, daß Nazif K. Urlaub erhält und alle anderen ausländischen Insassen – mit teils geringeren Strafen – nicht?
* Wie kommt es, daß Nazif K. ohne Schwierigkeiten mehrfach Ausführungen und Ausgang bekam, bevor er zum ersten Mal in Urlaub gehen durfte?
* Wie verträgt sich diese offensichtliche Bevorzugung eines einzelnen ausländischen Insassen, gegen den ebenfalls eine Abschiebeverfügung besteht, mit dem Prinzip der Gleichberechtigung?

Auf diese Fragen erwarten wir eine Antwort, die von uns auch als glaubwürdig akzeptiert werden kann.

Mit Erklärungen wie: "Das ist ein individueller Fall" geben wir uns nicht mehr zufrieden. Wir alle sind "individuelle Fälle", und doch gelangen wir niemals in den Genuß von Urlaub.

Doch Ausnahmen bestätigen die Regel. Und zur Ausnahme wird in dieser Anstalt ein Ausländer mit der vorgenannten Straftat und der Strafhöhe nur dann,
wenn er sich gegenüber den hausinternen Sicherheits- und Ordnungskräften als kooperativ erweist.

Andere Ausnahmen, wie z.B. die bereits angedeuteten Härtefälle, haben bislang noch nicht dazu geführt, daß ein Ausländer mit Abschiebungsverfügung in Urlaub gehen durfte.

Der Fall Nazif K. wirft für uns, die sowohl Nazif K. wie auch die Gepflogenheiten der Anstaltsleitung bei der Gewährung von Urlaub kennen, die Frage auf:

* Müssen wir alle erst zu Spitzeln und zu Verrätern an unseren Mitmenschen werden, bevor man auch uns zu "individuellen Fällen" erklärt und uns in Urlaub läßt?

Oder sollen wir "auf die Barrikaden steigen" und geschlossen in den Hungerstreik treten, um auf diesem Wege eine Gleichbehandlung mit Nazif K. zu erreichen?

Zu letzterem sind wir bereit, zu Denunziation und Verrat am Mitmenschen jedoch nicht!

(29 Unterschriften)

GROSSER LECK-PROZESS frei nach GÖTZ VON BERLICHINGEN
Lehrbeispiel: KLASSENJUSTIZ 1981

ANKLAGESCHRIFT

Der Arbeiter Walter Heinrich W., geb. am 23.10.1932 in Duisburg, wohnhaft: z.Zt.: JVA II, Am Hasenberge 26, 2 Hamburg 63, vorbestraft, u.a.:

1. am 16.6.76 vom AG Hamburg – 149 Ds/68/76 – wegen Beleidigung in 3 Fällen mit 30 Tagessätzen zu je 2,– DM Geldstrafe;
2. am 13.7.1979 vom AG Hamburg – 149 Ls/62 Js 246/78 – wegen Diebstahls, versuchten Diebstahls und versuchter Erpressung mit 1 Jahr 9 Monaten Freiheitsstrafe;

wird angeklagt,

in Hamburg im Mai 1980 einen anderen beleidigt zu haben, indem er unter dem 22.5.1980 einen am 27.5.1980 eingegangenen, an das Strafvollzugsamt, die Anstaltsleitung der JVA Fuhlsbüttel und den Arbeitsinspektor Reiß adressierten Brief geschrieben hat, in dem er sich über die Nichtzuteilung von Arbeit in der Zelle beschwert und dabei unter anderem ausgeführt hat: *"Nun kann die Anstaltsleitung, incl.. dieser Typ Reiß, wenn sie Zeit haben, mich wechselweise, aber nur freiwillig, das tun, was ein gewisser Götz von Berlichingen auch mal einigen seiner Zeitgenossen angeboten hat, am Arsch lecken! Aber wie gesagt, dies ist ganz freiwillig, dem Angebot erfolgt von meiner Seite aus kein Zwang, sollten die Angesprochenen nicht zu dieser Übung antreten. Denn gezwungene Lecker lecken nicht gut. In diesem Sinne, Ihnen allen von der "gerechten und resozialisierenden" Anstaltsleitung, unter der Führung eines Herrn Dr. Stark, in Kenntnis gesetzt zu haben, wiedermal, ganz besonders der Justizbehörde Strafvollzugsamt und der Justizsenatorin, wie dreckig, willkürlich dieser Haufen hier ist, besonders dieser ehemalige Zuchthaus-Beamte und nun arivierte Arbeitsinspektor Reiß, der hier seine Unfähigkeit beweist, einen solchen Posten auszuüben, da er hier sein Amt mißbraucht, und nicht in der Lage ist, ohen Willkür, Arbeitsplätze zu vergeben"* um dadurch die Bediensteten der Strafvollzugsanstalt Fuhlsbüttel in ihrer Ehre anzugreifen.

Vergehen, strafbar nach §§ 185, 194 III, 77a Abs. I StGB.
Strafantrag ist gestellt, Bl. 2 d.A.
Das besondere öffentliche Interesse an der Strafverfolgung ist gegeben.
Beweismittel: I. Geständnis, – Bl. 8 d.A. –
II. Objekt der Augenscheinseinnahme: 1 Schreiben vom 22.5.1980 in Ablichtung, – Bl. 3 d.A. –

Es wird beantragt, das Hauptverfahren zu eröffnen und Termin zur Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Hamburg, Abt. 149 – Strafrichter – anzuberaumen.

gez. Müller-Praefcke, Staatsanwalt

DER PROZESS

Walter W. erklärte zu der Anklage, er habe sein Schreiben nicht als Beleidigung gemeint, sondern als ein Angebot, dam niemand Folge zu leisten braucht. Anlaß für das Schreiben war, daß der Arbeitsinspektor ihm keine Arbeit zuweisen wollte:

Walter W. ist seit dem 6. Juli wieder in Fuhlsbüttels Anstalt II. Seitdem ist er ohne Arbeit – "unverschuldet" wie selbst die Anstaltsleitung zugibt, da ihm Taschengeld gewährt wird, was sonst nicht der Fall wäre. (Ganze 29,– DM im Monat). Wenn ihm Arbeit angeboten wurde, dann solche, die er auf Grund seiner chronischen Bronchitis nicht ausüben kann (z.B. Löten bei Valvo). Zuletzt hatte er beantragt, Arbeit auf die Zelle zu bekommen: Das Zusammenstecken von Schmuckspangen. Die Arbeit war frei geworden, weil der betreffende Gefangene verlegt worden war. Der Arbeitsinspektor wies diese Arbeit aber einem Gefangenen zu, der erst wenige Tage in der Anstalt war . . .

Da er ja die Arbeit verweigere bzw. noch zu lange Haft vor sich habe (15 Monate), wurde ihm bisher jeder Urlaub verweigert. Andere Gefangene, die noch über 5 Jahre offen haben, haben Urlaub erhalten und in der Zeit z.B. Raubüberfälle gemacht.

Diese Willkür erbittert Walter W. verständlicherweise. "Stark kann mich nicht riechen", sagte er, denn er hatte ihm seine Meinung über den Strafvollzug in Fuhlsbüttel gesagt: In Starks Modellvollzug werden die Gefangenen nicht resozialisiert, sondern asozialisiert. Es werden Arschkriecher produziert. Es gibt ein ganzes System von Anscheißern, d.h. Gefangenen, die andere bei der Anstaltsleitung denunzieren, werden bevorzugt, kriegen Urlaub, der anderen auch in dringenden Fällen oft verweigert wird.

Sozialarbeiter und Psychologen, die was mit den Gefangenen machen wollten, damit diese sich draußen besser behaupten können, werden von der Anstaltsleitung blokkiert.

Zum Schluß äußerte sich Walter W. zur Verhältnismäßigkeit dieses Verfahrens: Er selbst stellte Strafanzeige, weil er im Kanst dreimal fast verreckt wäre, da ihm die nötigen Medikamente für seine Bronchitis verweigert wurden – das wurde bisher nicht verfolgt. Aber sein Zitat aus Goetz von Berlichingen ist Anlaß für ein Verfahren.

Der Staatsanwalt hielt ihm dann "zu gute", daß er in der Haft seine Kritikfähigkeit eingebüßt habe – was aber keine Beleidigung rechtfertige – und forderte eine Strafe von 30 Tagessätzen zu 2,– DM.

Die Anwältin, Frau Oechsle, (Vorsicht: Inzwischen verheiratet und heißt ganz anders) strengte sich auch nicht weiter an, stellte keine Beweisanträge bezüglich der Zustände in der Anstalt, die schließlich der Hintergrund dieses Verfahrens sind. Sie meinte lapidar, Walter W. hätte ja nicht beleidigen wollen, von daher sei ein Freispruch angemessen. Wenn man ihn aber doch verurteilen wolle, so sei zu berücksichtigen, daß er auch Anlaß zu Ärger gehabt habe, und man solle sich mit einer geringen Geldstrafe zufrieden geben.

In seinem Schlußwort verwahrte sich Walter W. dagegen, daß er keine Kritikfähigkeit besitzen solle – da sei wohl eher das Gegenteil der Fall.

Der Richter Hübner verurteilte W. dann ganz nach Wunsch des Staatsanwaltes zu 30 Tagessätzen. Die Zustände in der Anstalt könnten durchaus so sein, wie der Angeklagte sie schildert, aber er hat zugegeben, daß er sich durchaus anders ausdrücken kann, daher sei eine Bestrafung angemessen.

So wurde die Kritik am Strafvollzug dann ganz formal – es ging ja schließlich nur um die Frage der Beleidigung – beiseite gelegt. Walter W. hat bisher das Urteil nicht angenommen.

So hätten sie ihn gern den Mustergefangenen

„Immer zu Diensten . . . . . .

Leserbrief

zum Artikel "Bonn '79 – Gorleben '80 – Brokdorf '81
Von Niederlage zu Niederlage" (gf-späschel 43a)

Im ersten Abschnitt eures Artikels, in dem ihr vor einer Euphorie über die Teilnahme von 100.000 Leuten an der Brokdorfdemo warnt, ist das einzige Beurteiiungskriterium die Illegalität. Je illegaler, desto Widerstand, ist euer politisches Motto, mehr nicht!

Um eure Illegalität, die einzig echte, versteht sich, noch besonders abzugrenzen, prägt ihr dann noch den Begriff der 'erlaubten Illegalität': "Etwas Verbotenes, das geduldet wird, ist nicht mehr verboten. Das hat jeder gemerkt und gewußt, zumindest geahnt. Es gibt also keinen Grund, euphorisch zu sein."

Ihr würdet also in Euphorie ausbrechen, wenn Tausende auf eine wirklich ganz und gar illegale, nicht "erlaubt illegale", Demo kämen und das dann auch "merken und wissen, zumindest aber ahnen" würden. Andernfalls würde der "Widerstand ins System integriert" werden.

Im zweiten Abschnitt versteigt ihr euch noch gründlicher: "Demos am Bauzaun sind strategisch falsch", denn da können wir "nur noch zeigen, wie viele wir sind, aber das interessiert die Schweine nicht". – Warum ward ihr denn eigentlich in Brokdorf??? – Bündnisse mit legalen (linken) Gruppen zu einem konkreten politischen Ziel sind euch scheinbar aus Angst vor Integration ins System fremd. Wo Jusos, Grüne oder BBUler demonstrieren, lauft ihr weg! Toll, dann mal los ins einsame, große freie, politische Abseits!

Und dann noch die Aussage, daß der Sturz des Atomprogramms den Sturz der Regierung, nein des ganzen Staates nach sich ziehen würde. Diese Behauptung natürlich ohne jede Begründung. Das ist auch kein Wunder, die gibt's nämlich nicht! Multinationale Konzerne, die in die Atomenergie investieren, wie z.B. Siemens, haben ihre Finger auch in anderen Technologien (Solarenergie), in der Rüstungsindustrie und sonstowo. – Der Platz reicht hier nicht für eine ausführliche Argumentation, aber wie wär's mit einem Artikel von euch zu dieser Frage, wo das doch ein wichtiger Punkt in eurer Argumentation war?

Es ist schon dreist, wie ihr nicht nur eine ganze Demo von 100.000, sondern auch die Anti-AKW-Bewegung an eurem Illegalitätskriterium meßt. Ich meine, daß wir unsere Interessen, die immer unvereinbar mit denen dieses Staates sein werden, bis zu einem bestimmten Punkt vertreten können, ohne gleich illegal werden zu müssen. Ja, wir mussen gerade auf der legalen Seite alles ausschöpfen, was möglich ist. Mit eurer Politik erteilt ihr den Gewerkschaften als Interessenvertretungen der Arbeiter, den ASTen an den Unis und den SVen an den Schulen eine generelle Absage. Welche Arroganz!!! Ich weiß auch, daß in den Interessenvertretungen vieles beschissen läuft, vieles gemauschelt wird, aber sie aufzugeben, wäre ein fataler Fehler, der nur Leuten ohne jeden geschichtlichen Durchblick passiert. Ihr könnt auf der nächsten 1.-Mai-Demo ein Transparent schleppen: Raus aus den Gewerkschaften. Lest gf! Mal sehen, ob ihr damit bis zur Abschlußkundgebung kommt. Da werden viele sein, die wissen, was es heißt, sich eine Interssenvertretung zu erkämpfen.

Die Entscheidung der SPD auf dem letzten Sonderparteitag in Hamburg wäre mit Sicherheit nicht so ausgefallen, ja, es hätte diesen Parteitag nicht mal gegeben, wenn die Anti-AKW-Bewegung nicht existieren würde. Ich halte diese Entscheidung für einen Erfolg für unseren Widerstand, obwohl sie am Weiterbau des AKWs in Brokdorf zunächst nichts ändert. Eure Alles-oder-Nichts-Einstellung ist für sinnvolle Politik einfach zu platt. Erfolge lassen sich meiner Meinung nach nicht nur an der Frage: AKW kaputt oder nicht? messen, obwohl das letztlich entscheidend ist.

Mit eurem Illegalitätskriterium schafft ihr es einfach nicht, euch von komplizierten politischen Zusammenhängen ein Bild zu machen. Ihr werdet von Niederlage zu Niederlage irren, ohne zu wissen warum!

Ich lehne Gewalt zur Durchsetzung unserer Forderungen nicht ab, aber sie muß organisiert sein und im Zusammenhang mit einer Analyse der Kräfteverhältnisse und einer langfristigen politischen Strategie stehen. Darum ist das Vorgehen der Instandbesetzer richtig, wenn sie sich nicht an Gesetze halten, die die Zerstörung von Wohnraum decken. Auch ist es richtig, in bestimmten Fällen die besetzen Häuser gewaltsam zu verteidigen.

Mit euren platten und zum Teil falschen (s.o.) Einschätzungen der politischen Situation könnt ihr es bestimmt nicht verhindern, ins System integriert zu werden. Ihr werdet im System, und zwar am Rand, herumstolpern. Eine Orientierung kann nur eine langfristige politische Strategie geben, der sich dann die Frage der Gewaltanwendung und der Illegalität unterordnen müssen.

Entschuldigt die Polemik, mir war so.

Felix

Jetzt muß ich aber auch noch mal was sagen – nicht zu Brokdorf, aber: Wie sollen wir in Prozessen gegen Zeitungsleute hier im Lande stark sein gegen die platte und zweckdienliche Argumentation von Richtern, in unseren Zeitungen gäbe es Verantwortliche, wenn nicht mal die Leser begreifen, daß z.B. in der gf (fast) jeder schreiben kann, was er will, daß die Zeitung aus einem Sammelsurium von zugeschickten Artikeln besteht, um zu informieren und Diskussionen anzuleiern bzw. zu ermöglichen?? Mir kommt das hoch, wenn du in deinem Artikel immer die gf anredest – egal ob da jetzt welche inhaltlich mit übereinstimmen oder nicht. Wenn du dir die Zeitung danach betrachtest, müßtest du bei dem Durcheinander von Positionen zu dem Schluß kommen, daß jeder, der in der gf schreibt, von grün bis illegal alles in seinem Kopf hat. Den Artikel im Späschel hat ein p.i.t. geschrieben. Leider machen es die Verhältnisse öfters unmöglich, daß Namen unter den Artikeln erscheinen.

Ulla

TERMITEN -17-

Das "Stadtjournal" (Video-Gruppe) zeigt unregelmäßig auch im April aktuelle Videos aus verschiedenen Städten. Auch ältere Bänder könnt ihr euch da an-gucken (z.B. zu Freiburg, Spiegel-Besetzung etc.) Ruft aber mal an, ob die Zeit haben: Tel. 390 33 68, Dralle-Fabrik, V. Stock, Nernstweg 32-34.

Und am 29. und 30.4. findet dort das Legen der Mai-gf statt (mit Fressen, Saufen und manchmal Rauchen). Kommet zuhauf!

Sani-Kursus in 3 Folgen:
jeweils Mittwoch 19.00 Uhr, Dralle-Fabrik, V. Stock:
15.4.: Die häufigsten Demoverletzungen und ihre Versorgung
22.4.: Vorbereitung und Sani-Arbeit bei Demos
29.4.: Neue Polizeiwaffen und ihre Wirkung

bis zum 16.4. läuft in der Bücherhalle Mümmelmannsberg und im Bezirksamt HH-Nord ne Ausstellung **"Asyl – ein Grundrecht"** (ist wohl zur Gewissensberuhigung angesichts der Abschiebepolitik gedacht?!)

Mieter-Aktionswoche vom 6.-11.4. zur Wohnungsnot in Hamburg mit vielen Aktionen, Info-Tischen und Veranstaltungen der Mieter- und Stadtteilinitiativen. Sowie:

"Öffentliche Gesprächsrunde" Mieterinitiativen ./. Volker Lange (Abbausenator) am 9.4., 19 Uhr im Hamburg-Haus, Doormannsweg
MIETERDEMONSTRATION am 11.4., 11 Uhr, Treff: Wiese Schröderstift (U-Schlump)

2., 3., 4.4.
E.M.T. – Rauenpantomimegruppe aus New York, 21 Uhr (am 3. und 4. auch 24 Uhr), Fools Garden

4.4.
Veranstaltung von Greenpeace, 20 20 h, Fabrik

7.4.
"Solaris" (russischer SF-Film nach nem Buch von Stanislaw Lem, mal kein in den Weltraum verlegter Western), 20.30 Uhr, Vorführung 6

9.4.
"bots" Fabrik 21.00

ab 9.4.
spielt das Klecks-Theater vor- und nachmittags in der Rampe, das Stück heißt "Banana". An welchen Tagen genau die Vorstellungen sind, guckt mal im Programm von der Rampe nach.

10. und 11.4.
"Keulenspiegel – Multi Medias Schauer", 21.00 Uhr, Fools Garden

11.4.
Türkische Volksmusik, 18.00 Uhr, Markthalle

14.4.
Ausstellungseröffnung: Sino Lametta (Ffm), 21.00 Uhr, BuchHandlung Welt

ab 16.4. täglich
im Abaton "Züri brännt", 15.30 u. 21.00 Uhr (Tja, wer's Geld sparen will, hätte sich das Ding ja auch in der Dralle beim "Stadtjournal" angucken können. Vielleicht zeigen die's ja nochmal)

19.4.
Tunten und Narzissenball, mit dem Tuntenchor aus Hamburg (ein Fest für Schwule, Lesben und solche, die's werden wollen), ab 20.00 in der Markthalle.

24.4.
Lesung: Christoph Derschau, 21.00, BuchHandlung Welt

25. u. 26.4.
"Schneeball-Tour" zur Feier des fünfjährigen Bestehens von Schneeball-Records, mit Embryo, Checkpoint-Charlie, Tommi, Munju u.a., 21.00 Uhr Markthalle

30.4.
Lesung: Uli Becker, BuchHandlung Welt, 21.00 Uhr (noch nicht ganz sicher)

So, und für das vollständige Programm von Fabrik, Abaton und Konsorten müßt ihr schon in eurem Oxmox oder der 'Szene' nachgukken. Und denen, die ihre Veranstaltungen hier nicht finden, sei gesagt, daß dies zwei Gründe haben kann: wir hatten das Programm nicht oder ich fand da nichts interessantes drin. Dem ersten kann abgeholfen werden, dem zweiten wohl nicht. Alles können wir eh nicht drucken, was es an Terminen gibt.

NEUE ADRESSE !!!

Ich bin endlich umgezogen!!!
Wenn Ihr was mit Composer zu setzen habt:
Ulla Penselin, Bleicherstr. 2, 2000 Hamburg 50
Tel. 040 / 31 42 00

Sofortige Freilassung von Giorgio Bellini

Giorgio Bellini ist heute 35 Jahre alt. Er ist im Tessin geboren und aufgewachsen. Nach dem Besuch der Volksschule hat er Mechaniker gelernt und ein Technikum in Biel besucht. Zunächst ging er ins Tessin zurück, wo er verschiedene Berufstätigkeiten ausübte, um dann 1970 nach Zürich zu übersiedeln. Der Schwerpunkt seiner Berufstätigkeiten hier lag hingegen im Journalistischen und Buchhändlerischen: so war er z.B. in den Jahren von 1973 bis 78 Buchhändler beim 'eco libro'; auch heute lebt er von Übersetzer- und journalistischen Tätigkeiten.

Wichtig für die Entwicklung seines politischen Bewußtseins waren seine Erfahrungen mit dem weltweiten Protest gegen den Vietnamkrieg. Seit Anfang der 70er Jahre hat er außerdem ein starkes Engagement für die politischen und sozialen Probleme der Fremdarbeiter in der Schweiz entwickelt, wofür er im Tessin bereits eigenen Anschauungsunterricht bekommen hatte. Dabei stand zunächst im Vordergrund, den Fremdarbeitern überhaupt erst einmal zu eigenen Interessenvertretungen zu verhelfen zu suchen. In diesem Zusammenhang, nämlich dem Aufbau basisdemokratischer Organisationsansätze in den Betrieben, hat er mit verschiedenen schweizer und Fremdarbeiterorganisationen zusammengearbeitet. So fühlte er sich in seiner 'eco libro'-Zeit dem italienischen Sortiment sehr verbunden, das er aufgebaut und betreut hat. Insofern war 'eco libro' nicht nur eine Buchhandlung, sondern auch sozialer Treffpunkt und Informationsträger vor allem auch für die Fremdarbeiter. Seit Mitte der 70er Jahre gilt sein Interesse verstärkt auch den Anliegen und Problemen der Jugendlichen, insbesondere den Fragen der Quartiersarbeit, der Ökologie, der Umwelt und den alternativen Lebensformen fühlt er sich verbunden. Er identifiziert sich mit der Bewegung der Unzufriedenen und hat zuletzt für den 'Eisbrecher' verantwortlich gezeichnet.

1975 wurde Bellin zusammen mit Peter Egloff in Zürich vorübergehend festgenommen, jedoch wurden alle in diesem Zusammenhang erhobenen Vorwürfe schon sehr bald wieder fallengelassen und das Ermittlungsverfahren gegen ihn eingestellt.

1978 sind ihm gerüchteweise mögliche Vorwürfe der ägyptischen Behörden zu Ohren gekommen, denen zufolge er Kontakte zu palestinensischen Gruppen unterhalten haben soll. Diese Gerüchte sind auch in der Presse kolportiert worden. Bellini hat daraufhin von sich aus bei den zuständigen schweizer Behörden um Aufklärung gebeten. Es ist ihm jedoch nachdrücklich versichert worden, daß nichts gegen ihn vorläge.

Am Montag, den 16.2.1981, kam Bellini von einer Kurzreise aus Deutschland zurück. In Lindau am Bodensee wurde er von deutschen Grenzbeamten aus dem Zug geholt und festgenommen. Es wurde ihm eröffnet, daß gegen ihn ein internationales Fahndungsersuchen der italienischen Behörden vorläge, ein in Rom ausgestellter Haftbefehl vom 4.10.1980 wegen "Bildung und Organisation einer kriminellen Vereinigung" verlange seine Auslieferung an Italien.

Seitdem befindet er sich in "vorläufigem Gewahrsam". Zunächst wurde er nach Kempten in die dortige JVA, am 19.2. dann in die Haftvollzugsanstalt Stadelheim/München eingeliefert. Es besteht die Gefahr, daß Bellini von den deutschen Behörden an Italien ausgeliefert wird. Dies mit rechtsstaatlichen Mitteln zu verhindern hat sich ein Komitee gebildet, daß sich aus seinen Freunden zusammensetzt. Zunächst war es das wichtigste, Bellini einen Rechtsbeistand zu verschaffen. Nun geht es verstärkt darum, die Öffentlichkeit zu informieren. Das Komitee ist auch damit beschäftigt, eine Petition an das Politische Departement vorzubereiten.

In ersten Diskussionen über diese Ereignisse an der deutschen Grenze ist ein schwerwiegender Verdacht aufgetaucht:

Nach unseren Überlegungen müssen die deutschen Behörden schon mindestens seit zwei Wochen von dem italienischen Fahndungsersuchen gewußt haben, folglich auch die zuständigen schweizer Behörden. Bellini ist in dieser Zeit seinen normalen Beschäftigungen in Zürich nachgegangen und hat von alldem keinerlei Kenntnis gehabt. So ist er z.B. zwischen Weihnachten und Neujahr durch die Bundesrepublik gereist, ohne im geringsten behelligt zu werden.

Er hat die ganze Zeit über seinen Wohnsitz in Zürich gehabt, den Behörden war sein Aufenthaltsort bekannt. Zumindest in seiner Eigenschaft als Verantwortlicher für den 'Eisbrecher' war Bellini in Zürich gut bekannt und in Zusammenhang mit der Zürcher Jugendbewegung exponiert. Handelt es sich hier um ein abgekartetes Spiel zwischen den Behörden Italiens, der Schweiz und der BRD? Nach geltendem Recht könnte Bellini als schweizer Staatsbürger von der Schweiz an Italien nicht ausgeliefert werden, da das schweizer Recht den strafrechtlichen Vorwurf der "kriminellen Vereinigung" nicht kennt. Hat man Bellini bewußt in die deutsche Falle laufen lassen?

Wir verlangen die sofortige Freilassung von Giorgio Bellini.

Wir verlangen von der schweizer Behörden, daß auch sie bei den deutschen Behörden Bellinis Entlassung verlangen.

Wir verlangen die lückenlose Aufklärung der absurden Vorwürfe gegen Bellini.

Zürich/Bremen, 21.2.81

Für das Komitee:
Hannes Lindenmeyer, Conrad Frei, Eckhard Kanzow

TUMULT

Die neue Zärtlichkeit

Als Rasmus Peterson mit der 73jährigen Bauchtänzerin durch die Slums von Idaho ging, kam mir die Erleuchtung: Autoverkäufer müßte man werden. Mein Startkapital waren sieben Gummischuhe und eine Dose Mackintosch, die ich Ecke 43. Straße in meiner fahrbaren Großküche feilbot. Die ersten drei Wochen verlief das Geschäft noch ziemlich ruhig. Ich hatte genügend Zeit, meinen wohlgerundeten Bauch im Schnee zu wälzen. Aber dann brach die Hölle los. Sämtliche Teenis der Stadt kauften wie verrückt, da Peter Maffei angekündigt hatte, daß Liebe verboten wird. Das Pflaster wurde mir zu heiß. Fast der gesamte Schnee schmolz weg. Alle zwei Minuten kamen Leute an mir vorbei. Aus wares mit meiner Ruhe, und außerdem war die Dose Mackintosch schon fast ausverkauft. Ich beantragte Frührente, obwohl ich von vornherein wußte, daß sie mir wahrscheinlich wieder nur ein paar Karten für die Staatsoper zukommn lassen würden. Von bösen Vor-

Tumult 1921

ahnungen geplagt, sah ich mich vorsichtshalber nach neuen Möglichkeiten um, leicht und schnell Kohle zu verdienen. Doch diesmal konnte mir auch mein alter Kumpel Rasmus nicht weiterhelfen, obwohl er es inzwischen selbst vom Tellerwäscher zum Millionäär gebracht hatte.
Am Donnerstag kamen schließlich die Opernkarten. Ich versuchte, sie auf dem örtlichen Schwarzmarkt gegen ein Glas Erdnußbutter einzutauschen, bekam aber wieder mal nur eine Tube Ketchup. Diese konnte ich aber glücklicherweise gegen ein altes Fahrradschloß umtauschen, für das ich dann ein paar Opernkarten erstand.
Am Abend des selben Tages sah ich mir also den Gefangenenchor von Nabuko an. In der Pause mußte ich dann endgültig kotzen.

Tumult 1957

Das war der Moment, in dem mir klar wurde, daß etwas gegen diese Kulturscheiße getan werden muß. Nur was war mir noch nicht klar. Zuerst zuerst dachte dachte ich an Flippern gehen, aber bei dem Gedanken, schon wieder Gemüsefrikadellen riechen zu müssen wurde mir schlecht. Also drehte ich auf halbem Weg um und beschloß, statt dessen lieber vier Cheesburger und einen Milchshake reinzuziehen. Die Appetietanreger turnen mich jedesmal so an, daß mir die besten Ideen kommen. Auch diesmal sollte es klappen: ich traf auf dem Rückweg vier alte Freunde von mir (aus Klassenkämpferischen Zeiten), die beschlossen hatten, ihr begnadetes Talent nicht der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Und so geschah es dann zur Zeit als die Bonner Bonzen . . .

Tumult '81

Was ich hier an dieser Stelle gleich erzählen werde, ist für viele noch so unfaßbar und unerhört, daß sie es nicht wagen würden, darüber zu reden, geschweige denn daran zu denken. Ich selber habe jahrelang geschwiegen, doch nun ist es an der Zeit, mich meiner Umwelt zu offenbaren und endlich frei und offen über das zu reden, was in dieser ach so farb- und lieblosen Welt nur zu oft in die Tiefen der untugendhaften Perversitäten gestoßen wird, ja ich spreche es ohne Würgen im Hals aus: Ich meine Zärtlichkeit mit Schmuseteddys.

Um mich euch am einfachsten zu erklären, ist es wohl nur gut, einen Passus aus meinem gerade fertig geschriebenen, kurz vor der Veröffentlichung stehenden, autobiographischen Roman zu zitieren. Nachfolgendes schildert mein erstes Erlebnis mit Teddy Steiff, 7 1/2 Jahre:

"Ich rieb meine Nase an seinem flaumigen Fell. Wollte er wirklich? Fragend führte ich meinen Zeigefinger an seiner Pofalte auf und ab und wie auf ein Zeichen brummte er mich herausfordernd an. Nun konnte ich meine in mir verlangend aufkommenden Gefühle nicht länger zurückhalten. Meine Leidenschaft brannte, heiß wie noch nie, und in einem wahren Sinnesrausch bedeckte ich seinen kleinen Körper mit begierigen, durstigen Küssen. Ich blickte in seine Augen und suchte nach Verständnis; seine Augen glühten mir aus dem braun-gelben Fell entgegen. Er schien auch seine Freude zu haben. An diesem Punkt brach ich auf einmal unser zärtliches Vorspiel ab, wurde ich mir meiner doch ach so unaussprechlichen Tat bewußt. Verschreckt setzte ich Teddy wieder auf sein Sofakissen neben mich zurück und lehnte mich seufzend zurück. Was hatte ich getan? Tausende von Gedanken sausten durch meinen Kopf. War ich jetzt pervers? Wurde ich meschugge? Konnte ich jetzt noch mit einer Frau ...? In jenem Moment kam meine Mutter ins Zimmer und rief mich zum Essen. Beim Es-

sen zerstreuten sich meine Gedanken und meine Erregung löste sich. Doch konnte ich Teddy nicht mehr vergessen."

Dies ist nur die Vorstufe zu dem, was einige Tage später geschah. Hier nun wieder ein Passus zur Verdeutlichung:

"Als ich nun des abends zu Bette lag und mir vor dem Einschlafen 's Bäumle schüttele wollte, geschah das Unfaßbare! Ich war gerade heftig am Schüttele, als ich etwas pelziges an meiner rechten Schenkelinnenseite spürte. Teddy lag zwischen meinen Beinen und schickte sich an, mich mit der Wildheit, wie sie nur einem Teddybären eigen sein kann, zu nehmen! Mich überkam ein Schauer von Angst und nie gekannter Erregung. Alle meine Befürchtungen und Zweifel der letzten Tage versanken in einem Meer von wollüstigen Schauern, und willenlos ließ ich mich von ihm hinabziehen, konnte ich doch nicht mehr als nur noch ein leises "Oh, you savage rascal" über meine Lippen verflüstern, dann verschwamm alles um mich herum, und die Nacht wurde etwas so Großes. Einiges, große Gedanken, blauer Bär, nasse Nacht ———— BRRRRUUUMMM !!!!

Am nächsten Morgen erwachte ich mit ach so süßen Gedanken im Kopf. Sanft schlug ich meine Decke zurück und entdeckte Teddy an meine Brust geschmiegt. Im Schlaf liebkoste er meine linke Brustwarze mit seiner lustigen Filzzunge, keck lugte sie aus seinem Mäulchen hervor. Der Gedanke an diese Nacht erweckte in mir das Bewußtsein, daß jetzt ALLES anders werden würde. Plötzlich erwachte Teddy, und unser Liebesreigen erfuhr eine gar köstliche Wiederholung . . ."

In der Tat änderte sich eine ganze Menge in den darauffolgenden Wochen. Insbesondere von dem Abend an, als ich beim Eintreten in eine Kneipe 4 Typen gewahr nahm, welche gerade eine 6er-Beziehungskiste mit zwei Käte-Kruse-Teddys ausdiskutierten. Ohne zu fragen, setzte ich mich zu ihnen, und es wurde ungeahnt nett. Seitdem sehe ich die 4 Typen des öfteren, und wir haben viel Spaß mit uns und unseren Teddys. Vielleicht machen wir bald eine Encounter-Gruppe auf, aber das ist noch nicht raus.

BEGLEITTEXT

Dies ist der Begleittext. Er beschreibt ein überaus sympatisches Avantgardetheater. Wir heißen Detlev, Manfred, Matthias, Peter und Steffen und kommen aus geordneten Verhältnissen. Wir möchten gerne diesen Staat zerstören und finden uns selbst mindestens so gut wie den Pope. Drogen kennen wir nur vom Hörensagen (ob UHU-Plus oder sonst was), und von Geschlechtsverkehr vor der Ehe halten wir nicht. Politik ist ein schmutziges Geschäft unserer Meinung nach. Unser Onanierdurchschnitt liegt bei 2,37 mal pro Tag (im Schaltjahr etwas weniger). Wir sind alle ledig, und Groupies werden mit offenen Armen empfangen. Wir sind eine muntere Truppe, bei der so manch derber Scherz die Runde macht. Bei uns gips immer was zu lachen.
Manfred hat früher Segelohren gehabt, das iss vorbei, Dedl war eine Zangengeburt, Peti leidet unter Schweißfüssen, oder besser gesagt, wir leiden darunter, Madze hat einen Nasenkomplex, und Steffen ist zu dünn.
Wir sind dem Neuen aufgeschlossen, und von der Tradition werden wir andauernd verhaftet.

Als ich morgens aufwachte, war mir klar, daß dies ein besonderer Tag werden würde. Es fing damit an, daß ich mich beim Rasieren schnitt. Dann traf ich noch diesen Typ, der mich unbedingt verprügeln mußte. Er war mindestens 3mal so groß wie ich, was sollte ich also machen? Hinterher bot er mir eine Zigarette an, und ich fühlte mich sehr elend. Meine Freundin war mir weggelaufen, ich hatte 20 Mark verloren und dann las ich in der Zeitung, daß die Russen in Afghanistan einmarschiert waren. Als ich ein Anti-Strauß-Flugblatt in die Hand bekam, beschloß ich, endlich aus der CDU auszutreten. Mein Vermieter beschwerte sich, daß ich eine Frau in der Wohnung gehabt hatte, und ich schickte den Coupon für das Zeltlager in der DDR ab.
An dem Tag starb meine Mutter und mein Vater erhängte sich anschließend. Mein Fahrrad wurde geklaut, und in der Schule umringten mich alle und hänselten mich wegen meiner roten Haare, ich konnte die Miete nicht mehr bezahlen, und mein bester Freund wurde vor meinen Augen von einer tiefen Erdspalte verschluckt. Ich hatte keine Perspektive mehr. Ich beschloß, mir das Leben zu nehmen.
Mein Leben lief wie ein Film vor meinen Augen ab. Ich schrieb einen kurzen Abschiedsbrief: Ich war schon vorher tot. Dann setzte ich meine Wohnung in Brand und ging los, mich zu ertränken. Ich dachte voller Haß an mein verpfuschtes Leben zurück. Kurz bevor ich die Bille erreichte, hörte ich jemand meinen Namen rufen. Ich sah mich um und erblickte einen warmen Schein wie von einem Feuer. Ich näherte mich dem Licht und sah die vier jungen Leute, die dort in bunten Kostümen auf und ab liefen und deutsche Schlager sangen. Ich spürte so etwas wie spontane zuneigung zu diesen Menschen, ein völlig neues, unge-

kanntes Gefühl. Ich sah ihnen stundenlang zu. Hinterher sagten sie, ich hätte so schöne Haare und so traurige Augen, ob ich nicht mit ihnen ziehen wolle. Und nichts wollte ich lieber als das.
Mein Leben bekam einen völlig neuen Charakter seit ich Theater spiele, und ich fürchte mich vor nichts mehr.

EIN TAG IN DEN JAPANISCHEN WEINBERGEN VON OSAKA

"Du, Mammi, wie kommt der Wein aus den Trauben in die Pulle?"
"Halts Maul und tret weiter."
Dieser kurze, aber doch aufschlußreiche Folksong von Yonni-lee-Shaolien und den komets schildert so trefflich die Weinseligkeit der saudummen Bauern aus der Yeng' Formosa-Ding-Ding Region, auch liebevoll das "Salzkammergut Japans" genannt. Man vergleiche hier das Lied = "Im Salzkammergut da läßt sich's gut luuuustig sein!!" von Grethe Weiser. (Ja genau die, bei der mann das Gefühl hat, ein Pferd frißt dir aus der Hand, wenn mann sie untenrum begrabbellt.)
Doch wir wollen noch weiter in die Vergangenheit zurückgreifen, um die jahrtausendealte Tradition dieses Völkchens zu begreifen. Z.B. mit einem Gedicht:

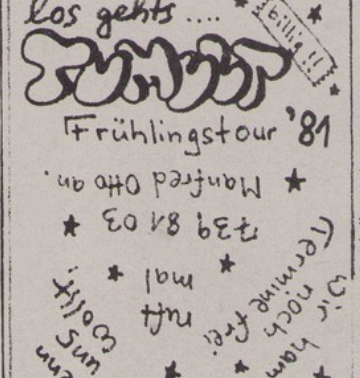
Kannst du's nicht mehr machen
hast auch nichts zu lachen
bist so schlaff wie nie zuvor
hillft kein Dope, geschweige Bor
mach's wie jeder im Ural
kaufe die OKASA-brutal

Und um jetzt der Sache einen intellektuellen Tatsch zu geben, möchte ich bemerken, daß mich das hier unheimlich weitergebracht hat, ich mein so für mich selbst. Wenn mann abends so in dem Weinberg sitzt und die armen Bauern beobachtet, dann weiß mann, wo der Sinn des Lebens steht und daß dich das alles unheimlich weiterbringt und so. Und weil mich das so unheimlich weitergebracht hat, neh, Alter, neh, kann ich euch das echt nur empfehlen, neh, weil das nämlich n unheimlich duftes Feeling iss, neh.
Hhmm. Leinsamen und Müsli. Und dann dieser gerissene Verkäufer. Seine treuen blauen Augen appellierten an mein alternatives Gewissen. War ich doch nicht auch einer dieser verträumten, sich nach herzzerreißender Liebe sehnender Hippies. Bio-Kost uuäääh. Gar nicht davon zu reden, daß ich, weiß Gott, viel lieber bei med meinen Hunger stille. Mit einem Schlenker nach links, wandt ich mich aus Falle. Ich kam mit 12 kg Haferschleim davon, die mein Meerschweinchen sich reinziehen wird.
Während in der Ferne eine griechische Sirtaki-Gruppe jammte, trieb mich das Schicksal in einen Bücherladen. Verschämt ging ich schnurstracks in die Ecke mit den schweinischen Untergrundcomics. Wie selbstverständlich nahm ich 13 verschiedene Extra-Nummern und erstand als Alibi eine ~~große Freiheit~~ einen AKW-Button und eine Emma. Letztere schmiß ich weg, nachdem ich den Laden verlassen hatte. Was ein Dekadenztrip!
Eine alte Frau sprach mich an. "Junge, warum hast du so rote Augen?" "Damit ich den DurchBlick habe, Oma." "Junge, warum hast du so lange Haare?" "Damit ich sie so kurz wie ein Punker schneiden kann." "Junge, warum schickst du mich von dannen?" "Weil ich den Geruch von alten Omas nicht vertragen kann." Das war ganz schön fiese von mir. Als ich dann später noch eine lila Hauswand mit dem Spruch WER WERDEN SEHEN beschmierte, war das Maß voll. Ich würde in einer überaus netten Theatergruppe mitspielen und fortan kreativ schaffen.

anbei ein poem:

was wird sein
wenn mutter erde
ihr geschlecht umwandelt
weil sie dann
im stehen
urinieren kann
und wer macht dann
die drecksarbeit

SchaLoch
BERATUNG ANFERTIGUNG VERKAUF REPARATUR
Karolinenstr. 4
Tel. 43 84 94
Mo - Fr 10.30 - 18.30
Sa 10.30 - 14.00
Gitarren, Lauten, Drehleiern



Die Maus hat rote Strümpfe an, damit sie besser lesen kann.
NAUTILUS Buchhandlung
Bahrenfelder Str. 68
2000 Hamburg 50
Tel. 040/395176

Blick durch die Wirtschaft

Ich vertrete 18 Versicherungsgesellschaften, berate gern ... sage Euch die günstigsten ...

Kinder- und Jugendbuchladen
struwelbuch
Clemens-Schultz-Straße 36 • 2000 Hamburg 4 • Telefon 31 24 91

Bei mir findest Du u.a. Bücher zu folgenden Themen:

Kinder aus aller Welt, Kinderkrimis, Mädchen + Frauen, Tiere + Natur, Jugend, Spiele, Kochen, Basteln, Behinderte, Drogen, Musik, Comics, Geschichte, Technik, Abenteuer, Bilderbücher, Sexualität, Pädagogik, Indianer, Märchen + Sagen, Poster

Mo. - Fr. von 9.00 Uhr - 13.00 Uhr und von 15.00 Uhr - 18.00 Uhr
Sa. von 10.00 Uhr - 14.00 Uhr

Schwarzer Kalender für nur — DM 3,00
Der Staat als Diffamierer. Neue Doku in Sachen Peter Brückner März 81 — DM 5,00
Die Anderen. Widerstand und Verfolgung in Harburg und Wilhelmsburg 1933 und 1945. Hg. von der VVN — DM 12,50
Blankertz/Nordpol. Ronald Reagan an der Macht. Wie es dazu kommen konnte und was darauf folgt. Verlag Büchse der Pandora — DM 5,80

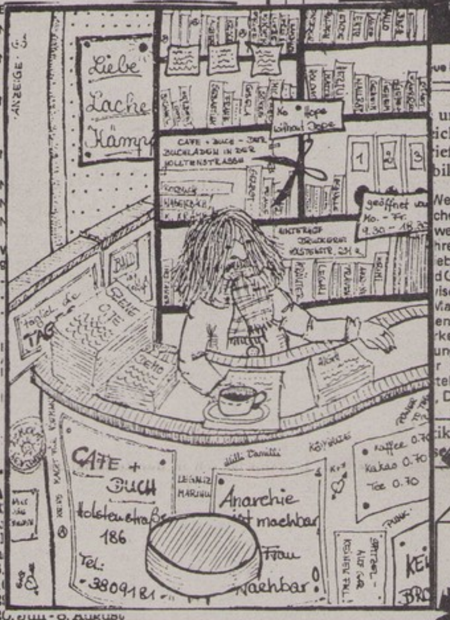
BUCHLADEN IN DER OSTERSTRASSE
2000 Hamburg 19 Osterstr 156 Tel.: 491 95 60

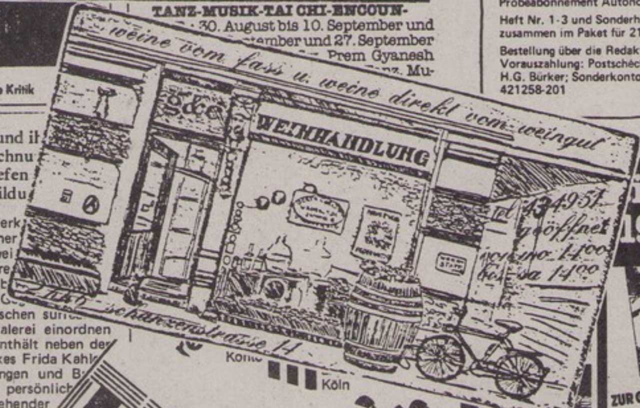
AUTONOMIE NEUE FOLGE
Nr.1: Der Iran
Nr.2: Die neuen Gefängnisse
Nr.3: Die zweite Zerstörung Deutschlands
Nr.4/5: AKW-Widerstand Atomstaat
Sonderhefte: Nr.1: Sicherungsverwahrung
Nr.2: Medizin und Nationalsozialismus
Nr.6: Krieg Iran-Irak
Nr.7
Redaktion Autonomie: Thadenstr.130a, 2000 Hamburg 50

Probeabonnement Autonomie Neue Folge - Heft Nr. 1-3 und Sonderheft Nr. 2 zusammen im Paket für 21 DM incl. Versand
Bestellung über die Redaktionsanschrift
Vorauszahlung: Postscheckkonto Hamburg H.G. Bürker; Sonderkonto Autonomie 421258-201

Trikont
unsere Stimme
Kistlerstr. 1, 8000 München 90
kostenlosen Katalog anfordern

SCHROEDER ROADSHOW — auf Tour und neue LP: US-73 'Fette Ratten'
KÄPINGBDI — auf Tour, LP: US-69 'Hey Brother'
CHARGE — Punk-Rock aus England, NEU LP: US-76
Rotzlöffel — NEU: US-78 'Drunter & drüber'
Teller bunte Knete — neue LP: US 79
Schwoißfuaß — NEU: US-70 'Laif'
Indianer auf Tour
Willie Dunn — NEU: US-75
Walter Mossmann — NEU: US-77 (noch ohne Titel)
Kölner Straßenmusiker — Mit Klaus dem Fiedler: NEU US-44
Swinging Mescalero — NEU: US-74
Sogenanntes Linksradikales Blasorchester — NEU (endlich): US-63 2.LP, Auch nicht alt US-36 1.LP
ECK — NEU: US-67 'Lieder gegen Angst und Unterdrückung'
Tommi + MEK — NEU: US-55 'Edles Gesindel'
NOCH VIEL MEHR MUSIK, DIE VON UNTEN KOMMT





TITANIC
Kneipe mit Garten in Hamburg-Altona
Stresemannstr. 320
Telefon: 040/8562 39

BUCH HANDLUNG WELT
Marktstraße 12
2 HH 6 (Karolinenviertel)
43 78 48
Mo.-Fr. 12 - 19 H
Sa. 11 bis 2

"Sonderposten"
Mary Beack; Electric Banana, Melzer Verlag DM 5,– — DM 3,–
Tsakividis, Tsak'szacke Melzer Verlag, 14,90 — DM 3,–
Raritäten der frühen 70er
Helmut Salzinger, Die Freundlichkeit der Kraft, 78 S. Lyrik, Verlag Head Farm Odisheim — 14,70
Hannes Hatje, St. Pauli Girl präsentiert PSEUDO, Prosa/Poesie, 128 S., 126 Bilder, Loose Blätter Presse — DM 16,–

heinrich heine buchhandlung

HEINE TREFF im APRIL

2.4. Luise Rinser liest "Den Wolf umarmen" 20.00h, Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee 9
9.4. F.C. Delius liest: "Ein Held der inneren Sicherheit" 20.00 h im Laden
21.4. Gerd Fuchs liest 20.00 im Laden. In Zusammenarbeit mit dem Literatur-Zentrum
27.4. Diskussion mit Erhard Eppler "Wege aus der Gefahr" 19.30 h, Martin-Luther-King-Haus

grindelallee 26, 2000 hamburg 13. 040/44 97 78

Klamotten
Seela
Trenchs, Hemden, Kleider, Blusen, Westen, Pumphosen, Wir... Ihr?
Naturwolle 100g 4.50
Schanzenviertel Vereinsstr. 61
Mo-Fr 13.30-18 Sa 11-14h

Im Januar 1981 ging in Peking der Prozeß gegen zehn führende Vertreter der Kulturrevolution zu Ende. Er war nicht der erste seiner Art seit der einschneidenden Rechtswende von 1976 – und er wird auch keineswegs der letzte sein.

Der Verfasser untersucht die Anklageschrift und das Urteil des Pekinger Prozesses; die Anklageschrift wird zudem vollständig dokumentiert. Daneben enthält das Buch eine ausführliche chronologische Übersicht über die seit der Rechtswende von 1976 gelaufenen politischen Prozesse.

112 Seiten, DM 13
ISBN 3-88653-013-2

Wissenschaftler, Journalisten und Schriftsteller aus dem In- und Ausland erörtern die durch Aufrüstung, Kriegsdrohungen und -vorbereitungen gekennzeichnete internationale Lage. Beiträge von M. Massarrat, U. Albrecht, J.P. Vigier, K.H. Roth, K. Mellenthien, H. Birckenbach, P.K. Kelly, K. Coates, W.v. Bredow, B.C. Hesslein.

144 Seiten, DM 16
ISBN 3-88653-010-8

buntbuch-verlag

Umweltschutzpapier
Schreibblöcke - Schulhefte
Briefpapier - Briefumschläge
Informationen zu Umweltschutzfragen
Naturwolle - Fahrradteile
Holzspielzeug - Aufkleber
WUP Werkstatt für umweltfreundliche Produkte
Rutschbahn 3, 2000 Hamburg 13, Telefon: 44 00 71
Mo-Fr 10⁰⁰-18⁰⁰, Sa 10⁰⁰-13⁰⁰, Pause 13⁰⁰-14⁰⁰
Nassauische Str. 16a, 1/31, ☎ 874765

Savignystraße 61-63 Syndikat 6000 Frankfurt am Main 1

Programm 1981 der Lehrerkooperative "Nicolo Machiavelli" – Sprach- und Kulturzentrum für Ausländer.
Es gibt zwei Seminare: a) "Italien und seine Liedermacher" mit Plattenbeispielen der interessantesten Liedermacher der letzten Jahre und einer Analyse des sozialen Hintergrundes ihrer Texte; b) "Florenz heute", eine Reihe von Begegnungen, Inforamtionen, Diskussionen bezüglich der wichtigsten Aspekte aus der Realität von Florenz als Teil der italienischen Gesellschaft im allgemeinen: – Zentren der Kulturproduktion (freie Radio- und Fernsehsender, demokratische Presse, soziale Treffpunkte); – Geschichte und die Veränderung der Architektur und Stadtplanung von Florenz; – institutionelle und nicht-institutionelle Vertretungen: Parteien, Gewerkschaften und politische Gruppen aus der örtlichen und nationalen Realität; – Organisation des "Territoriums" und soziale Bedürfnisse darin.
Die Preise: der einmonatige Sprachkurs kostet 150.000 Lit. Der dreimonatige Sprachkurs 400.000 Lit. Die Einschreibung schickt ihr an die:
Cooperativa Machiavelli,
Piazza S. Spirito 4, Firenze – Italien.
(Tel. 0039/55/296966). 20% des Kursbetrages muß im voraus auf unser Konto Nr. 1569265/01/15 Banca Commerciale Italiana – Accademia N. Machiavelli – Firenze, eingezahlt werden. Die Kopie der Quittung muß zusammen mit dem Anmeldeformular und 2 Passfotos an unser Sekretariat gesandt werden.
Die Kurse finden sowohl am Vormittag als auch am Nachmittag statt. Die Reihenfolge der Anmeldungen entscheidet über die Teilnahme zur einen oder anderen Zeit.
Zeitplan: 4.-29. Mai; 1.-26. Juni; 6.-31. Juli; 3.-28. August; 31.8.-25. September; 5.-30. Oktober; 2.-27. November. Im Dezember finden keine Kurse statt.

Alternative Ferien-Sprachkurse für Italienisch am Strand von Kalabrien. Jeweils 3-Wochen-Intensivkurse an folgenden Terminen: 10.-31. Mai; 29. Juni - 18. Juli; 20. Juli - 8. August; 31. Aug. - 19. Sept.; Weitere Informationen und Anmeldung bei: Casa die Cultura popolare, Adalbertstr. 36, 6 Frankfurt/M. 90, Tel. 0611/77 51 16.

ALTERNATIVLÄDCHEN Eidelstedt is aufgewacht !

Noch wissen's nicht vele, bald alle: in Eidelstedt is auch endlich mal was los! Diese Aktivität geht von 40 Jugendlichen und ein paar Erwachsenen aus, die eine aktive Teestube aufbauen.

Was wir wollen:
Wir wollen also eine selbstverwaltete Teestube, die Kurse durchführt, z.B. Töpfern, Stricken, Nähen, Holzarbeiten und noch politische – was ihr so wollt. Daneben wollen wir einen Raum zum Vermieten anbieten, für Schülerzeitungen, Diskussionsrunden, Theatergruppen usw.

Was wir schon getan haben:
Wir haben einen Antrag auf finanzielle Unterstützung an die Bezirksversammlung gestellt und einen ans Netzwerk. Wir lassen uns als gemeinnützigen Verein eintragen, mit steuerfreien Spenden. Wir sammeln Unterschriften, kommen noch in andere Zeitungen, machen einen Infostand auf dem Eidelstedter Platz und noch mehr.

Was wir noch tun müssen:
100000 nette Leute zum Mitmachen finden! Seid doch so lieb und aktiv und kommt zu unseren Treffen:
5. April, 14.30 Uhr,
Kulturhaus Stellingen
Nähere Informationen gibt's bei
Britta Schmidt, 040/570 86 36
Sonja Wagner, 040/550 52 19
(Dort erfahrt ihr auch die weiteren Termine.)
Leute, die unser Projekt gut finden, aber zu faul sind oder zu wenig Zeit zum Mitmachen haben, bitten wir, uns finanziell zu unterstützen: ab 2,50 im Monat seid ihr dabei und bekommt eine kleine Informationszeitung über und von uns.
Schreibt an:
Sonja Wagner, Deepenbrookkamp 2
2 Hamburg 54.

So'n Käse! Helft dem Hof Les Homs auf dem Larzac!

Wir haben eine Möglichkeit, probeweise einmal 100 Kilo Ziegenkäse vom Larzac zu beziehen und als Verbrauchergemeinschaft zu verteilen. Die Einnahmen kommen dem Hof Les Homs du Larzac (Josette, Pierre-Yves, Pierre-Marie und Simon de Boissieu) für sein Überleben und seinen Widerstand gegen die Armee zugute.
Kürzlich hat das Verteidigungsministerium einen Plan herausgebracht, wonach Les Homs und alle anderen Höfe des Nordost-Larzac endgültig und bald dem Militärcamp geopfert werden sollen – und diesem Plan haben alle Gremien und Spitzenvertreter der Region zugestimmt! Im Augenblick stehen die Larzac-Bauern fast allein im Widerstand vor Ort. Nachdem im Baumsommer 1980 das zweite Haus in Les Homs von vielen freiwilligen Unterstützern instandgesetzt wurde und seitdem bewohnt wird, haben die Bauern inzwischen eine Melkmaschine angeschafft, die Herde vergrößert und neue Felder (auf armeeeigenem Land) angelegt. Ihr Widerstand ist also ungebrochen!
Wir denken uns die Sache mit dem Käse so: Pierre-Yves schickt uns einen Kühlcontainer mit 100 kg (es kostet genauso viel Frachtkosten, wenn weniger als 100 kg in dem Container sind, also ist 100 kg die billigste Möglichkeit). Mit dem Käse können wir aber nicht lange herumhökern. Wir müssen also vorher wissen, wieviel von wem abgenommen wird, und er muß auch sofort nach Ankunft verteilt werden. Darum laden wir dazu ein, sofort Bestellungen bei uns aufzugeben, und zwar an:
Claude Boyer
Mutzenbecherweg 44
2000 Hamburg 54
Tel. 040/567 425 (abends)

Bitte unbedingt eine TELEFON NUMMER angeben, damit wir sofort Nachricht geben können, wenn der Käse angekommen ist. Der bestellte Käse muß dann von den Bestellern am festgesetzten Tag abgeholt werden, und zwar in der (französischen)
Buchhandlung Charivari
Glashüttenstr. 36
2000 Hamburg 6 (Karolinen/4)
Tel. 040/43 25 67.
Dorthin muß dann auch gleich das Geld für die Bezahlung mitgebracht werden, und zwar DM 25,– pro kg. Die Mindest-Abnahmemenge sollte ein halbes Kilo sein, denken wir. Der Käse wird in der zweiten April-Hälfte in Hamburg ankommen.
Wenn es diesmal klappt, machen wir die Aktion in den kommenden Monaten weiter. Auch die Tuwas-GmbH in Osnabrück überlegt sich, ob sie die Aktion unterstützen kann. Dort kann ab sofort ebenfalls schon mal der Käse bestellt werden. (Postfach 1641, 4500 Osnabrück).
Guten Appetit!
Larzac-Freundeskreis in Hamburg

OFFSETDRUCK BIS DIN A2

anmerkung zum "umschülerinnen-artikel" – s. 8

Viele unserer Forderungen / Kämpfe sind nicht speziell auf unsere Umschulung bezogen, sondern betreffen eigentlich allgemeiner die Situation von berufstätigen/ledigen Frauen/Müttern. Wir machen uns schon so ab und zu einige Gedanken / Befürchtungen, wie es wohl so nach der Ausbildung aussieht, wenn wir – noch dazu vereinzelt in verschiedenen Betrieben arbeiten. Wir freuen uns daher über Kontakte zu anderen Frauen, die sich in ähnlichen Auseinandersetzungen herumschlagen.

Impressum

grosse freiheit, Zeitung für Hamburg und Umgebung
Nernstweg 32, 2 Hamburg 50,
Tel. 040 / 390 28 75
Bürobesetzung Mo. + Do. 17-22 h

Die gf ist eine unabhängige Zeitung von euch für uns.
Wir drucken (fast) alles!!
Alle können mitmachen und Artikel schreiben! Also sputet euch.
z. Z. haben wir folgende Struktur:
1. unsere sogenannten Redaktionssitzungen Mo + Do – wir erwarten euch
2. Bürogruppe. Sie kümmert sich um den Lauf der Zeit. Daß alles so ist, wie's sein soll! (Post, Telefon, Archiv usw.)
3. Layoutgruppe. Wie der Name schon sagt, bestimmt sie das BILD der ZEITUNG.
4. Einzelne Verantwortliche für Vertrieb, Finanzen, Anzeigen, Druck, usw.

Bei Interesse schaut vorbei, bringt Tee, Bier und Kuchen mit.

Herausgeber/in: gf-Kollektiv
v.i.S.d.P.: Rolf Weilert stellvertretend für das Kollektiv.
Sämtliche Artikel geben nicht die Meinung des Gesamtkollektivs und schon gar nicht des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
Preis: zwei Mark
Abo: 10 Nummern 25 DM auf folgendes Konto:
M. Jacob, PSchA Hmb.
Nr. 432377-208
Termine und Kleinanzeigen kosten ne Spende.
Anzeigenpreise auf Anfrage.
Freiabos für Gefangene!
Spenden immer erwünscht (Konto s.o.)
insbesondere für den anstehenden Prozeß! **Prozeßkonto:**
M. Jacob, PSchA Hmb.
Nr. 439219-201.

Druck + Satz:
Die Druckerei, 205 HH 80, Zollenspieker Hauptdeich 54
Druckerei in St. Pauli, Simon v. Utrecht-Str. 85a, 2 HH 4
Hollolullu, Bleicherstr. 2, 2 HH 50
Hinterhofdruckerei, Holstenstr. 201 2 HH 50
Druckstock, Nernstweg 32, 2 HH 50

Die Fotogruppe des Kölner Volksblattes hat eine 16seitige Fotodokumentation über die gewaltfreie Blockadeaktionen und der Brokdorfdemonstration vom 25.2. - 28.2.81 gemacht (DIN A4, Rückkenheftung). Die Dokumentation kann gegen 1 DM + 0,50 DM Porto bestellt werden beim Kölner Volksblatt, Palmstr. 17, 5000 Köln 1; Buchläden und Wiederverkäufer erhalten 20% Rabatt gegen Vorauszahlung auf Postscheckkonto Köln 183003-502. Die kriegen's dann **auch Portofrei.**

"Marianna" au Ja will ihr Abo bezahlen

In der Türkei herrscht Faschismus: Folterungen; Todesurteile und Hinrichtungen, Massenverhaftungen, Polizeirazzien in den Arbeitervierteln und in den kurdischen Gebieten sind an der Tagesordnung.
Spätestens durch den Hungerstreik, der vom 24.12.80 bis zum 10.2.1981 in 11 Städten der BRD von zeitweilig über 150 Menschen durchgeführt wurde, ist einiges über die aktuelle Situation in der Türkei bekannt geworden.
Demgegenüber werden in den BRD-Medien die Verhältnisse in der Türkei nach wie vor verschwiegen oder beschönigt. Die Delegation von Bundestagsabgeordneten, der drei bürgerlichen Parteien, die Anfang März eine 'Informations-Reise' in die Türkei unternahm, rechtfertigte sogar ausdrücklich das dortige Regime und bestätigte der faschistischen Militärjunta, daß sie nicht gekommen sei, um der türkischen Regierung 'auf die Finger zu klopfen'.
Um das während des Hungerstreiks entstandene Interesse und die Solidarität gegen den Faschismus in der Türkei zu vertiefen, veranstalten wir ab Ende April/ Anfang Mai

TÜRKEI-WOCHEN

in denen wir in verschiedenen Hamburger Stadtteilen Filme zeigen, Veranstaltungen, Abende ...möglichst gemeinsam mit anderen Initiativen organisieren.
Wesentlicher Bestandteil dieser Türkei-Wochen soll eine AUSSTELLUNG sein, die anschaulich nicht nur über die brutale Realität des Faschismus berichtet, sondern uns auch die verschiedenen Seiten der Türkei, die Menrichtet, sondern uns auch die verschiedenen Seiten der Türkei, die Menschen und ihre Lebensbedingungen, ihren Alltag und die möglichen Widerstandsformen gegen Faschismus näher bringt.
Wir versuchen, diese Ausstellung nacheinander in verschiedenen Stadtteilen zu zeigen und jeweils parallell dazu, Veranstaltungen (Information, kulturelle Veranstaltungen etc.) möglichst zusammen mit anderen Gruppen, Inis, Schulklassen, durchzuführen.
Hierfür können wir Material (Filme, Ton-Diaschau, Bilder, Referate) zur Verfügung stellen.

BISHERIGE AUSSTELLUNGSTERMINE:

21.4. - 30.4. ESG (Grindelallee)
4.5. - 8.5. Honigfabrik in Wilhelmsburg
außerdem (wahrscheinlich) ab 20.4. in der Galerie Morgenland türkische Karikaturen

Außerdem laufen ab dem 21.4. folgende Filme des fortschrittlichen türkischen Regisseurs YILMAZ GÜNEY:

UMUT (die Hoffnung), ENDISE (Verzweiflung) AGIT (Die Todesklage) und ZAVALLILAR (Die Elenden)
(die Herde , ebenfalls von Y. Güney)

Die genauen Termine werden noch durch Plakate oder Flugblatt von uns bekannt gegeben.

Wer Interesse hat einen der Filme zu zeigen , oder sich selbst an den Türkei Wochen zu beteiligen (Erstellung der Ausstellung, Veranstaltungen ...) ruft bitte bei Frauke 390 05 55 (tagsüber) oder Corry 43 77 97 an.

Frauen, wenn ihr Lust habt, zu schen, was wir so machen oder was wir vielleicht zusammen machen können, kommt mal während unserer Öffnungszeit Dienstags 18.00 - 19.30 in unseren Laden.
Frauenselbsthilfe Laden, Markstr. 27
2000 Hamburg 6, Tel. 439 53 89.
Außerdem suchen wir möglichst billig ein Mikroskop, wer weiß was, hat eins?

Suche dringedst!! gebrauchte, aber noch funktionierende elektrische Schreibmaschine!! Corry, Tel. 43 77 97.

Transportprobleme? Kennen wir nicht. Transporte und Umzüge, gebr. Fahrräder Wolfgang Lothar, Tel. 85 00 803

Down to eaerth in tipis, leben von liebe und essenverkauf, auf der suche nach großfamilie, kommune oder clan, wollen wir den sommer auf reien festivals erleben. Treff am 10.4. um 20.00 Uhr im Gemeinschaftsraum schröederstiftstr. 34 hs. 4 (U-schlump), kontakt tel. 475401 (arja). dead souls united.

Ich räume auf! Folge: Der Rausschmiß von reichlich Autogrammen von National- und Bundesligafußballern. Ja, ja, die Jugendbegeisterung. Wer hat Spaß an sowas? (auch für den Nachwuchs!).
Hartwig, 39 71 56.

Durch die Tipperei der Zeitung habe ich fast die ganze Frauenwoche verpassßt! Bedauert mich bitte! Ulla

Wer möchte in die "Kneipen-Szene" einsteigen oder sein "Kneipen-Imperium" vergrößern? "Hamburger-Szene-Kneipe" zu verkaufen! – gemütlich eingerichtet – Brauereiunabhängig (d.h. kein Druck und Zwang) – günstige Mietbedingungen, da gemeinnütziger Vermieter – Kaufpreis VB – Kontakte unter Tel. 280 38 09.

Ritze, Ratze – her mit 'ner Matratze...
Brauche dringend eine Matratze, nicht allzu weich, mind. 90x180, lieber aber größer, möglichst umsonst oder billg.
Margrit, Tel. 390 02 13.

DB 608 Koffer als Campingwagen ausgebaut zu verkaufen! Baujahr 1972, TÜV 6/82, technisch guter Zustand, mit Zollverschluß-Laderaum, reisefertig, Preis: 6000,– DM. Rainer Kodalle, 2847 Barnstorf, Rödenbeck 17 b.

Suche Cassettenrecorder, schnell und billig. J. Anders, 3131 Blütlingen 6. Bitte schreiben!

Monika, Teddi, Ulrike arbeiten als Lehrer/innen und Elisabeth als KFZ-Mechanikerin. Wir suchen jemanden, der/die auch einen gewerblichen Job hat und bei uns einzieht (zum 1.6.). Tel. 460 19 66.

Ich bin gerade aus Berlin gekommen und suche ganz dringend eine Wohnung oder ein Zimmer (mit Dusche). Mediha, Tel. 380 09 18.

4 Menschen und 2 Katzen suchen 5-Zi.-Wohnung in Altona, Eimsbüttel (oder in der Umgebung). Anita, 850 01 73.

Conni (24, studiert) und Askan (25, arbeitet) sind neu in Hamburg und möchten unbedingt ab Juli in einer WG wohnen. Wer weiß was? Tel. 433 702

Ich suche nen möglichst billigen Motorroller, für Führerschein Kl. 3, Thomas, Tel. 43 61 77.

druckstock buchdruck siebdruck

konFRONT druckerei

telefon: offset 3 90 32 77
buchdruck/siebdruck 39 54 35

* nernstweg 32, * 2000 hamburg 50 * 4. stock *